

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

September 2022



Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

**Medieninhaberin und
Herausgeberin**

Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
www.oenb.at
oenb.info@oenb.at
Tel. (+43-1) 40420-6666

Schriftleitung

Birgit Niessner

Koordination und Redaktion Manfred Fluch

© Oesterreichische Nationalbank, 2022

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Redaktionsschluss: 5. September 2022

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage.....	4
Überblick.....	5
Hohe Unsicherheit dämpft globalen Wachstumsausblick.....	6
EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Konjunktur trübt sich vorerst nur in wenigen Ländern deutlich ein.....	10
Österreich: Stimmungseintrübung nach starkem zweiten Quartal.....	13
Entwicklungen in den Kreditinstituten.....	21
Negatives aggregiertes Periodenergebnis der österreichischen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute im 1. Quartal 2022.....	22
Geringfügiger Rückgang der Eigenmittel der österreichischen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute per 31.03.2022.....	24
Erstmals zweistelliges Jahreswachstum von Unternehmenskrediten (Juni 2022).....	26
Spezielle Kurzanalysen.....	28
Warum ist die Inflation in der Schweiz so viel niedriger als in Österreich oder im Euroraum?.....	29
Global energy and cereals prices and Russia's war against Ukraine – Preliminary first assessment.....	33
EU-Plan für Gaseinsparungen und erweiterte Staatsbeihilfen.....	38
Annex.....	42
Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats der Jahre 2021 und 2022.....	43
Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 14. Juni bis 2. September 2022.....	50
Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen.....	53

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick¹

Der IWF hat in seiner Juliprognose die Einschätzung über das globale Wirtschaftswachstum für das laufende und kommende Jahr deutlich gesenkt. Gründe für die Abwärtsrevisionen sind der andauernde Ukrainekrieg, gestörte Lieferketten, die „zero-COVID“-Politik Chinas und nicht zuletzt die hohe globale Inflation, insbesondere in den USA und Europa. Der IWF erwartet für 2022 ein Wachstum des realen BIP von +3,2% (-0,4 Prozentpunkte gegenüber seiner Aprilprognose) und für 2023 ein Wachstum von +2,9% (-0,7 PP). Es überwiegen weiter die Abwärtsrisiken, darunter die Unsicherheiten über die Energieversorgung Europas, höhere Inflation und Inflationserwartungen, weitere geopolitische Fragmentierung und verschärfte Finanzierungsbedingungen mit den daraus folgenden schuldenbezogenen Problemen für Schwellen- und Entwicklungsländer. In den USA sank das reale BIP (-0,2%) im zweiten Quartal 2022 zum zweiten Mal in Folge gegenüber dem Vorquartal. Die Inflationsrate blieb im Juli mit 8,5% weiterhin hoch. In China brach das Wirtschaftswachstum in Folge des Lockdowns von +4,8% (gegenüber dem Vorjahr) im ersten Quartal auf +0,4% im zweiten Quartal ein. Nach einem Wachstum gegenüber dem Vorquartal von 0,8% im ersten Quartal stagnierte die Wirtschaftsleistung im Vereinigten Königreich im zweiten Quartal 2022. Die Inflationsrate beschleunigte sich von 9,4% im Juni auf 10,1% im Juli. Bei den CESEE-Ländern schrumpfte das reale BIP im zweiten Quartal in Polen (-2,3%), Lettland (-1,4%) und Litauen (-0,4%), alle drei direkte Nachbarn der Ukraine. Robust entwickelte sich hingegen Kroatien (+2,0%), Slowenien (+0,9%) und die Slowakei (+0,4%). Im Juli erreichte die Inflation der CESEE-Länder mit im Durchschnitt 14,6% erneut einen Höchststand.

Das reale BIP im Euroraum wuchs im zweiten Quartal um +0,6% gegenüber dem Vorquartal (Q1: +0,5%). Das Konsumentenvertrauen ist im August weiterhin schwächer als bei Ausbruch der Pandemie. Die Europäische Zentralbank erwartet in ihrer Septemberprognose für 2022 ein Wachstum von 3,1% (+0,3 PP im Vergleich zur Juni-prognose), für 2023 0,9% (-1,2 PP) und für 2024 1,9% (-0,2 PP). Während sich die Wirtschaft im ersten Halbjahr 2022 besser als erwartet entwickelte, trüben mögliche Probleme bei der Gasversorgung, steigende Energiepreise und die hohe Inflation den Ausblick. Die HVPI-Inflationsrate beträgt laut Schnellschätzung im August 9,1%, verglichen mit 8,9% im Juli. Die EZB erwartet eine HVPI-Inflationsrate von 8,1% (+1,3 PP) für 2022, 5,5% (+2,0 PP) für 2023 und 2,3% (+0,2 PP) für 2024. Die Aufwärtsrevisionen sind auf Angebotsschocks, höhere Energiepreise und Löhne sowie auf einen schwächeren Euro zurückzuführen.

Laut Schnellschätzung von Statistik Austria hat sich die HVPI-Inflationsrate Österreichs im August voraussichtlich auf 9,2% verringert (von 9,4% im Juli). Eine Trendwende in der Inflationsentwicklung dürfte damit aber nicht einsetzen, da wichtige Energieversorger (EVN, Wien Energie) im September 2022 drastische Erhöhungen der Strom- und Elektrizitätspreise vornehmen. In Österreich betrug das reale BIP-Wachstum im zweiten Quartal laut VGR-Schnellschätzung +1,5% gegenüber dem Vorquartal. Das Wachstum wurde durch den privaten Konsum und Exporte bzw. der Erholung in der Gastronomie und Beherbergung getragen. Der OeNB-Exportindikator vom August weist auf ein hohes preisbedingtes Wachstum und eine sich abschwächende Dynamik hin. Das Konsumentenvertrauen bleibt im August nahe seinem historischen Tiefstand vom Juli 2022. Unternehmen bewerten die aktuelle Lage noch überwiegend positiv, jedoch schwächen sich die Zukunftserwartungen ab. Arbeitskräftemangel und Engpässe bei Material und Kapazität verbleiben auf hohem Niveau. Trotz leichter Anzeichen einer Abkühlung bleibt der Arbeitsmarkt weiter angespannt und der Lohndruck nimmt zu. Der OeNB-Wage Tracker deutet auf Lohnsteigerungen von über 6% hin.

¹ Autor: Richard Sellner (Referat Konjunktur).

Hohe Unsicherheit dämpft globalen Wachstumsausblick²

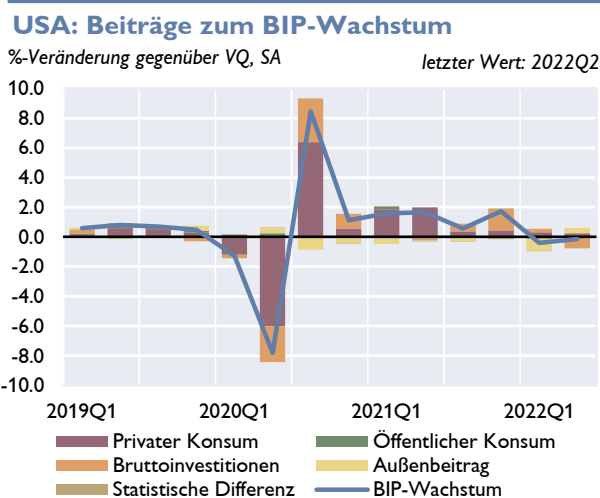
Weltwirtschaft: Abwärtsrevisionen im Kontext höherer Unsicherheit und Inflation

Rezente Prognosen für das Jahr 2022, beispielsweise des IWF, erwarten einen deutlichen Rückgang des globalen Wachstums im heurigen und kommenden Jahr im Vergleich zu früheren Prognosen. Die Gründe liegen auf der Hand: der Krieg in der Ukraine, weiter gestörte Lieferketten, nicht zuletzt aufgrund der „zero-Covid“-Politik der chinesischen Regierung, sowie die hohe globale Inflation, besonders in den USA und Europa. Der IWF erwartet somit für 2022 ein Wachstum des realen BIP von 3,2% (-0,4 Ppt gegenüber der Aprilprognose) und für 2023 ein Wachstum von 2,9% (-0,7 Ppt). Der Erholungsprozess des globalen Wachstums, der 2021 einsetzte und ein Wachstum von 6,1% brachte, ist damit vorerst gebremst. Die Risiken der Prognosen bleiben weiterhin abwärtsgerichtet: Die größten Risiken sind der Krieg in der Ukraine, die Energieversorgung Europas, höhere Inflation sowie Inflationserwartungen, schwierigere Finanzierungsbedingungen und damit verbundene schuldenbezogene Probleme in Schwellen- und Entwicklungsländern und nicht zuletzt eine weitergehende geopolitische Fragmentierung, die globale Handelsdynamiken bremst.

USA: Zwei Quartale in Folge negatives Wachstum, Inflation bleibt hoch

Das reale BIP sank im zweiten Quartal 2022 gegenüber dem Vorquartal um 0,2%, nach -0,4% im ersten Quartal. Der Rückgang der Wirtschaftsleistung ging auf geringere Investitionen zurück, während der Außenbeitrag und der private Konsum positive Wachstumsbeiträge lieferten.

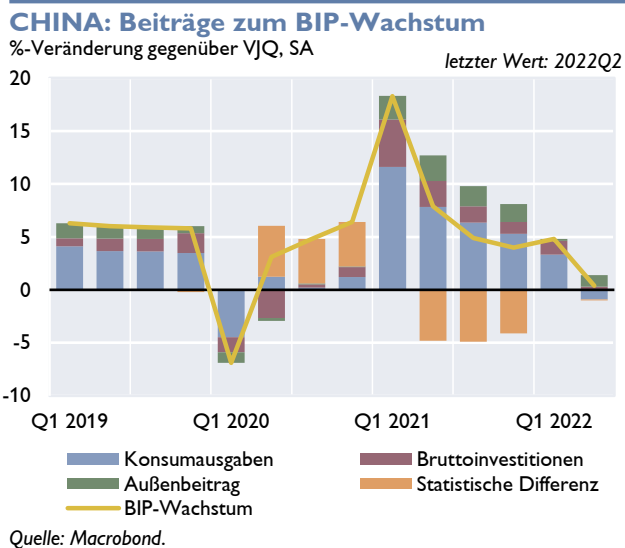
Die Inflationsrate (gemessen am CPI) war im Juli mit 8,5% weiterhin hoch, wenngleich sie gegenüber Juni um 0,5 Ppt leicht zurückging. Ebenso ging die für die FED relevantere Inflationsrate (gemessen am PCE-Index, der persönliche Konsumausgaben widerspiegelt) im Juli leicht auf 6,3% im Jahresvergleich zurück. Im Juni lag die Inflationsrate, gemessen am PCE, noch bei 6,8%. Die US-Notenbank Fed erhöhte den geldpolitischen Zinssatz im Juli um 75 Basispunkte auf 2,5 %. Der Abbau der Bilanz der Fed wird wie im Mai kommuniziert fortgesetzt.



² Autor:innen: Christian Alexander Belabed und Anna Raggl (Referat International Economics)

China: Einbruch des Wirtschaftswachstums im zweiten Quartal nach strengen Lockdowns in wichtigen Städten

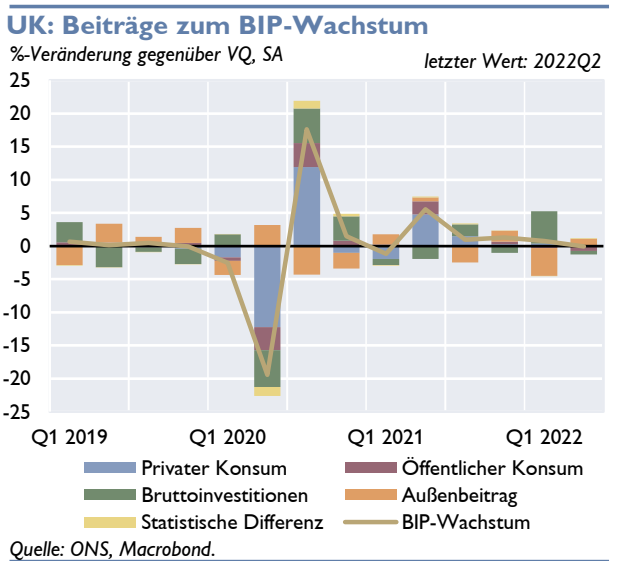
Das Wachstum des realen BIP dürfte nach harten Maßnahmen gegen Covid-Ausbrüche (z.B. Lockdowns in Shanghai und Peking) heuer deutlich geringer ausfallen als noch zuvor angenommen. Das BIP-Wachstum im zweiten Quartal 2022 lag bei lediglich 0,4% gegenüber dem Vorjahresquartal, nach 4,8% Wachstum im ersten Quartal. Der Rückgang des Wachstums ging vor allem auf den negativen Beitrag des privaten Konsums zurück. Zudem gab es kaum nennenswerte Impulse durch Investitionen des Unternehmenssektors. Die weiter schwelende Krise am Immobilienmarkt tut ihr Übriges zur Verschlechterung des Ausblicks. Die chinesische Zentralbank senkte zuletzt einen der wichtigen Kreditzinsen für Geschäftsbanken, um die Kreditvergabe zu stimulieren. Die allgemeine Kreditnachfrage entwickelte sich zuletzt allerdings verhalten.



UK: Negatives Wachstum im zweiten Quartal, Inflation stieg im Juli weiter an

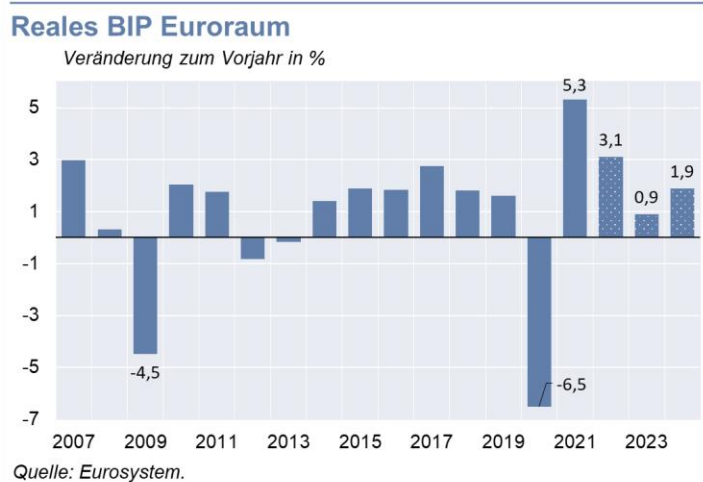
Im Vereinigten Königreich (UK) fiel das Wachstum im zweiten Quartal 2022 auf -0,1% (qoq), nachdem es im ersten Quartal bei 0,8% gelegen hatte. Der positive Wachstumsbeitrag der Nettoexporte konnte die negativen Beiträge von privatem und öffentlichem Konsum sowie der Unternehmensinvestitionen nicht kompensieren.

Die Inflationsrate lag im Juli bei 10,1%, höher als im Juni (9,4%). Die *Bank of England* reagierte im August auf die hohen Inflationsraten mit einem weiteren Zinsschritt um 50 Basispunkte auf 1,75%.



Euroraum: BIP-Prognoserisiken weiterhin abwärts gerichtet³

Gemäß Eurostat-Schnellschätzung ist das saisonbereinigte BIP im Euroraum im zweiten Quartal 2022 im Vergleich zum Vorquartal um 0,6% gestiegen (1. Quartal 2022: 0,5%). Die



Wirtschaftstätigkeit im Euroraum wird nach wie vor durch den Ukrainekrieg, die anhaltenden Lieferengpässe und generell durch die hohe Unsicherheit gebremst. Allerdings wird die Nachfrage im Dienstleistungssektor (z.B. Sommertourismus) durch die während der Pandemie von den Haushalten gebildeten Ersparnissen und einem starken Arbeitsmarkt gestützt. Aufgrund der anhaltend hohen Inflation wird sich allerdings

die Frage stellen, wie sich die Preissteigerungen auf die Kaufkraft und die Konsumausgaben auswirken werden. Bezüglich der Einschätzung der Verbraucher:innen zeigt die Schnellschätzung des Indikators für das Verbrauchervertrauen der GD ECFIN von August 2022 eine Erholung des Indikators um 2,1 Punkte, nachdem er im Juli seinen historischen Tiefstand erreicht hatte. Mit -25 Punkten liegt der Indikator aber weiterhin unter den Werten bei Ausbruch der COVID-19-Pandemie.

Im Vergleich zum Juni hat die EZB in der Septemberprognose ihre Einschätzung des BIP-Wachstums für 2022 leicht nach oben und für 2023 und 2024 nach unten korrigiert. Für 2022 wird nun ein Wachstum von 3,1% (+0,3 Prozentpunkte im Vergleich zum Juni), für 2023 0,9% (-1,2 Prozentpunkte) und für 2024 1,9% (-0,2 Prozentpunkte) erwartet. Einerseits war die Entwicklung im ersten Halbjahr 2022 recht vorteilhaft, andererseits werden sich insbesondere im kommenden Winter potenzielle Probleme der Gasversorgung und die steigenden Energiepreise sowie die hohe Inflation negativ auswirken. Auch die Europäische Kommission hat in ihrer Mitte Juli veröffentlichten Sommerprognose im Vergleich zur Frühjahrsprognose die Wachstumserwartungen deutlich reduziert. Für 2022 wird für den Euroraum nun ein BIP-Wachstum von 2,6% statt 2,7% in der Frühjahrsprognose und für 2023 von 1,4% statt 2,3% erwartet. Der IWF prognostiziert im Juli-Update des World Economic Outlooks für 2022 ein BIP-Wachstum von 2,6% und damit um 0,2 Prozentpunkte weniger Wachstum als noch im April. Für 2023 prognostiziert der IWF jetzt ein Wachstum von 1,2% und damit um 1,1 Prozentpunkte weniger als im April. Die Prognoserisiken sind überwiegend nach unten gerichtet. Zu den Risiken zählen unter anderem ein Stopp der russischen Gaslieferungen, eine Verstärkung des Pandemiegeschehens und ein starker Wirtschaftsabschwung in den USA und China.

Euroraum: Energie- und Lebensmittelpreise treiben Inflationsrate auf voraussichtlich 9,1% im August

Gemäß Eurostat-Schnellschätzung von Ende August wird die jährliche Inflationsrate der Eurozone im August 2022 voraussichtlich 9,1% betragen, gegenüber 8,9% im Juli. Die höchste jährliche Inflationsrate wird voraussichtliche Energie (38,3%), gefolgt von Nahrungsmitteln,

³ Autor: Christian Beer (Referat Konjunktur)

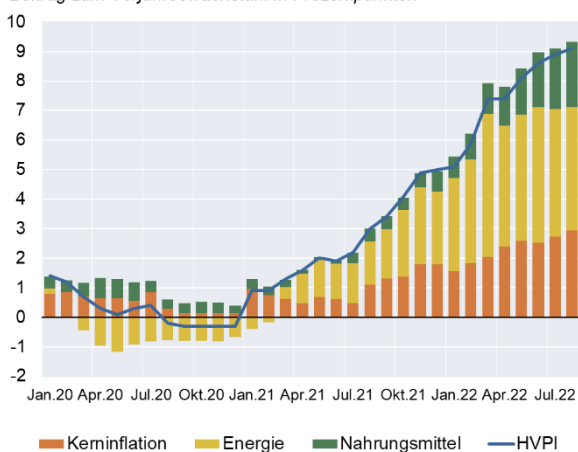
Alkohol und Tabak (10,6%) aufweisen. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Lebensmittel) wird im August 2022 voraussichtlich bei 4,3% liegen. Der Preisdruck erstreckt sich mittlerweile auf immer mehr Sektoren, unter anderem weil sich die Effekte der hohen Energiekosten ausbreiten.

Im Vergleich zum Juni hat die EZB ihre Inflationsprognose im September nach oben revidiert. Für 2022 wird nun eine HVPI-Inflationsrate von 8,1% (1,3 Prozentpunkte mehr als noch im Juni) erwartet, für 2023 5,5% (+2,0 Prozentpunkte) und für 2024 2,3% (+0,2 Prozentpunkte). Für 2022 wird eine Kerninflationsrate von 3,9%, für 2023 von 3,4% und für 2024 von 2,3% erwartet. Die Aufwärtsrevision ist vor allem auf Angebotsschocks, die sich rasch in den Preisen widerspiegelten, Datenrevisionen, höhere Energiepreise und Löhne und den schwächeren Euro zurückzuführen. Dem erwarteten Rückgang der Inflationsraten 2023 und 2024 liegt die Erwartung sinkender Energiepreise zugrunde. Auch andere Organisationen haben ihre Inflationsprognosen nach oben korrigiert. Im Vergleich zur Frühjahrsprognose erwartet die Europäische Kommission nun für 2022 eine Inflationsrate von 7,6% (Frühjahrsprognose: 6,1%) und für 2023 von 4,0% (Frühjahrsprognose: 2,7%). Die Kommission nimmt an, dass die Inflation mit 8,4% im 3. Quartal 2022 ihren Höhepunkt erreichen und dann bis Ende 2023 kontinuierlich auf 3% sinken wird. Auch der IWF hat in seiner Juli-Prognose die Prognose der HVPI-Inflationsrate für 2022 von 5,3% (April) auf 7,3% angehoben. Für 2023 wird eine Inflationsrate von 3,9% prognostiziert; das ist um 1,6 Prozentpunkte mehr als noch im April erwartet. Die Risiken der Inflationsprognose sind nach oben gerichtet. Zu den Risiken zählen anhaltend hohe Energiepreise, ein Anstieg der Inflationserwartungen und Lohnerhöhungen, die höher ausfallen als erwartet.

Der EZB-Rat hat in seiner Sitzung am 21. Juli beschlossen, die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 50 Basispunkte anzuheben. Basierend auf seiner Einschätzung der Inflationsrisiken hat der EZB-Rat damit einen größeren Zinsschritt gesetzt als auf seiner vorangehenden Sitzung signalisiert. Für die künftigen Sitzungen des EZB-Rats ist von einer weiteren Normalisierung der Zinssätze auszugehen. Darüber hinaus wurde das Transmission Protection Instrument (TPI) beschlossen, das die effektive Transmission der Geldpolitik in allen Ländern des Euroraums sicherstellen soll.

Komponenten des HVPI

Beitrag zum Vorjahreswachstum in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat.

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Konjunktur trübt sich vorerst nur in wenigen Ländern deutlich ein⁴

Heterogene Wachstumsentwicklung im zweiten Quartal mit einigen positiven Überraschungen

Erste verfügbare Zahlen zum Wirtschaftswachstum in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) im zweiten Quartal 2022 zeichnen ein heterogenes Bild der Wirtschaftsentwicklung ein halbes Jahr nach Ausbruch des Krieges in der Ukraine. Mit Polen, Lettland und Litauen berichteten drei direkte Nachbarstaaten der Ukraine im zweiten Quartal einen Rückgang der Wirtschaftsleistung. Insbesondere in Polen fiel dieser stark aus. Die Gründe dafür liegen zum Teil im Abbau bestehender Lagerbestände nach einer besonders starken Dynamik in diesem Bereich um den Jahreswechsel. Der Hauptgrund für die schwachen Werte dürfte aber die anhaltend hohe Inflation, das damit zusammenhängend nachlassende Wirtschaftsvertrauen und die andauernden Verwerfungen in den internationalen Lieferketten, sein. Diese ungünstigen externen Faktoren, die hauptsächlich auf die Auswirkungen des russischen Krieges in der Ukraine zurückzuführen sind, werden durch inländische Faktoren wie Arbeitskräftemangel verstärkt.

Die aktuellen Zahlen zeigen aber auch eine überraschend robuste Konjunktorentwicklung in einigen anderen Ländern, etwa in Bulgarien, Kroatien, der Slowakei und Rumänien. Zum Teil ist das einer gut angelaufenen Tourismussaison geschuldet. Diese trägt zum Exportwachstum bei und dämpft damit die Auswirkungen der schwächelnden Industrie auf die Außenhandelsalden. Gleichzeitig scheint sich aber auch die Binnennachfrage vor dem Hintergrund historisch niedriger Arbeitslosenquoten, hoher Kapazitätsauslastung und hoher Finanzüberschüsse der Unternehmen unerwartet gut entwickelt zu haben.

Hochfrequente Daten zur wirtschaftlichen Aktivität signalisieren aber, dass die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft gegenüber den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine allgemein nachlässt. Während die industrielle Dynamik zum Jahreswechsel noch vom Abarbeiten von Auftragsrückständen nach den pandemiebedingten Verwerfungen angetrieben wurde, nahm das Wachstum der Industrieproduktion seit dem Frühjahr kontinuierlich ab. Im Juni erreichte es mit 5,1% im Vorjahresvergleich den bisherigen Tiefpunkt im heurigen Jahr. Im Monatsvergleich wird seit April eine Kontraktion berichtet. Fast alle Sektoren des verarbeitenden Gewerbes waren zuletzt vom Abschwung betroffen, insbesondere die exportorientierten Industrien, die von Rohstoffen und importierten Komponenten abhängig sind. Es ist damit zu rechnen, dass sich dieser Trend fortsetzen wird, da die vorausschauenden Umfragen in CESEE im Juli auf neue Tiefststände sanken. In Polen und Tschechien lagen etwa die Einkaufsmanagerindizes auf einem Niveau, das zuletzt zum Höhepunkt der COVID-Krise im Frühjahr 2020 erreicht wurde.

BIP-Wirtschaftswachstum in CESEE

Reales Wachstum in % gegenüber dem Vorquartal

	2021q3	2021q4	2022q1	2022q2
Bulgarien	0.9	1.3	0.8	1.1
Estland	0.9	1.3	0.1	..
Kroatien	1.3	1.0	2.7	2.0
Lettland	0.5	-0.2	3.6	-1.4
Litauen	0.7	1.3	1.2	-0.4
Polen	2.6	1.8	2.5	-2.3
Rumänien	-2.9	1.0	5.1	2.1
Slowakei	0.4	0.4	0.4	0.4
Slowenien	1.3	5.2	0.7	0.9
Tschechische Rep.	1.7	0.8	0.9	0.2
Ungarn	1.1	2.2	2.1	1.1
Gesamte Region	1.0	1.5	2.4	..

Quelle: Eurostat.

⁴ Autor: Josef Schreiner (Referat Zentral-, Ost- und Südosteuropa)

Angetrieben wurde der Verfall insbesondere von schwächeren Auftragseingängen, wobei gleichzeitig auch wieder ein markanter Anstieg bei den berichteten Lieferzeiten für Inputs zu beobachten war.

Nicht nur die Industrie leidet unter den Folgen des Krieges in der Ukraine, auch das Verbrauchervertrauen geht Monat für Monat weiter zurück. Darin spiegeln sich nicht zuletzt auch die starke Teuerung und die zu erwartenden Reallohnverluste wider. Das jährliche Wachstum der Einzelhandelsumsätze halbierte sich zwischen Februar und Juni auf durchschnittlich 5%. Das entspricht dem schlechtesten Ergebnis seit Februar 2021, einer Zeit als die Pandemiebeschränkungen in vollem Umfang in Kraft waren. Im Monatsvergleich war wie bei der Industrieproduktion seit April ein Rückgang zu beobachten. Das Wachstum der Einzelhandelsumsätze wird zunehmend von Gütern des täglichen Bedarfs getrieben, während sich die Umsätze mit langlebigen Gütern und auch Kraftstoffen sowohl auf Monats- als auch auf Jahresbasis abschwächen. Gleichzeitig scheint der durch die Pandemie entstandene Nachholbedarf nun aufgebraucht zu sein.

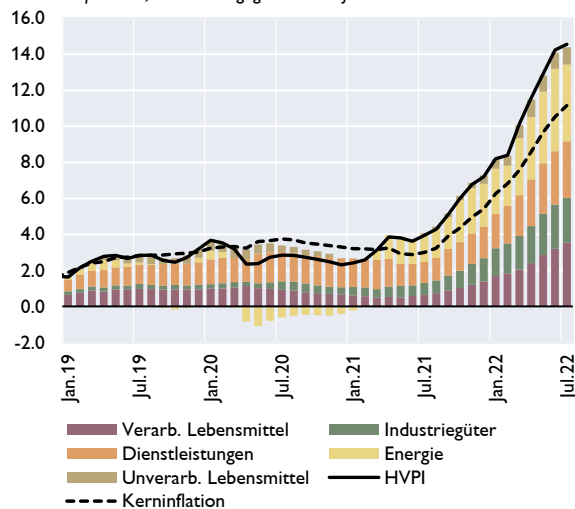
Der wirtschaftliche Ausblick für die Region verschlechtert sich damit weiter. Eingehende Daten aus anderen europäischen Ländern deuten auf eine schwächere externe Nachfrage hin. Darüber hinaus hängt die Möglichkeit einer Gasrationierung im Winter bei Ausbleiben russischer Lieferungen wie ein Damoklesschwert über der europäischen Konjunktur. Ein Gaslieferstopp würde sich aufgrund der starken wirtschaftlichen Verflechtungen in Europa zweifelsfrei auch negativ auf die Konjunktur von Ländern ohne große Abhängigkeit von russischem Gas auswirken. Auch für den Fall, dass Gas weiter fließt, ist jedenfalls mit historisch hohen Gaspreisen – und daran gekoppelt – auch Strompreisen zu rechnen, mit dementsprechenden Effekten auf die verarbeitende Industrie und die Realeinkommen der Haushalte.

Inflation steigt zuletzt etwas schwächer an als noch im ersten Halbjahr

Die Inflation stieg in den letzten Monaten unaufhaltsam weiter an. Im Juli lag die HVPI-Inflation in den CESEE EU-Mitgliedstaaten im Durchschnitt bei 14,6% und damit abermals auf einem neuen Höchststand. Gleichzeitig hat sich der Anstieg aber etwas abgeschwächt, nachdem niedrigere Weltmarktpreise bei Rohöl zu einer etwas niedrigeren Teuerung im Bereich der Energie geführt haben. Eine gewisse Stabilisierung war auch bei den Inflationsraten für Industriegüter und – in geringerem Ausmaß – bei Dienstleistungen zu beobachten. Vor diesem Hintergrund schwächte sich auch der Anstieg der Kerninflationsraten zuletzt etwas ab, wobei hier aber der Preisdruck im historischen Vergleich äußerst hoch bleibt. Auf einer disaggregierten Ebene lässt sich auch beobachten, dass der Anteil der Positionen mit steigenden Inflationsraten am gesamten Warenkorb im Juli erstmals seit langer Zeit auf breiterer Front rückläufig war (allerdings von einem sehr hohen Niveau ausgehend). Inwiefern sich dieser Trend verfestigen wird, bleibt abzuwarten. In einigen Ländern könnte die Inflationsspitze aber in den nächsten Monaten erreicht werden. Das legen nicht zuletzt auch die aktuellen Prognosen der Notenbanken der Region nahe. In Rumänien sollte die Teuerung gemessen am VPI bei 15% im dritten Quartal ihren Höhepunkt erreichen, während für Tschechien der Spitzenwert mit knapp unter 20% (VPI) im dritten und vierten Quartal erreicht werden sollte. In Polen wird die Inflation bis zum ersten Quartal 2023 weiter steigen und auf einen Spitzenwert von knapp unter 19% (VPI) klettern. Laut aktueller Prognose der Notenbank vom Juni steht die Inflationsspitze in Ungarn mit etwas über 14% (VPI) bereits im dritten Quartal bevor. Die jüngst beschlossene Erhöhung von regulierten Preisen für Haushaltsenergie (Strom und Gas) dürften den Preisauftrieb aber ab September noch einmal um bis zu 3 Prozentpunkte erhöhen.

Inflationsentwicklung in den CESEE EU-Mitgliedstaaten

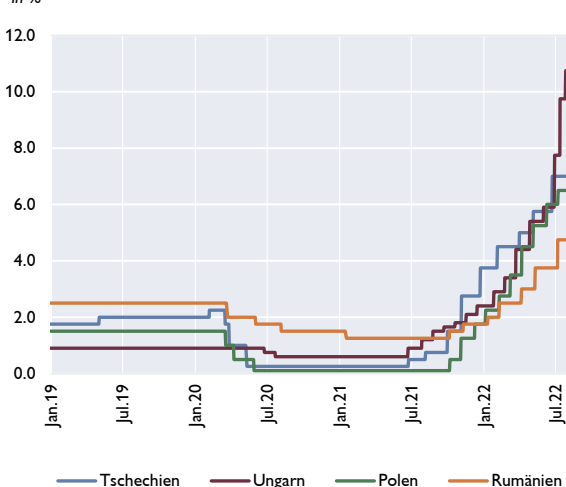
in Prozentpunkten, HVPI in % gegenüber Vorjahr



Quelle: Eurostat.

Leitzinssatzentwicklung in CESEE EU-Mitgliedstaaten

in %



Quelle: Macrobond.

Die starke Teuerung hat die Notenbanken in Ländern mit eigenständigem Inflationsziel zu einer deutlichen geldpolitischen Reaktion veranlasst. Die polnische Notenbank hat ihren Leitzins seit Anfang Oktober 2021 von 0,1% auf derzeit 6,5% erhöht. Die tschechische Notenbank passte ihren Leitzinssatz seit Juni 2021 von 0,25% auf zuletzt 7% an. Die ungarische Notenbank erhöhte ihren Leitzins seit Juni 2021 von 0,6% auf 10,75%. Die rumänische Notenbank hat ihren Leitzins von 1,25% im Oktober 2021 auf zuletzt 5,5% erhöht.

In ihren jüngsten Entscheidungen im Sommer 2022 haben allerdings die rumänische und polnische Notenbank weniger stark an der Zinsschraube gedreht als noch im ersten Halbjahr 2022. Die tschechische Notenbank verzichtete im Juli ganz auf eine weitere Zinserhöhung. Das deutet darauf hin, dass ein Ende des Zinsanhebungszyklus in einigen Ländern näher rücken könnte. Dafür sprechen auch die umfangreichen bereits getätigten geldpolitischen Schritte sowie die zu beobachtende Abschwächung bei den Vorlaufindikatoren und der sich generell verschlechterte wirtschaftliche Ausblick. Sollten die hohe Inflation, der Druck auf den Devisenmärkten oder auch die erwartete weitere Straffung der Geldpolitik durch die Fed und die EZB weitere Zinsschritte notwendig machen, dürften diese in Summe jedenfalls geringer ausfallen als in der Vergangenheit.

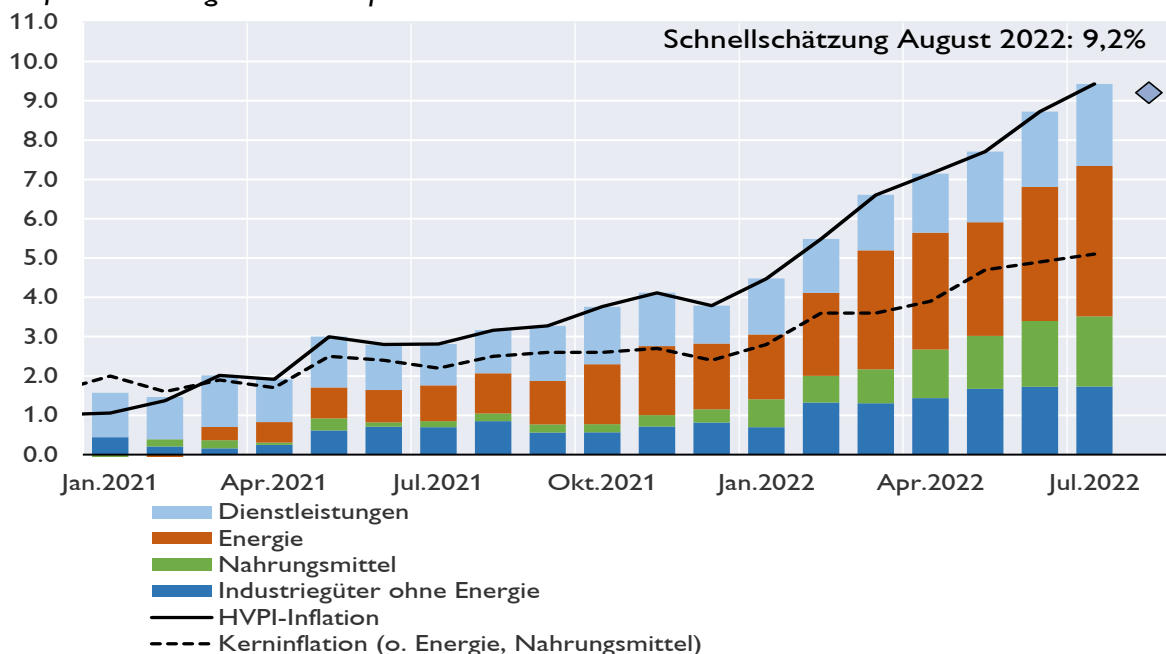
Österreich: Stimmungseintrübung nach starkem zweiten Quartal⁵

Inflationsanstieg setzt sich im dritten Quartal 2022 unvermindert fort

Die österreichische HVPI-Inflationsrate setzte in den letzten Monaten ihren Höhenflug fort und belief sich im Juli 2022 auf 9,4 %. Vergleichbar hohe Inflationsraten wurden in Österreich zuletzt Mitte der 1970er gemessen, als sich im Gefolge der ersten Rohölpreiskrise der Ölpreis vervielfachte. Laut Schnellschätzung von Statistik Austria hat sich die HVPI-Inflationsrate im August voraussichtlich auf 9,2 % verringert.⁶ Eine Trendwende in der Inflationsentwicklung dürfte damit aber nicht einsetzen, da wichtige Energieversorger (EVN, Wien Energie) im September 2022 drastische Erhöhungen der Strom- und Elektrizitätspreise vornehmen.

Österreich: Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Jahresinflationsraten;
Inflationsbeiträge in Prozentpunkten



Der Anstieg der Teuerungsrate seit April 2022 wurde in erster Linie durch Energie getrieben. Sowohl die Rohölnotierungen als auch die Großhandelspreise für Gas legten deutlich zu. Annähernd 40 % des Inflationsanstiegs von April 2022 bis Juli 2022 entfallen auf die Verbraucherpreise für Energie, aber auch alle anderen Komponenten des HVPI verteuerten sich. Dienstleistungen und Nahrungsmittel inklusive Alkohol und Tabak waren zu je ¼ sowie Industriegüter ohne Energie mit etwas mehr als 10 % für den Inflationsanstieg seit April 2022 ausschlaggebend. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation lag im Juli 2022 bei 5,1 % und damit um 1,2 Prozentpunkte höher als im April 2022. Für den Anstieg der

⁵ Autoren: Friedrich Fritzer, Martin Schneider, Richard Sellner, Alfred Stiglbauer (Referat Konjunktur).

⁶ Laut Statistik Austria waren vor allem Treibstoffe für den Rückgang der HVPI-Inflation im August verantwortlich. Detailergebnisse werden am 16. September 2022 publiziert.

Kerninflationsrate waren vor allem die Preisentwicklung bei langlebigen Konsumgütern wie Kraftfahrzeuge und Möbeln, aber auch Preissteigerungen im Tourismusbereich verantwortlich.

Der Anstieg der Dienstleistungspreise lag im Juli 2022 bei 4,8 % (April 2022: 3,4 %) und erreichte damit den höchsten Wert seit Bestehen der Währungsunion 1999. Die Preisanstiege im Dienstleistungssektor wurden zuletzt vor allem von Restaurants und Hotels getrieben. Bei Restaurants und Cafés (9,3 %) erreichte die Teuerungsrate im Juli 2022 ebenfalls einen neuen Höchstwert, während die Inflationsrate für Beherbergungsdienstleistungen (9,8 %) nur wenig unter dem bisherigen Spitzenwert von 11,9 % im Mai 2022 blieb. Besonders hoch waren zuletzt auch die Inflationsraten für Flugtickets und Pauschalreisen. Viele Dienstleistungsunternehmen dürften aufgrund einer anhaltend starken Nachfrage in der Lage sein, die Kostensteigerungen – infolge der gestiegenen Energie- und Nahrungsmittelpreise – an die Konsument:innen weiterzugeben.

Die Inflationsrate von Industriegütern ohne Energie setzte ihre dynamische Entwicklung ebenfalls fort und belief sich im Juli 2022 auf 5,8 % und lag damit deutlich über dem langfristigen Durchschnitt seit 2001 (1 %). Zum größten Teil war die Preisentwicklung für langlebige Konsumgüter wie Möbel und Einrichtungsgegenstände sowie Kraftfahrzeuge für die Inflationsdynamik in diesem Sektor verantwortlich. Gebrauchtwagen waren im Juli 2022 um 25 % teurer als ein Jahr zuvor. Der weltweite Chipmangel und die damit einhergehenden Lieferschwierigkeiten bei Neuwagen dürften die Nachfrage nach Gebrauchtautos angekurbelt haben. Preisanstiege bei energetischen und nicht energetischen Rohstoffen sowie eine weitere Verschärfung der Angebotsengpässe aufgrund des Ukraine-Kriegs führten dazu, dass der Preisdruck auch auf den vorgelagerten Stufen aufrechterblieb. Zwar hat sich die Inflationsrate der Erzeugerpreise in den letzten Monaten nicht weiter beschleunigt, blieb aber mit 27,7 % im Juni 2022 nur wenig unter dem Spitzenwert vom April 2022 (28,6 %). Material- und Ausrüstungsgpässe in der österreichischen Konsumgüterindustrie haben sich zuletzt zwar zurückgebildet, bleiben aber für rund ein Fünftel der Unternehmen das wichtigste Produktionshemmnis. Im dritten Quartal 2022 gaben laut Umfrageergebnissen der Europäischen Kommission beinahe die Hälfte der befragten österreichischen Unternehmen in der Konsumgüterindustrie an, dass Material- und Ausrüstungsgpässe sowie Arbeitskräftemangel die Produktion gehemmt haben.

Die Inflationsrate von Energie stieg von 37,6 % im April 2022 auf 46,9 % im Juli 2022. Sowohl die Rohölpreise wie auch die Großhandelspreise von Gas und Elektrizität, erfuhren zuletzt einen weiteren starken Schub, der teilweise auch auf die Erwartungen von Angebotsengpässen bei Gas zurückzuführen ist. Dies führte zu sichtbaren Preissteigerungen an den Zapfsäulen. Treibstoffe waren im Juli um 63 % teurer als ein Jahr zuvor. Der Preis von Heizöl lag zuletzt sogar um 108 % über dem Preis vom Juli 2021. Etwas abgefedert wurde die Energiepreisinflation im Mai 2022 durch das Inkrafttreten des Energiepakets, das eine weitgehende Reduktion der Elektrizitäts- und Erdgasabgabe ab Mai 2022 beinhaltet. Deutliche Preissteigerungen bei Gas und Elektrizität sind für den September 2022 angekündigt (EVN und Wien Energie heben ihre Tarife deutlich an).

Die Verbraucherpreise von Nahrungsmitteln (einschließlich Alkohol und Tabak) stiegen im Juli 2022 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 10,2 % an (April 2022: 7,1 %). Seit April 2022 legten vor allem die Preise für Fleisch, Milch, Eier und Käse sowie Öle und Fette deutlich zu. Dies liegt zum einen an der kräftigen Verteuerung der agrarischen Rohstoffpreise. Der russische Angriffskrieg führte neben steigenden Energiepreisen auch zu einer deutlichen Zunahme der globalen Nahrungsmittelpreise. So lag der Preis für Nahrungsmittelrohstoffe im Juni 2022 um rund 35 % über dem Wert vom Juni 2021. Zum anderen verteuerten die hohen Energiepreise die

landwirtschaftliche Produktion aufgrund höherer Transport- und Inputkosten (Treibstoffe sowie Düngemittel waren im Juli 2022 um 63 % sowie 68 % teurer als ein Jahr zuvor).

Privater Konsum und Exporte bestimmen Wachstum von 1,5 % im 2. Quartal 2022

Laut der von Statistik Austria berechneten quartalsweisen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist die österreichische Wirtschaft im zweiten Quartal 2022 um 1,5% gewachsen (gegenüber dem Vorquartal; real, saison- und arbeitstägig bereinigt). Gegenüber der vom WIFO am 29.7.2022 veröffentlichten VGR-Schnellschätzung (+0,5 %) wurde das Wachstum im zweiten Quartal deutlich nach oben revidiert. Zusätzlich wurde das Wachstum für das dritte Quartal 2021 (+0,3 Prozentpunkte) und das erste Quartal 2022 (+0,4 PP) deutlich nach oben revidiert. Für die BIP-Prognose für das Gesamtjahr 2022 bedeutet dies eine mechanische Aufwärtsrevision um 1,6 Prozentpunkte von +3,8 % (OeNB-Konjunktüreinschätzung vom Juni 2022) auf +5,4 %.

Ergebnisse der VGR für Österreich vom 1.9.2022 (Q2)

BIP	Privater Konsum	Öffentlicher Konsum	Bruttoanlageinvestitio	Exporte	Importe	Inlandsnachfrage (o. Lager)	Nettoexporte	Lagerveränderungen	Stat. Differenz	Lager + Stat. Diff	
Veränderung zur Vorperiode in %						Wachstumsbeiträge in %-Punkten					
Q3 21	+3.7	+9.0	+1.9	-4.4	+1.3	+0.6	3.6	0.4	-1.0	0.7	-0.3
Q4 21	-0.9	-3.6	+4.0	+1.7	+2.0	+1.9	-0.6	0.1	-0.2	-0.3	-0.4
Q1 22	+1.9	+1.6	-3.2	+0.1	+6.8	+5.2	0.1	1.0	0.6	0.1	0.7
Q2 22	+1.5	+0.8	+0.9	-1.0	+2.4	-0.3	0.3	1.7	0.1	-0.6	-0.5
2020	-6.9	-8.4	-0.4	-5.0	-11.5	-9.5	-5.6	-1.6	0.1	0.3	0.4
2021	+4.8	+3.6	+8.5	+8.7	+9.7	+13.3	5.8	-1.6	0.5	0.1	0.6

Revisionen gegenüber der VGR vom 29.7.2022 (2022Q2-Flash)

BIP	Privater Konsum	Öffentlicher Konsum	Bruttoanlageinvestitio	Exporte	Importe	Inlandsnachfrage (o. Lager)	Nettoexporte	Lagerveränderungen	Stat. Differenz	Lager + Stat. Diff	
in Prozentpunkten											
Q3 21	+0.3	-1.2	+0.1	-1.7	+0.4	-0.7	-1.0	+0.6	-	-	-1.1
Q4 21	-0.1	+0.2	-0.4	+1.7	+0.1	-0.9	+0.4	+0.5	-	-	-1.4
Q1 22	+0.4	+0.8	-0.2	-1.5	+4.6	+1.6	+0.0	+1.8	-	-	-0.3
Q2 22	+1.0	+2.7	+0.9	-2.2	-0.3	-0.8	+1.0	+0.3	-	-	0.0
2021	-0.1	+0.3	+0.2	+4.5	-4.8	-3.1	+1.3	-1.0	-	-	0.0

Quelle: Statistik Austria, WIFO.

Die revidierten Zahlen für das zweite Quartal spiegeln den konjunkturellen Verlauf deutlich besser wider als die Schnellschätzung vom 29. Juli. Der private Konsum weist mit +0,8 % nunmehr ein positives Wachstum und nicht wie in der Schnellschätzung einen starken Rückgang (-1,9 %) auf. Der öffentliche Konsum wurde ebenso nach oben revidiert, während es bei den Investitionen zu einer Abwärtsrevision auf -1,0 % kam.

Eine Betrachtung der Entstehungsseite zeigt, dass sowohl die Industrie (+1,3 %) wie auch die Dienstleistungen (+1,6 %) stark expandierten. Am stärksten fiel die Erholung in der Gastronomie und Beherbergungswesen (NACE I) mit +19 % aus (nicht gesondert in der Tabelle ausgewiesen). Die Wertschöpfung lag in diesem Sektor im zweiten Quartal 2022 bei 81 % des Vorkrisenniveaus (2019). Im dritten Quartal 2021 wurde bereits ein Wert von 89 % verzeichnet, bevor es durch den Lockdown im vierten Quartal zu einem erneuten Rückgang auf 63 % kam.

Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vom 31.9.2022 (Q2) - Entstehungsseite

BIP	Industrie (B-E)	Sachgüter (C)	Bau (F)	Dienstleistungen, gesamt (G-U)	Dienstleistungen, privat (G-N)	Handel, Verkehr und Gastronomie (G-I)	IKT (J)	Finanzsektor (K)	Immobilien-sektor (L)	wiss. techn. DL (M-N)	Dienstleistungen, öffentlich (O-U)	öff. Verwaltung (O-Q)	sonstige DL (R-U)	
Veränderung zur Vorperiode in %														
Q3 21	+3,7	+0,8	+0,7	-2,0	+5,1	+6,2	+15,0	+1,2	+0,2	+0,5	-0,1	+2,5	+1,7	+8,9
Q4 21	-0,9	+1,4	+0,5	-1,0	-1,8	-2,5	-6,2	+1,2	+1,6	+0,5	-0,8	-0,1	+0,9	-7,2
Q1 22	+1,9	+1,8	+2,1	+2,8	+2,3	+3,4	+5,6	+0,8	-1,6	+1,0	+4,8	-0,4	-1,0	+4,6
Q2 22	+1,5	+1,3	+1,3	-0,7	+1,6	+1,6	+3,8	+0,1	-1,5	+0,4	+0,3	+1,6	+1,6	+1,6
2020	-6,9	-6,5	-7,0	-2,9	-7,5	-8,1	-15,5	-1,7	+4,7	+0,3	-8,0	-5,8	-3,6	-19,5
2021	+4,8	+7,7	+9,1	+3,2	+3,2	+2,7	+1,2	+3,5	+2,4	+1,1	+7,0	+4,5	+4,8	+2,3

Revisionen gegenüber der VGR vom 29.7.2022 (Q2 Flash)

Revision in Prozentpunkten														
Q1 21	-0,3	-1,1	-0,2	-1,1	-0,6	-1,4	-2,8	+0,0	-0,6	-0,1	-1,1	+1,4	+1,5	+0,7
Q2 21	+0,0	+0,2	+0,9	-0,2	+0,2	+0,1	+0,1	+0,4	+0,3	-0,4	+0,7	+0,5	+0,6	+0,0
Q3 21	+0,3	-1,0	-0,8	-1,0	+0,6	+0,7	+2,1	-0,1	-1,3	-0,8	+1,2	+0,5	+0,6	+0,3
Q4 21	-0,1	+0,8	+0,1	-0,7	-0,5	-0,9	-0,6	-0,2	-1,4	-0,2	-2,1	+0,4	+0,3	+0,4
Q1 22	+0,4	+0,6	+0,7	+1,2	+0,2	+0,7	+2,2	-0,9	-1,7	-0,1	+0,4	-1,1	-1,1	-1,3
Q2 22	+1,0	+0,6	+1,1	-0,8	+1,3	+1,3	+3,7	+0,3	-2,3	+0,1	-0,8	+1,2	+1,6	-1,2
2020	-0,0	-0,0	+0,0	+0,0	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0	-0,1	-0,0	-0,0	+0,0	+0,0	+0,0
2021	-0,1	-1,4	+0,5	-1,7	-0,3	-1,4	-2,5	-0,0	-1,8	-0,8	-0,2	+2,3	+2,5	+1,2

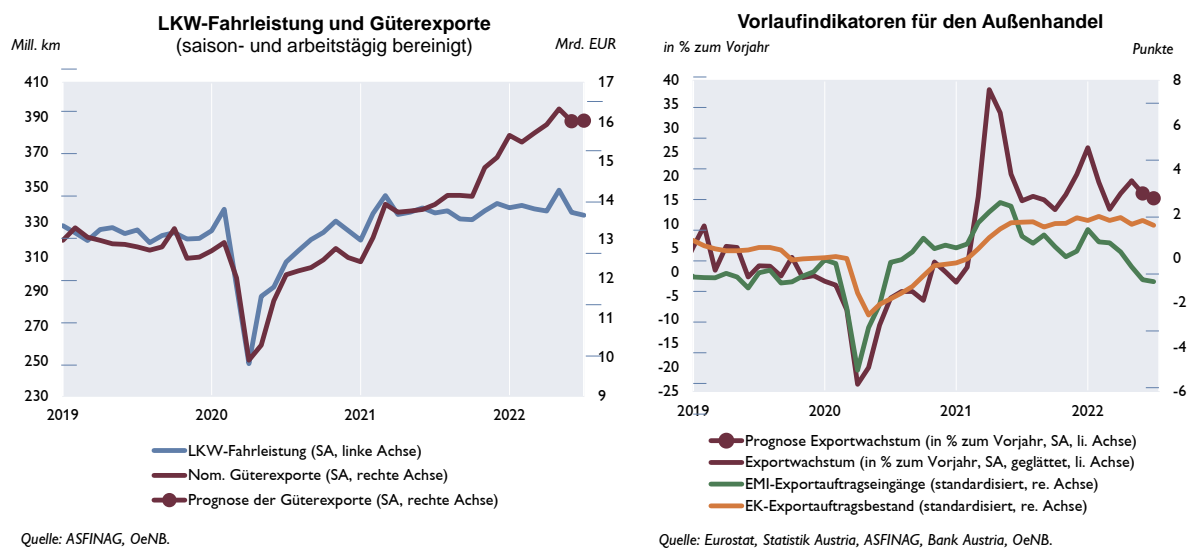
Quelle: Statistik Austria, WIFO, eigene Berechnungen OeNB

Preisbedingt noch hohe Dynamik der Güterexporte

Laut Statistik Austria erreichte das nominelle Wachstum der österreichischen Güterexporte im Mai 2022 mit 25,8 % (im Vergleich zum Vorjahresmonat) den höchsten Wert seit Jänner. Das nominelle Exportwachstum wurde im Mai stark von den Gütergruppen Brennstoffe und Energie (+94%, preisbedingt), bearbeitete Waren (+34 %) Rohstoffe (+30 %), Maschinen (+24 %) und Fahrzeugen (+21 %) getrieben.

Gemäß den aktuellen Ergebnissen des auf LKW-Fahrleistungsdaten basierenden OeNB-Exportindikators sind die nominellen Güterexporte in den Monaten Juni und Juli im Jahresabstand bereinigt um Arbeitstageffekte um jeweils rund 16 % gewachsen. Diese hohen Wachstumsraten sind jedoch zumindest teilweise auf die hohe Inflation zurückzuführen. Dies zeigt sich auch in dem seit Mitte letzten Jahres zu beobachtenden Auseinanderklaffen der Entwicklung der nominellen Güterexporte und der LKW-Fahrleistung.

Die Vorlaufindikatoren deuten auf eine schwächere Exportdynamik hin. Die von der UniCredit-Bank Austria erhobenen Exportauftragseingänge zeigen einen klaren Abwärtstrend. Der Exportauftragsbestand laut Europäischer Kommission bewegt sich hingegen noch seitwärts. Diese Diskrepanz signalisiert einen infolge von Lieferkettenproblemen nicht abgearbeiteten Rückstau von vergangenen Aufträgen. Sobald dieser „Polster“ aufgebraucht ist, muss mit einem Rückgang der Aktivität in der exportorientierten Industrie gerechnet werden. Eine Trendwende in der Entwicklung der zuletzt noch starken Exportdynamik erscheint daher in der zweiten Jahreshälfte bevorzuzustehen.

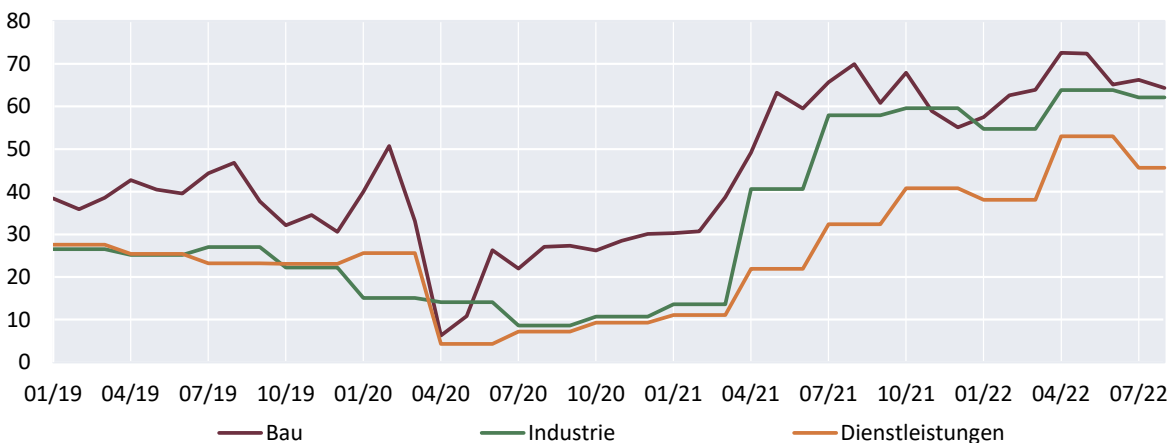


Konsumentenvertrauen bricht ein, Unternehmenserwartungen nehmen ab

Im August gaben der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung der Europäischen Kommission (ESI), der WIFO Konjunkturklimaindex sowie der Einkaufsmanagerindex weiter nach und deuten auf eine Abkühlung der Konjunktur hin. Während die aktuelle Lageeinschätzung im August überwiegend noch als positiv bewertet wird, verschlechtern sich die unternehmerischen Erwartungen über die zukünftige Entwicklung und auch das Konsumentenvertrauen liegt nur knapp über seinem historischen Tiefstand vom Juli 2022.

Arbeitskräftemangel oder Material-/Kapazitätsengpässe

Anteil der Unternehmen

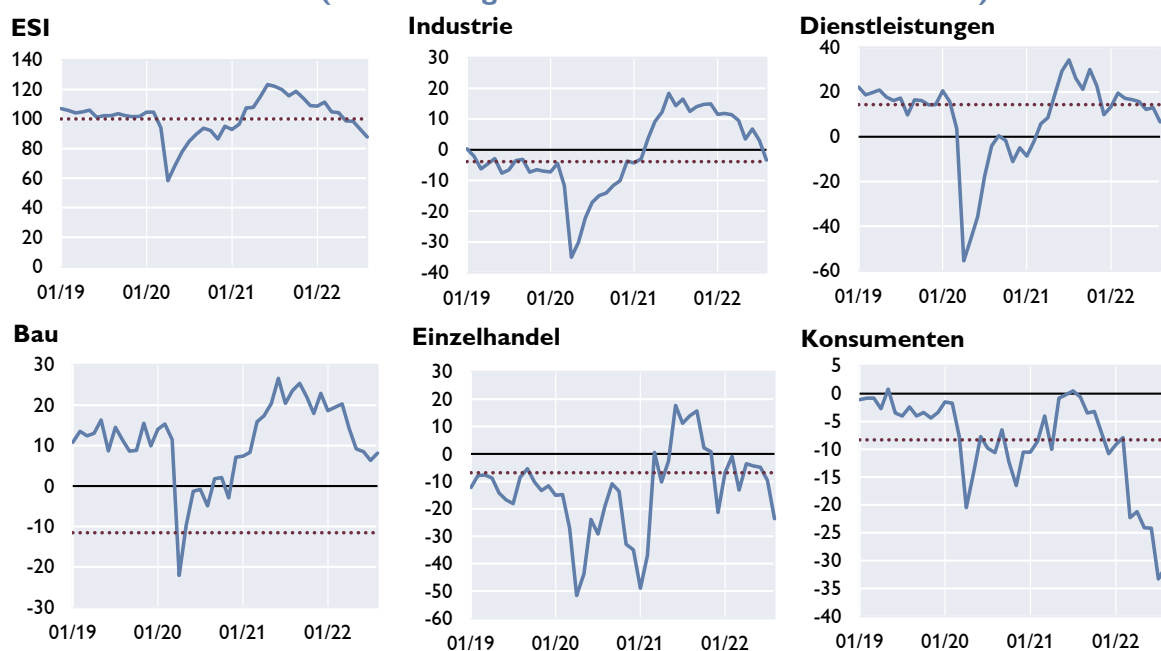


Nachfrageseitig trüben die starke Inflationsdynamik und Angst über eine bevorstehende Rezession im Euroraum und in den USA die konjunkturelle Entwicklung. Hinzu kommen die Unsicherheit bezüglich des weiteren Verlaufs des Ukrainekrieges und der Versorgung mit Gas sowie das zwar rückläufige, aber weiterhin hohe Niveau an angebotsseitigen Einschränkungen. So gaben im Juli in Summe über 60 % der Unternehmen in Industrie und Bau an, von Arbeitskräftemangel oder Material- bzw. Kapazitätsbeschränkungen betroffen zu sein. Im Einklang mit der Abnahme des globalen Lieferkettendrucks (Global Supply Pressure Index der Federal Reserve Bank New York) hat in den letzten Monaten auch die Dynamik im Anstieg der Zulieferzeiten (IHS Markit) für die österreichische Industrie stetig abgenommen. Die Einschätzung über die Auftrags- und Auslandsauftragsbestände verschlechterten sich jedoch im

Juli und August. Die Stimmung im Bau hat sich bereits im zweiten Quartal auf hohem Niveau abgeschwächt. Die erwarteten Zinsanhebungen sowie die strikteren Wohnbaukreditvergabekriterien dürften die Abkühlung der Baukonjunktur weiter vorantreiben.

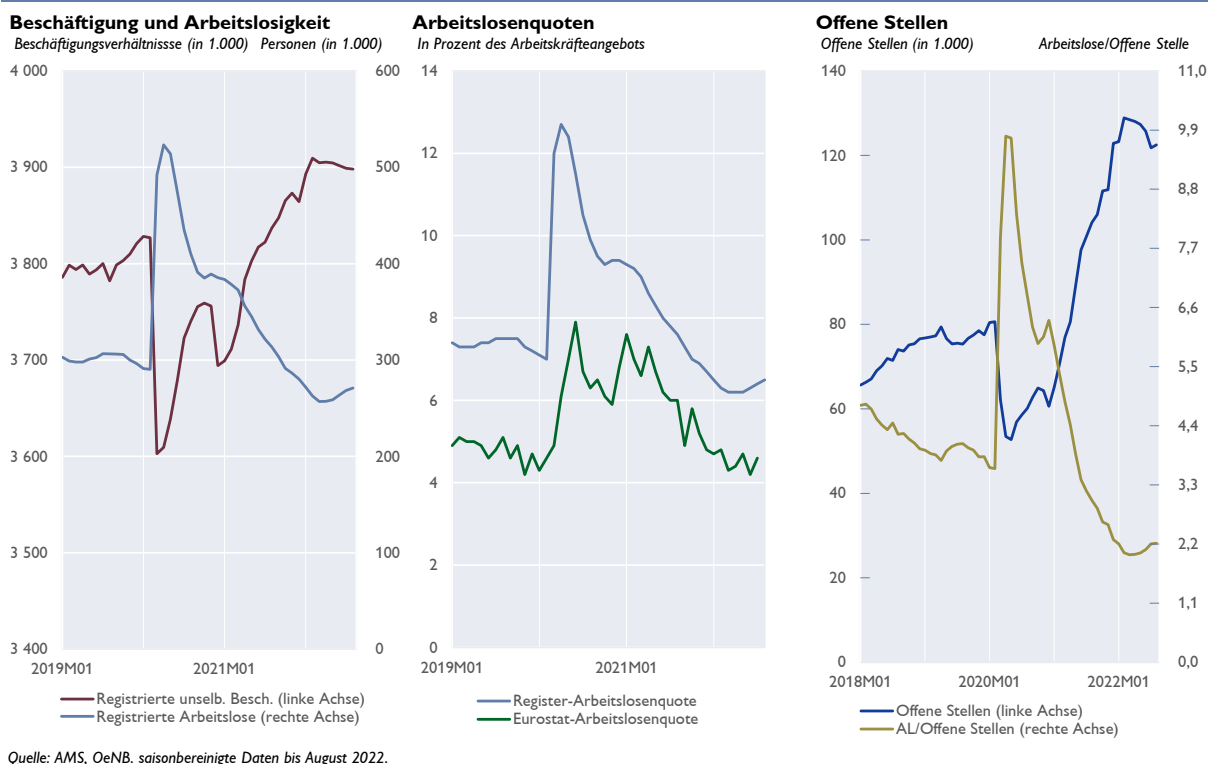
Die Stimmung im Dienstleistungssektor ist im August unter ihren langfristigen Durchschnitt gefallen, was auch auf ein vorzeitiges Ende der Erholungseffekte durch die Öffnungsschritte im Tourismus und der Gastronomie hindeuten könnte. Im Einzelhandel brach der Vertrauensindikator von -9,7 im Juli auf -23,6 im August besonders stark ein. Dabei verschlechterte sich sowohl die aktuelle Lagebeurteilung als auch die Erwartungen. Das Konsumentenvertrauen fiel im Juli auf seinen tiefsten Stand seit Beginn der Erhebung und erholte sich im August nur geringfügig. Die Beurteilungen zur aktuellen und zukünftigen finanziellen Situation sowie wirtschaftlichen Lage fallen sehr negativ aus; es werden deutlich weniger größere Anschaffungen getätigt oder in den nächsten 12 Monate geplant.

Vertrauensindikatoren (bis inkl. August 2022 / Durchschnitte 1999-2019)



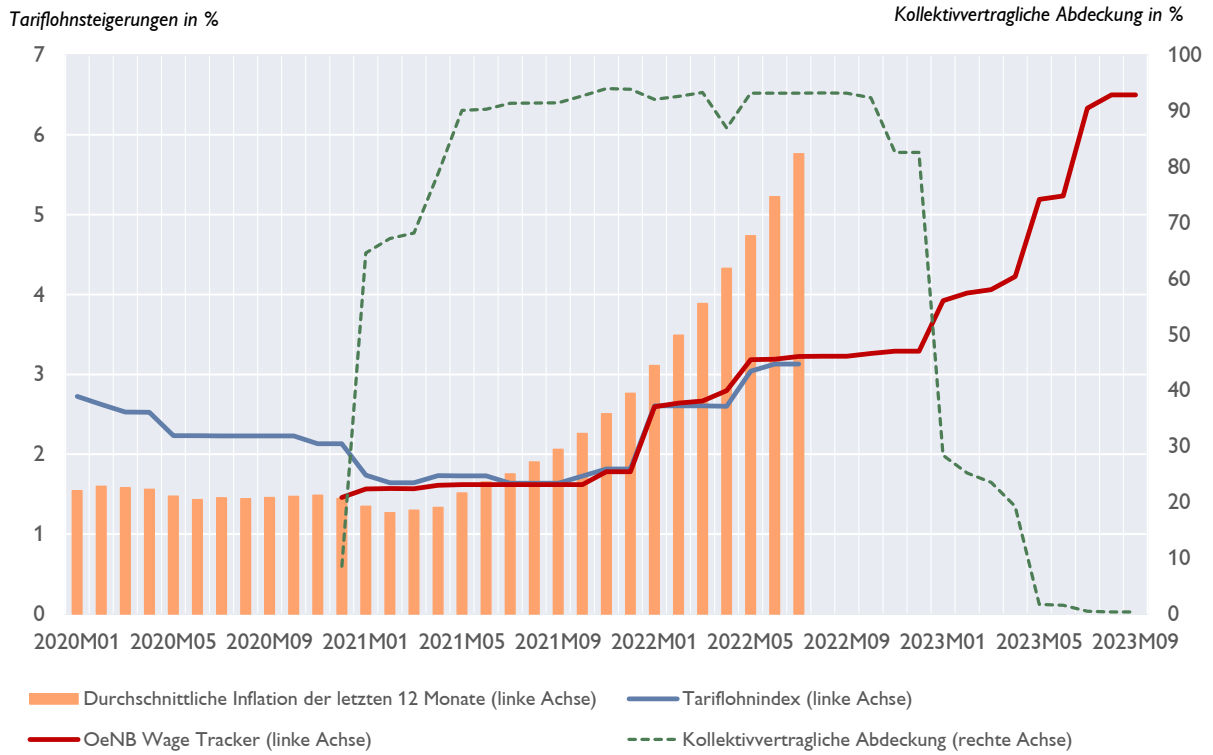
Arbeitsmarkt bleibt durch Arbeitskräftemangel angespannt und Lohndruck steigt

Der Arbeitsmarkt bleibt auch im August angespannt. Die saisonbereinigte Beschäftigung stagniert seit Februar deutlich oberhalb ihres Vorkrisenniveaus. Die Register-Arbeitslosenquote stieg von ihrem Tief im März von 6,1 auf 6,5 Prozent im August und lag damit ebenfalls noch deutlich unterhalb des Vorkrisenniveaus von 7,0 im Februar 2020. Die Eurostat-Arbeitslosenquote betrug im Juli 4,3 verglichen mit 4,6 im Februar 2020. Die Anzahl der sofort verfügbaren offenen Stellen fiel von ihrem Höchstwert von knapp 130.000 im Februar 2022 auf etwa 122.000 im August. Der Anstieg bei den Arbeitslosen und der Rückgang in den offenen Stellen der letzten Monate milderten den Stellenandrang jedoch nur geringfügig ab. Im Durchschnitt kommen nur etwa 2,2 Arbeitslose auf jede offene Stelle; vor Ausbruch der Coronapandemie waren es noch knapp doppelt so viele. Der Mangel an Arbeitskräften bleibt auf sehr hohem Niveau. Arbeitskräftemangel als wesentlichstes Produktionshemmnis wurde im Juli von 24% der Unternehmen der Industrie (langfristiger Mittelwert: 7%), 35% im Bauwesen (12%) und knapp 37% der Dienstleistungsunternehmen (11%) genannt.



Die Kollektivvertrags- (KV) Abschlüsse der letzten Monate weisen eine steigende Tendenz auf. Da die jüngsten Abschlüsse im Tariflohnindex ein relativ geringes Gewicht aufweisen, steigt dieser nur langsam an. Um die gegenwärtige Tendenz der KV-Steigerungen besser abzubilden, wurde ein alternativer Indikator entwickelt, der sogenannte Wage Tracker. Dieser basiert derzeit auf 336 KV-Abschlüssen seit September 2020. Der Index wird als beschäftigungsgewichteter monatlicher Durchschnitt der einzelnen KV-Steigerungen berechnet. Die nachstehende Grafik zeigt, dass der Wage Tracker (rote Linie) für die Vergangenheitsdaten dem Verlauf der Steigerungen des Tariflohnindex (blaue Linie) eng folgt. Für die Fortschreibung der zukünftigen Monate (in der Regel haben KV eine Dauer von 12 Monaten) weist der Wage Tracker Lohnsteigerungen von über 6% auf. Dies liegt an KV-Abschlüssen der letzten Monate, die bis Mitte 2023 hineinwirken (z.B. Fleischwarenindustrie +5,7%, Bekleidungsindustrie +5,4%, Mühlenindustrie +5,5%, Futtermittelindustrie +6,0%, Bäckergewerbe +6,5%). Der Anstieg im Wage Tracker folgt in etwa dem bei KV-Verhandlungen üblichen Inflationsmaß (durchschnittliche Inflation der letzten 12 Monate; orangefarbene Balken). Auch wenn diesen hohen Abschlüssen nur ein geringes Beschäftigungsgewicht zukommt (dies sieht man in der Grafik durch eine niedrige kollektivvertragliche Abdeckung), so ist doch – bei gleichbleibender Tendenz – mit mindestens so hohen KV-Abschlüssen für den Herbst zu rechnen.

Gegenwärtige und zukünftige Tariflohnentwicklung: Der OeNB Wage Tracker



Quelle: Statistik Austria, ÖGB, Bundesministerium für Arbeit, OeNB. Letzter Datenpunkt: 2022M07.

Entwicklungen in den Kreditinstituten

Negatives aggregiertes Periodenergebnis der österreichischen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute im 1. Quartal 2022⁷

Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine wies das aggregierte Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen der österreichischen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute im 1. Quartal 2022 erstmals seit Juni 2014 einen Verlust in Höhe von insgesamt 31,0 Mio EUR aus. Im Vergleich zum 1. Quartal 2021 entspricht dies einem Rückgang von 1,4 Mrd EUR, der vorrangig durch den Anstieg bei den Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten inkl. Firmenwert, Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und Beteiligungen (+987,9 Mio EUR bzw. +264,2%) getrieben wurde. Dieser ist auf Wertminderungen von At-Equity-Beteiligungen bei drei regionalen Großbanken zurückzuführen. Zusätzlich wirkten sich die gestiegenen Wertminderungen bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und erteilten Zusagen und Garantien (+570,4 Mio EUR bzw. +338,1%) negativ auf das Periodenergebnis aus.

Entwicklung der Ertragslage im Detail

Die Netto-Betriebserträge der österreichischen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute belaufen sich für das 1. Quartal 2022 auf 6,9 Mrd EUR, was im Vergleich zum 1. Quartal 2021 einem Anstieg um 696,7 Mio EUR entspricht. Der Anstieg der Netto-Betriebserträge ist vor allem auf den Anstieg beim Zinsergebnis (+409,3 Mio EUR) sowie auf den Anstieg beim Provisionsergebnis (+408,2 Mio EUR) zurückzuführen. Negativ wirkte sich hingegen der Rückgang beim Handelserfolg und den Bewertungsergebnissen (-119,7 Mio EUR) und der Rückgang bei den Bewertungsergebnissen bei Ausbuchungen (-47,6 Mio EUR) auf die Betriebserträge aus.

Das Betriebsergebnis wurde für das 1. Quartal 2022 mit 1,7 Mrd EUR angegeben und sinkt damit um 415,2 Mio EUR bzw. 19,4%. Der Rückgang beim Betriebsergebnis ist vor allem auf den Anstieg bei den Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten inkl. Firmenwert, Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und Beteiligungen zurückzuführen (siehe oben). Zusätzlich wirkte sich der Anstieg bei den Verwaltungsaufwendungen (+103,2 Mio EUR) und der Anstieg bei den Barbeiträgen zu Abwicklungsfonds und Einlagensicherungssystemen (+20,8 Mio EUR) negativ auf das Betriebsergebnis aus.

⁷ Autor: Norbert Ernst (Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen)

Tabelle 1

Aggregierte Ertragslage der österreichischen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute

	2022-Q1	2021-Q1	Differenz	
	in Mio EUR	in Mio EUR	absolut	relativ ¹
Zinsergebnis	4.164	3.755	409	10,9%
+ Provisionsergebnis	2.285	1.877	408	21,7%
- Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital	0	0		
+ Dividenerträge	96	61	35	56,9%
+ Handelserfolg und sonstige Bewertungsergebnisse	115	282	-167	-59,3%
+ Sonstiges betriebliches Ergebnis	195	183	12	6,4%
= BETRIEBSERTRÄGE	6.856	6.159	697	11,3%
- Verwaltungs- und sonstige Aufwendungen	3.768	3.644	124	3,4%
- Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen	1.362	374	988	264,2%
= BETRIEBSERGEBNIS	1.725	2.141	-415	-19,4%
- Wertminderungen/Wertaufholungen und Rückstellungen für das Kreditrisiko	739	169	570	338,1%
- Sonstige Rückstellungen	53	29	23	80,6%
+ Gewinn/Verlust aus nicht voll- oder quotenkonsolidierten Tochterunternehmen	224	211	12	5,9%
+ Gewinn/Verlust aus zur Veräußerung eingestuftem Vermögenswerten aus fortgeführten Geschäftsbereichen	-1	-5	4	A
+ Sonstiges Ergebnis	-404	-268	-136	R
= PERIODENERGEBNIS VOR STEUERN UND MINDERHEITENANTEILEN	752	1.881	-1.128	-60,0%
- Ertragssteuern	367	385	-18	-4,7%
+ Außerordentlicher Gewinn/Verlust	5	3	1	38,0%
+ Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern	-397	1	-398	R
- Den Minderheitenanteilen zurechenbar	24	115	-91	-78,9%
= PERIODENERGEBNIS NACH STEUERN UND MINDERHEITENANTEILEN	-31	1.385	-1.416	R

Quelle: OeNB.

¹ Die prozentuelle Veränderung in einer Position wird nur dargestellt wenn zu beiden Meldeterminen positive Werte gemeldet werden. In allen anderen Fällen symbolisiert "A" einen Anstieg und "R" einen Rückgang.

Datenstand: 20.06.2022

Geringfügiger Rückgang der Eigenmittel der österreichischen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute per 31.03.2022⁸

Die aggregierten Eigenmittel der österreichischen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute verringerten sich per 31.03.2022 im Vergleich zum 31.12.2021 um 652,0 Mio EUR auf 96,9 Mrd EUR⁹ (-0,7%). Während das Kernkapital um 219,8 Mio EUR auf 86,6 Mrd EUR (+0,3%) anstieg, kam es beim Ergänzungskapital zu einem Rückgang um 871,8 Mio EUR auf 10,3 Mrd EUR (-7,8%). Der Anstieg des Kernkapitals ergab sich vor allem aus einem Anstieg des harten Kernkapitals um 222,0 Mio EUR auf 81,1 Mrd EUR (+0,3%).

Tabelle 1

Aggregierte Eigenmittel und Eigenmittelanforderungen

in Mio EUR		2022-Q1	2021-Q4	Differenz zur Vergleichsperiode	
				in Mio EUR	in % ²⁾
1	EIGENMITTEL	96.899	97.551	-652	-0,7%
1.1	KERNKAPITAL (T1)	86.567	86.348	+220	+0,3%
1.1.1	HARTES KERNKAPITAL (CET1)	81.067	80.845	+222	+0,3%
	Bestandteile des harten Kernkapitals	89.113	88.750	+362	+0,4%
	Abzugsposten vom harten Kernkapital	-7.616	-7.733	+117	A
	Sonstige Anpassungen des harten Kernkapitals	-431	-173	-258	R
1.1.2	ZUSÄTZLICHES KERNKAPITAL	5.501	5.503	-2	-0,0%
1.2	ERGÄNZUNGSKAPITAL	10.331	11.203	-872	-7,8%

1	GESAMTRISIKOBETRAG	533.377	514.930	+18.447	+3,6%
1.1	RISIKOGEWICHTETE POSITIONSBETRÄGE FÜR DAS KREDIT-, DAS GEGENPARTEIAUSFALL- UND DAS VERWÄSSERUNGSRIKO SOWIE VORLEISTUNGEN	461.716	449.910	+11.806	+2,6%
1.1.1	Standardansatz (SA)	279.979	280.007	-27	-0,0%
1.1.2	Auf internen Ratings basierender Ansatz (IRB-Ansatz)	179.726	168.136	+11.590	+6,9%
1.1.3	Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP	8	11	-3	-28,8%
1.1.4	Verbriefungspositionen	2.003	1.757	+246	+14,0%
1.2	RISIKOPOSITIONSBETRAG FÜR ABWICKLUNGS- UND LIEFERRISIKEN	30	7	+23	+315,1%
1.3	GESAMTRISIKOBETRAG FÜR POSITIONS-, FREMDWÄHRUNGS- UND WARENPOSITIONSRISIKEN	13.752	9.932	+3.820	+38,5%
1.4	GESAMTRISIKOBETRAG FÜR OPERATIONELLE RISIKEN (OpR)	49.039	46.776	+2.263	+4,8%
1.5	ZUSÄTZLICHER RISIKOPOSITIONSBETRAG AUFGRUND FIXER GEMEINKOSTEN	-	-	-	-
1.6	GESAMTRISIKOBETRAG AUFGRUND ANPASSUNG DER KREDITBEWERTUNG (CVA)	1.487	1.499	-12	-0,8%
1.7	GESAMTRISIKOBETRAG IN BEZUG AUF GROSSKREDITE IM HANDELSBUCH	-	-	-	-
1.8	SONSTIGE RISIKOPOSITIONSBETRÄGE	7.352	6.805	+547	+8,0%

1	Harte Kernkapitalquote (CET1)	15,2%	15,7%	-0,5% -Pkt.	-3,2%
3	Kernkapitalquote (T1)	16,2%	16,8%	-0,5% -Pkt.	-3,2%
5	Gesamtkapitalquote	18,2%	18,9%	-0,8% -Pkt.	-4,1%
	Hartes Kernkapital zu Gesamtkapital	83,7%	82,9%	+0,8% -Pkt.	+0,9%

Die prozentuelle Veränderung in einer Position wird nur dargestellt wenn zu beiden Meldeterminen positive Werte gemeldet werden.

In allen anderen Fällen symbolisiert "A" einen Anstieg und "R" einen Rückgang.

Quelle: OeNB.

Für die Teilmenge signifikanter Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute (Significant Groups bzw. Significant Institutions) zeigte sich im 1. Quartal 2022 ein Rückgang der Eigenmittel um 404,9 Mio EUR auf 61,3 Mrd EUR (-0,7%). Während sich das Kernkapital dieser Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute um 348,4 Mio EUR auf 53,3 Mrd EUR (+0,7%)

⁸ Autor: Kevin Zimmermann (Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen)

⁹ Die aggregierten Eigenmittel per 31.03.2022 in Höhe von 96,9 Mrd EUR basieren auf den zum Zeitpunkt der Analyse vorliegenden aufsichtsstatistischen Meldedaten (Datenstand: 20.06.2022). Aus dem Vergleich zu den vom Bankprüfer geprüften Jahresabschlüssen können sich noch Änderungen ergeben.

erhöhte, kam es beim Ergänzungskapital zu einem Rückgang um 753,3 Mio EUR auf 8,0 Mrd EUR (-8,6%). Der Anstieg beim Kernkapital resultierte vorwiegend aus einer Erhöhung des harten Kernkapitals um 341,3 Mio EUR auf 48,1 Mrd EUR (+0,7%).

Eigenmittelanforderungen im Detail

Bei den aggregierten Eigenmittelanforderungen der österreichischen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute ist ein Anstieg des Gesamttrisikobetragtes um 18,4 Mrd EUR auf 533,4 Mrd EUR (+3,6%) zu verzeichnen. Haupttreiber des Gesamttrisikobetragtes waren die risikogewichteten Positionsbeträge für das Kredit-, das Gegenparteiausfall- und das Verwässerungsrisiko sowie Vorleistungen, welche sich um 11,8 Mrd EUR auf 461,7 Mrd EUR (+2,6%) erhöhten. Dieser Anstieg ergab sich wiederum vorwiegend aus einer Erhöhung der Risikopositionen, welche nach dem auf internen Ratings basierenden Ansatz (IRB-Ansatz) ermittelt werden, um 11,6 Mrd EUR auf 179,7 Mrd EUR (+6,9%).

Die aggregierte Gesamtkapitalquote betrug daher 18,2% (-0,8 Prozentpunkte), die aggregierte Kernkapitalquote 16,2% (-0,5 Prozentpunkte) und die aggregierte harte Kernkapitalquote 15,2% (-0,5 Prozentpunkte).

Für die Significant Groups bzw. Significant Institutions zeigte sich ein Anstieg des Gesamttrisikobetragtes um 16,3 Mrd EUR auf 347,0 Mrd EUR (+4,9%). Die Veränderung des Gesamttrisikobetragtes wurde ebenfalls vorwiegend durch einen Anstieg der risikogewichteten Positionsbeträge für das Kredit-, das Gegenparteiausfall- und das Verwässerungsrisiko sowie Vorleistungen um 10,2 Mrd EUR auf 290,6 Mrd EUR (+3,6%) ausgelöst. Dieser Anstieg ist wiederum hauptsächlich auf eine Erhöhung der Risikopositionen, welche nach dem auf internen Ratings basierenden Ansatz (IRB-Ansatz) ermittelt werden, um 11,7 Mrd EUR auf 177,6 Mrd EUR (+7,0%) zurückzuführen.

Bezogen auf Significant Groups bzw. Significant Institutions ergibt sich somit eine Gesamtkapitalquote von 17,7% (-1,0 Prozentpunkte), eine Kernkapitalquote von 15,4% (-0,7 Prozentpunkte) und eine harte Kernkapitalquote von 13,9% (-0,6 Prozentpunkte).

Erstmals zweistelliges Jahreswachstum von Unternehmenskrediten (Juni 2022)¹⁰

Im Juni 2022 erreichte das nominale Jahreswachstum von Krediten an nichtfinanzielle Unternehmen im Inland mit 10,0% erstmals seit Aufzeichnungsbeginn der EZB-Monetärstatistik (im Jahr 2003) einen zweistelligen Wert. Der deutliche Anstieg von 8,6% (Dezember 2022) bzw. 8,7% (Mai 2022) auf 10,0% (Juni 2022) beruhte dabei auf zunehmenden Wachstumsraten in allen Laufzeitensegmenten, wie sich in der folgenden Grafik 1 ablesen lässt.

Der Bestand von kurzfristigen Unternehmenskrediten, welcher im Juni mit 28,2 Mrd. EUR bzw. einem Anteil von 15% am Gesamtvolumen jedoch nur eine untergeordnete Rolle spielte, wuchs im Jahresverlauf um 14,3% und damit – relativ gesehen – am stärksten (während das Jahreswachstum im Mai 2022 noch 10,6% betragen hatte). Ein ähnlich starker Wachstumsschub war bei der Entwicklung von Forderungen mit Laufzeit von 1 bis 5 Jahren zu beobachten, welche im Juni mit 40,3 Mrd EUR rund 21% des aktuell aushaftenden Bestandes an Unternehmenskrediten aufwiesen. Diese legten im Juni im Jahresvergleich um 11,2% zu – deutlich stärker als im Vorjahr (Jahreswachstumsrate Juni 2021: 2,0%). Die geringen Jahreswachstumsraten im vergangenen Jahr waren auch darauf zurückzuführen, dass ein Großteil der im Zuge des Jahres 2020 ausgebrochenen Covid-Pandemie vergebenen staatlich geförderten Unterstützungskredite diesem Laufzeitsegment zugeordnet werden kann und sich die hohe Dynamik in dieser Kategorie während des ersten Krisenjahres im darauffolgendem Jahr abschwächte¹¹. Ebenfalls ein Anstieg sowie das höchste Jahreswachstum seit Beginn der Covid-Pandemie (April 2020: 9,1%) konnte im Bereich der langfristigen Kreditfinanzierung (Laufzeit über 5 Jahre) verzeichnet werden, welches im Juni 2022 8,7% betrug. Da langfristige Kredite mit zuletzt 124,1 Mrd EUR 64% des gesamten aushaftenden Kreditbestandes ausmachten (Juni 2022), trug diese Kategorie stark zum hohen Gesamtwachstum bei.

Das Wachstum von Unternehmenskrediten von 10,0% liegt deutlich über dem Euroraum, welcher im Juni 2022 eine Jahreswachstumsrate von 6,8% aufwies. Während der Anteil der Laufzeitsegmente am Gesamtbestand im Euroraum ähnlich wie in Österreich verteilt war¹², wuchsen diese Segmente unterschiedlich stark. Während auch im Euroraum über die letzten Monate hinweg steigende Jahreswachstumsraten im Bereich der kurz¹³- bzw. mittelfristigen¹⁴ Unternehmenskredite zu beobachten waren, kam es bei langfristigen Finanzierungen (Laufzeit von über 5 Jahren) hingegen zu einer Abschwächung des Jahreswachstums. Da langfristige Finanzierungen das bedeutendste Segment bei Unternehmenskrediten darstellen, hatte der Rückgang des Jahreswachstums von 6,2% im Dezember 2021 auf 5,4% im März 2022 und in weiterer Folge auf 3,6% im Juni 2022 einen deutlich dämpfenden Effekt auf deren Gesamtwachstum im Euroraum.

¹⁰ Autor: Thomas Pöchel, MSc (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken)

¹¹ Teile der im Jahr 2020 gewährten Unterstützungskredite wurden im Folgejahr bereits zurückgezahlt, was den Rückgang der Jahreswachstumsrate im Jahr 2021 noch zusätzlich verstärkte.

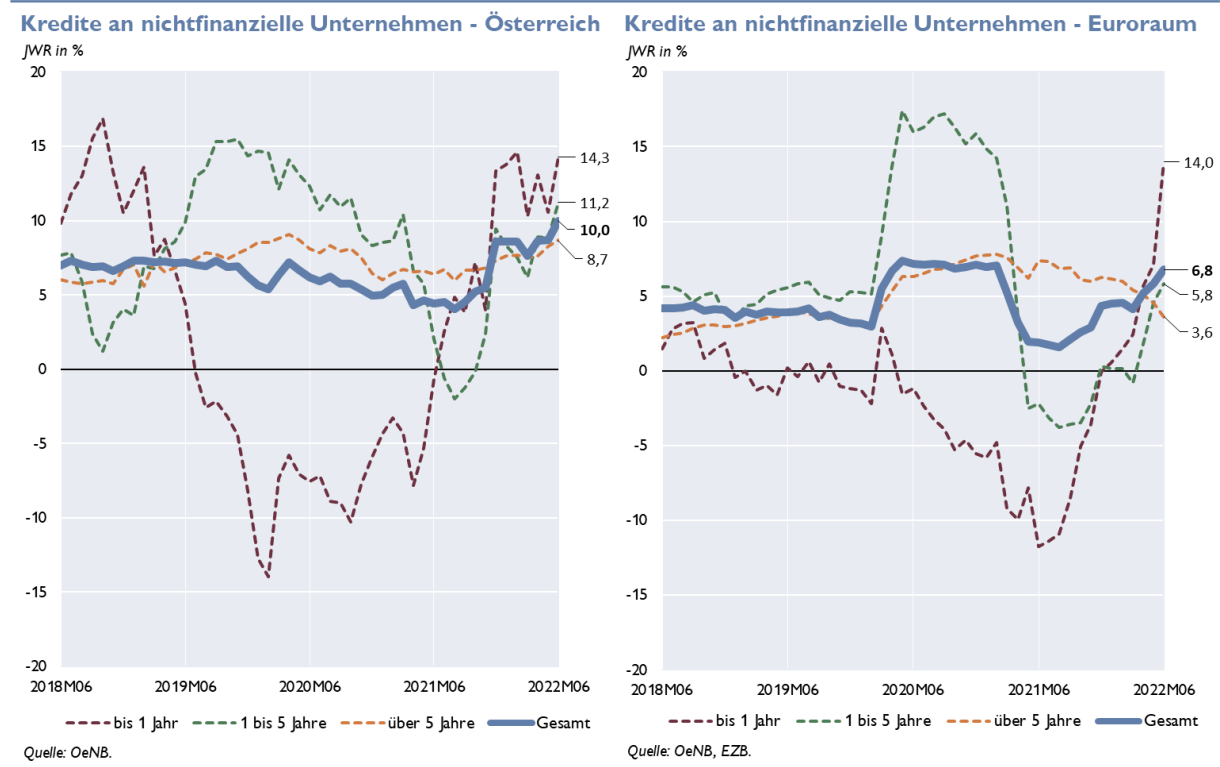
¹² Bis 1 Jahr: 959 Mrd EUR bzw. 19%; 1 bis 5 Jahre: 1.026 Mrd EUR bzw. 20%; über 5 Jahre: 3.039 Mrd EUR bzw. 61%.

¹³ Laufzeit bis 1 Jahr

¹⁴ Laufzeit von 1 bis 5 Jahren

Betrachtet man die Kreditentwicklung der einzelnen Euroraum-Länder, so zeigte sich speziell zwischen den großen Mitgliedsländern zuletzt ein heterogenes Bild. Während Unternehmenskredite in Deutschland und Frankreich mit 9,8% bzw. 7,3% (Juni 2022) überdurchschnittlich stark anstiegen, kam das Kreditwachstum in Italien bzw. Spanien mit 2,7% bzw. 0,9% deutlich unter dem Euroraum-Durchschnitt zu erliegen. Bei langfristigen Krediten war in den letztgenannten Ländern bereits ein negatives Wachstum von -0,6% (Italien) bzw. -1,8% (Spanien) zu beobachten.

Grafik 1



Spezielle Kurzanalysen

Warum ist die Inflation in der Schweiz so viel niedriger als in Österreich oder im Euroraum?¹⁵

Die Schweiz bildet in der gegenwärtigen Phase nahezu weltweit hoher Inflationsraten eine der wenigen Ausnahmen mit relativ niedriger Teuerung. Im Juli betrug die Jahresteuerrate des Verbraucherpreisindex (VPI) in der Schweiz nur 3,4% und damit etwas mehr als ein Drittel jener Österreichs (9,3%) oder des gesamten Euroraums (8,9%). Da sich Differenzen ähnlich substanzieller Größenordnung durch die wesentlichen Unterkategorien durchziehen, lassen sich als Erklärung gleich mehrere Faktoren anführen: (i) Die **Energieinflation** ist weniger bedeutsam durch das sehr hohe Einkommensniveau und zugleich niedriger v.a. durch hohen Selbstversorgungsgrad bei der Stromproduktion, geringer Abhängigkeit von russischen Energieträgern sowie weniger volatiler Preisbildung. (ii) Die jährliche Steigerung bei **Lebensmittelpreisen** ist ebenfalls geringer durch protektionistische Maßnahmen und fällt (wie Energie) einkommensbedingt im durchschnittlichen Warenkorb weniger ins Gewicht. (iii) Aber auch die **Kerninflation** (ohne volatile Komponenten wie Energie und Lebensmittel) ist wesentlich geringer, was mit hohem Wettbewerb in einzelnen Sektoren (außer Lebensmittel), und deutlich geringerer Wirtschaftshilfen in der COVID-19-Krise zu tun haben dürfte. (iv) Alle genannten Faktoren werden zudem durch die **Aufwertung** des Schweizer Franken als traditionelle Fluchtwährung (in Krisenzeiten) beeinflusst. Aus der aktuellen Geldpolitik lässt sich kein unmittelbarer Einfluss erkennen.

Viele Faktoren erklären die vergleichsweise niedrige Jahresteuerrate

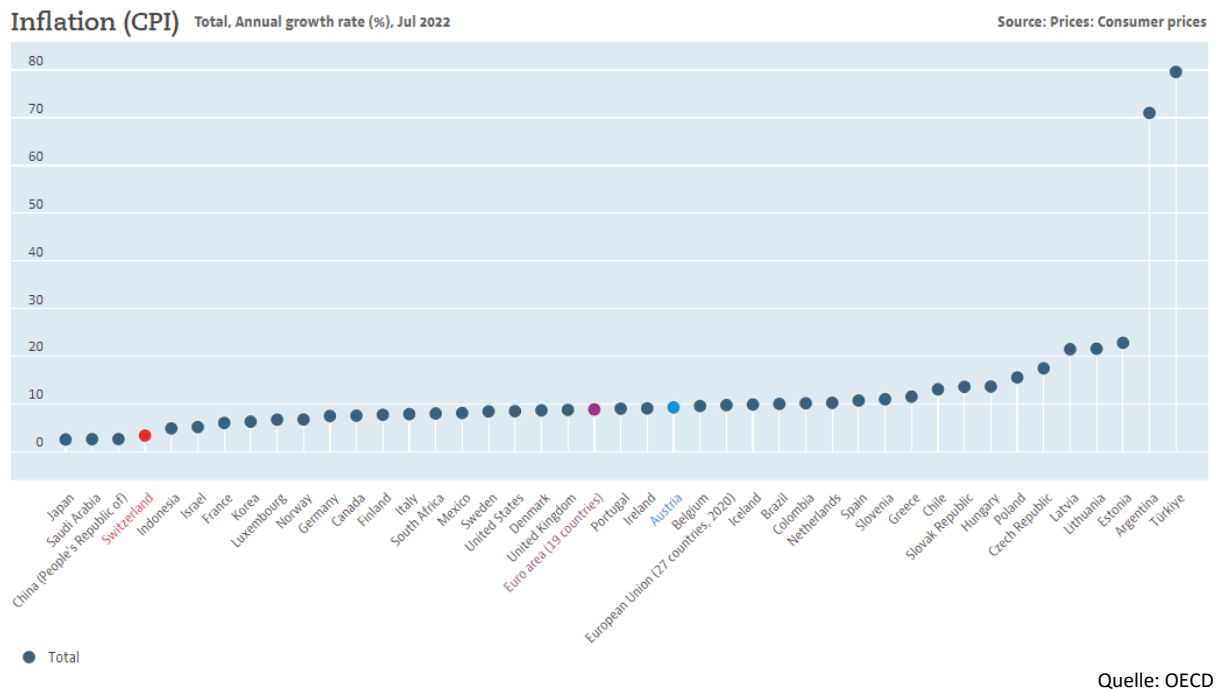
Tatsächlich ist die Inflation in der Schweiz wesentlich niedriger als in Österreich und im Euroraum. Die Diskrepanz zieht sich durch **alle Subindikatoren**, was bereits auf **multikausale** Zusammenhänge hindeutet. Im Jahresdurchschnitt erwartet die Schweiz heuer 2,5% Teuerung.

Inflationsindikatoren für Schweiz, Österreich und Euroraum (Juli 2022; in %; Quelle OECD)

	CHE	AUT	EA19
Gesamtinflation VPI	3,4	9,3	8,9
Kerninflation	2,0	5,7	4,0
Energieinflation	27,8	47,2	39,6
Lebensmittelinflation	1,9	12,2	11,5

Im globalen Vergleich (der OECD) wird die schweizerische Inflation nur von Japan (2,6%), Saudi-Arabien und China unterboten. Österreich und die EU befinden sich im oberen Mittelfeld. Höchstwerte erreichen neben der Türkei und Argentinien die baltischen Länder vor Russland und Tschechien.

¹⁵ Autor: Andreas Breitenfellner (Referat International Economics).



Folgende mögliche Ursachen fallen ins Gewicht:

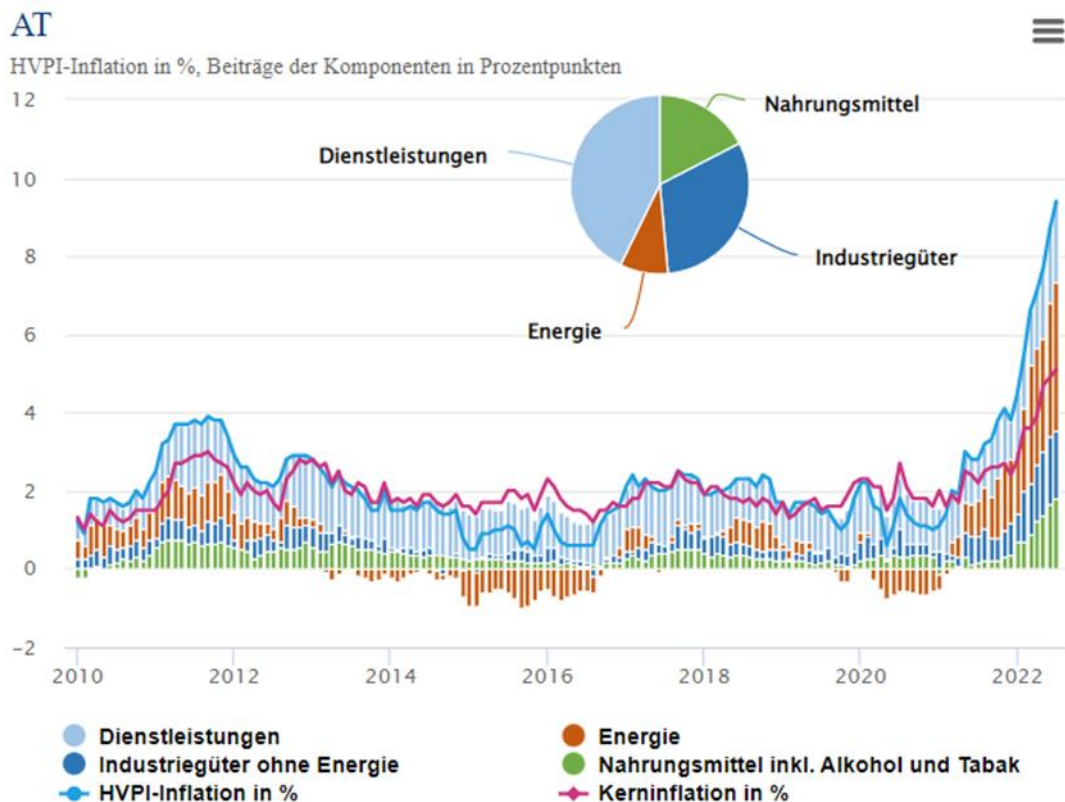
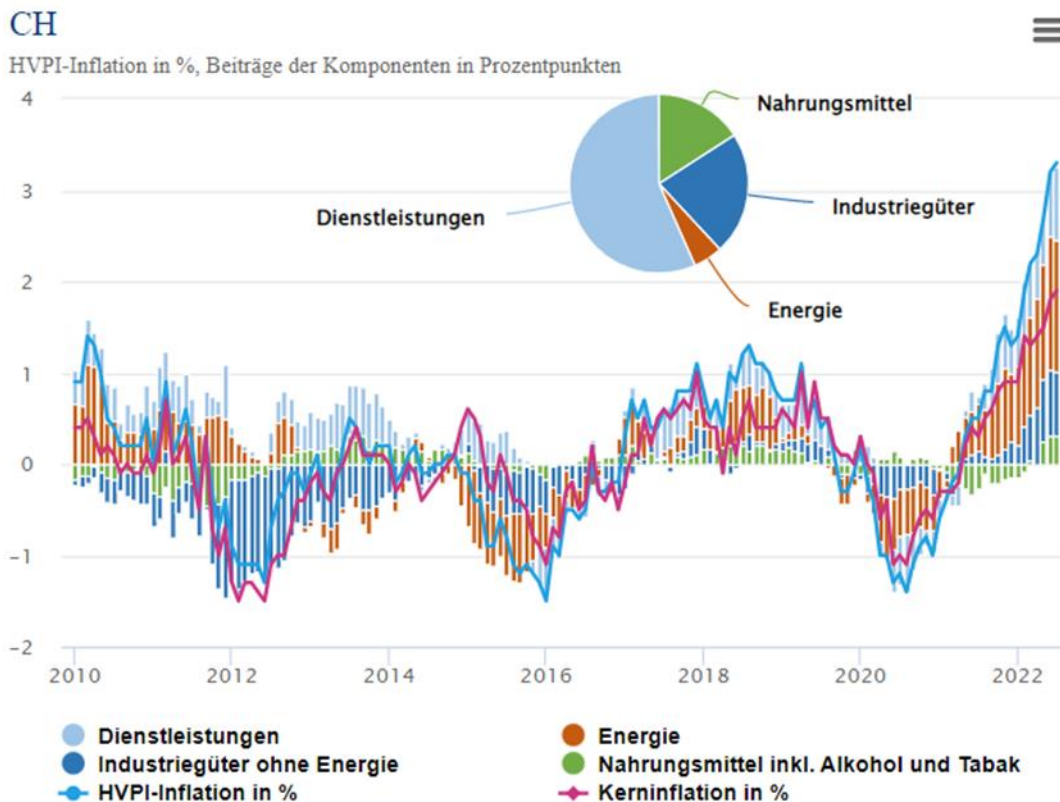
- Historisch zählt die Schweiz zu den **Niedriginflationsländern**. Schon die Ausgangsbasis der Schweiz vor dem jüngsten globalen Inflationsschub im Vorjahr (Juni 2021) war wesentlich niedriger (0,6% vs. 2,8% in Österreich)
 - Begründet wird das üblicherweise u.a. durch ein hohes **Wettbewerbsniveau**, was jedoch nicht für alle Sektoren gilt (z.B. oligopolistische Lebensmittelbranche).
- Aktuell spielt das geringere **Gewicht** von Energie im Verbraucherwarenkorb eine wichtige Rolle: In der Schweiz beträgt dieses die Hälfte der EU (ca. 5% vs. 9,5%). Erklärt wird dies v.a. durch die höheren Einkommen; der Energiekonsum selbst ist nicht signifikant höher.
- Aber auch die **Energieinflation** ist grob gesprochen nur halb so groß wie in Österreich, was wiederum auf folgende Gründe zurückzuführen ist:
 - **Gas** hat eine viel geringere Bedeutung im Energie-Mix (nur 12%), 43% davon stammen aus Russland (2021). Der **Strom** wird fast zur Gänze aus eigener Wasserkraft (60%), Atomkraft (15%) gewonnen (8% andere Erneuerbare, Rest: „graue Energie“).¹⁶ Nur im Winter muss Strom importiert werden.
 - **Erdöl** wird v.a. aus Afrika und den USA importiert, seit 2020 nicht mehr aus Russland.
 - Der **Preisbildungsmechanismus** bei Strom ist teilweise anders reguliert:
 - Das **Merit-Order** Prinzip, wonach die Gestehungskosten der letzten einzusetzenden Produktionseinheit den Preis entscheidet, gilt jedenfalls indirekt durch die Verwobenheit mit dem europäischen Strommarkt.

¹⁶ In Österreich trägt die Wasserkraft ca. 60% und andere Erneuerbare ca. 20% zum Strommix bei (15% Gas).

- Ein kleiner Teil v.a. **lokaler** Elektrizitätsunternehmen ist jedoch davon nicht betroffen. Das erklärt auch extreme regionale Preisunterschiede.
- Für **Haushalte** werden die Energiepreise nur einmal im Jahr angepasst, und zwar im August;. Dennoch stieg die Gesamtinflation im August laut Schnellschätzung nur geringfügig auf 3,5% (VPI).
- **Nahrungsmittel** steigen geringfügig, weil die Schweiz die heimischen Bauern durch Importzölle schützt. Dieser Protektionismus sorgt jedoch für ein durchschnittlich höheres Preisniveau. Auch Nahrungsmittel machen nur einen kleinen Teil im durchschnittlichen Warenkorb aus (ca. 11,5% vs. 15% in der EU).
- Binnenwirtschaftlich gibt es kaum einen Teuerungsauftrieb durch **pandemiebedingte** Wirtschaftshilfen (im Gegensatz zu einigen Ländern des Euroraums, inklusive Österreich, aber v.a. der USA). Die niedrige **Staatsschuldenquote** (40,2% des BIP 2021) dämpft möglicherweise Inflationserwartungen.¹⁷
- Die **Geldpolitik** spielt direkt nur eine geringe Rolle; der Leitzins liegt bei 0,25%.
 - Einerseits erhöht die negative **Zinsdifferenz** (zu den USA) inflationsdämpfende Kapitalabflüsse.
 - Indirekt jedoch hat die **Aufwertung** des Schweizer Franken um ca. 10% gegenüber dem Euro seit dem Vorjahr eine große Bedeutung (Richtung Parität, derzeit ca. 1,04 CHF/EUR). Das hat aber eher mit der Rolle als Safe-Haven-Währung in Krisenzeiten zu tun. Die starke Währung bremst den Importpreisdruck und motiviert zum Inflationsexport etwa über Tanktourismus. Der **Importanteil** (55%) am BIP ist zudem höher als etwa in Deutschland.

¹⁷ In Österreich betrug im Jahr 2021 die Staatsschuldenquote 82,8%; im Euroraum 97,4%.

Anhang: Vergleich der Harmonisierten Verbraucherpreisindizes (HVPI) der Schweiz und Österreichs



Global energy and cereals prices and Russia's war against Ukraine – Preliminary first assessment¹⁸

Die Preisentwicklungen auf wichtigen Rohstoffmärkten (Erdöl, Erdgas, Kohle, Weizen) legen nahe, dass die Beschlüsse der EU-Sanktionen, die Kohle und Erdöl (jedoch nicht Erdgas!) betreffen, bisher keinen merkbar inflationären Effekt hatten. Hingegen waren die zunehmenden Restriktionen von Erdgasexporten durch Russland schon im Jahr vor dem Kriegsbeginn sowie Russlands Blockade ukrainischer Weizenexporte wesentliche Gründe für zum Teil enorm gestiegene Weltmarktpreise.

Erdölpreise: Vom 18.2.2022, also vor dem Beginn des Kriegs, bis zum 15.7.2022 stieg der Weltmarkt-Erdölpreis um 8%. Nach der Entscheidung Anfang Juni für ein EU-Embargo auf Erdölimporte aus Russland ab Dezember 2022 sank der Weltmarkt-Erdölpreis bis zum 15.7.2022 um 17%. Der Beschluss des EU-Embargos hatte keinen merkbar erdölpreisstärkenden Effekt, während Russlands Ural-Erdöl einen substantiellen preisdämpfenden Effekt hinnehmen musste, sodass sich der Preisabschlag für Ural-Erdöl gegenüber Brent-Erdöl von 4% am 18.2.2022 auf 35% am 15.7.2022 vergrößerte – zum Nutzen der Importländer außerhalb der EU, insbesondere in Asien.

Erdgaspreise: Vom Vor-Pandemie-Niveau Ende 2019 bis zum 18.2.2022 kurz vor Kriegsbeginn stieg der Weltmarkt-Erdgaspreis um etwa 330%, getrieben vom Euroraum-Erdgaspreis (in US-Dollar), der deutlich stärker, um etwa 510% anstieg. Im Gegensatz dazu war der Preisanstieg beim Erdöl wie oben erwähnt in dieser Periode viel geringer und wies kaum einen Unterschied zwischen dem gesamten Weltmarkt und dem Euroraum auf. Russland hat einen Anteil von etwa einem Drittel an den Welt-Erdgasexporten und etwa 70% seiner Erdgasexporte gehen in die EU. Im Jahr 2021 nutzte Russland freie Lieferkapazitäten nicht zur Dämpfung der Preissprünge (und lagerte deutlich weniger Erdgas als in den Vorjahren in der EU ein) und hat dadurch die Erdgaspreisanstiege weiter angetrieben. Russland gab somit seine Rolle als „verlässlicher Versorger“ von Erdgas effektiv schon längere Zeit vor dem Kriegsbeginn auf – und nicht erst in Reaktion auf Wirtschaftssanktionen durch EU/G7/Korea aufgrund seines Angriffskrieges. Daher würde auch eine Abschwächung der Sanktionen die Erdgaspreise im Euroraum mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zu dämpfen vermögen.

Kohlepreise: Von Ende 2019 bis Ende 2021 stieg der Weltmarkt-Kohlepreis um etwa 125%, während der Euroraum-Kohlepreis (in USD) um etwa 95% anstieg, da Nicht-EU-Volkswirtschaften, insbesondere China und Indien, die wichtigste Triebfeder für den Preisanstieg auf dem Weltmarkt bildeten. Nach der Entscheidung am 8.4.2022 für ein EU-Embargo auf Kohleimporte aus Russland ab August 2022 stieg der Weltmarkt-Kohlepreis zwar weiter an, aber mit geringerem Tempo als während etlicher Wochen vor Kriegsbeginn und erneut stärker als der Euroraum-Kohlepreis (in USD). Zu beachten ist, dass der Anteil der EU-Kohleimporte aus Russland nur etwa 3% des Welt-Kohleimports ausmacht.

Weizenpreise: Im Juli 2021 war der Weltmarkt-Weizenpreis um fast ein Drittel höher als im Juli 2019 und er stieg bis 18.2.2022 um etwa 20% weiter an. Während der Weltmarktpreis vom 18.2.2022 bis zum 15.7.2022 um 3% zurückging, vor allem aufgrund der saisonal vergrößerten Exportkapazitäten auf der Nordhalbkugel, war er noch immer um 16% höher als in der Erntesaison des Jahres 2021. Die FAO stellte in einer Analyse fest: „die Anzahl der Länder, die mit ungewöhnlich hohen Nahrungsmittelpreisen konfrontiert sind, blieb im Juni hoch. ... die einschneidende Auswirkung des Kriegs in der Ukraine ... bleibt der Hauptgrund insbesondere für Länder, die in hohem Ausmaß von Weizenimporten abhängig sind.“ Der von Russland verursachte Mangel an Weizenexporten aus der Ukraine verhinderte also, dass der Weizenpreis von Februar bis Juli stärker zurückging, was ein noch höheres saisonales Niveau als das bereits hohe Niveau vom Juli 2021 zur Folge hatte.

¹⁸ Autor: Thomas Reiningger (Referat Zentral, Ost- und Südosteuropa).

In July 2022, world prices of energy and cereals in USD were markedly higher than a year earlier, as opposed to world prices of iron and non-ferrous metals.

- However, the size of the **annual price increase varied substantially**. For energy it ranged from +38% (oil) to +180% (coal), and for cereals from +7% (corn) to +25% (rice, see Table 1, column 2).
- For these products (except coal), **the clear majority part of the annual price increases took place already prior to the start of Putin’s war** against Ukraine (see Table 1, column 3 vs. column 4).
- Moreover, **already in July 2021, commodity prices stood higher, partly substantially higher than before the pandemic** in July 2019. This was true also for iron and non-ferrous metals. For coal and natural gas, the price increases in these 24 months were particularly pronounced (see Table 1, column 1).

Table 1:

World commodity prices, in USD

Percentage changes within the indicated periods

	1	2	3	4
	From 15 July 2019 to 15 July 2021 (24 months)	Full period (12 months)	From 15 July 2021 to 15 July 2022	
			Sub-period before the start of the war 15 July 21 to 18 Feb 22	Sub-period after the start of the war 18 Feb 22 to 15 July 22
Oil	14	38	27	8
Natural Gas	133	135	83	28
Coal	94	180	56	79
Wheat	32	16	19	-3
Rice	11	25	13	11
Corn	28	7	16	-8
Iron	79	-46	-26	-26
Non-ferrous	41	-13	23	-29

Source: CBOT, HWWI (via Macrobond).

Oil prices:

- Early June, the EU took the decision as part of the 6th sanctions package to impose an **embargo on imports of crude oil and oil products from Russia**, entering into force in December 2022 and February 2023, respectively. This embargo excludes imports from Russia via the Druzhba (Friendship) pipeline of the 1960s to CZ, SK and HU (Southern line) and to PL and DE (ex-Eastern Germany) (Northern line).
- Considering the **theoretical impact of this EU embargo on world oil prices**, three points are worth mentioning:
 - Russia’s oil exports have a share in world oil exports of about 10% (oil products) and less than 15% (crude oil), respectively. Roughly **half of Russia’s oil exports go to the EU** (49% of crude oil, 50% of oil products). Thus, the **share of EU oil imports from Russia (incl. pipeline oil) amounts to about 5% (oil products) and 7% (crude oil) of world oil imports**.

- The **world oil market's balance of supply and demand** in volume terms does not change if EU oil demand shifts fully to non-Russian exporters and Russia's oil supply shifts fully to non-EU importers.
- Changes in world oil prices as a result of the EU embargo may be expected ceteris paribus to the extent that (a) **demand or supply shifts are partial** (e.g. due to oil **saving or substitution** measures in the EU or **technical problems** of switching in Russia) and/or (b) **relative pricing power** comes into play (possibly enhanced by **mismatches** between the types of oil demanded and supplied by the various actors).
- **Empirically, from 18 Feb 2022 to 15 July 2022, the world price for oil increased by only 8%** (Table 1, column 4), considerably less than previously and far less than prices for natural gas and coal. Within this period, the oil price increased by 31% from 18 Feb to 10 Jun 2022 but **following the embargo decision it declined by 17% up to 15 July**. Moreover, the **futures price** (Brent, 2nd quarterly position, i.e. 6m ahead) **moved in parallel**. As of mid-July, it stood 8% below the spot price, compared to 3.5% below spot at end-2021 and 7% below spot on 18 Feb 2022. These price developments do not indicate severe future disruptions when the embargo will have entered into force.
- In contrast to the world oil price development, the **price for Russia's Urals oil declined by 26% from 18 Feb 2022 to 15 July 2022**. This implied that the **price discount of Urals versus Brent widened from 4% to 35%** on 15 July 2022.
- While the counterfactual of the world oil price development is unknown, the overall picture emerges that the **EU embargo has not had a discernible oil price-lifting effect**, while Russia's Urals oil has faced a substantial price dampening impact – to the benefit of non-EU importers especially in Asia.

Natural gas prices:

- **From** the pre-pandemic level at **end-2019 to 18 Feb 2022**, just before conflict escalation and start of the war, the **world gas price increased by 3.3 times (330%) to the 4.3-fold level**. However, the **EA gas price in USD increased by 5.1-times (510%) to the 6.1-fold level in that period**, hence far more than the world gas price and **constituting the major driving force for the world gas price increase**.
- **This stood in sharp contrast to the roughly similar size of oil price increases for the euro area and the world** in that period.
- Overall, this reflects the difference between oil and gas concerning the **structure of the world market**, combined with a specific politically driven behavior already before the war.
 - In contrast to oil (see above), Russia's gas exports have a substantial share in world gas exports of about 34%. Roughly **70% of Russia's gas exports go to the EU. Thus, the share of EU gas imports from Russia amounts to about 24% of world gas imports**.
 - Moreover, technically, for EU gas importers, it is far **more difficult to substitute pipeline gas supply from Russia than oil supply**, rendering a high inelasticity of their gas demand to price increases.

- **In autumn 2021, Russia was said to comply with its contractual minimum delivery obligations but not to respond to gas price increases by using its free capacities.** According to energy experts, this behavior not only deviated from that of earlier years but also **ran counter to usual business-oriented behavior, suggesting misuse of market power and political motivations.** This led to unusually low levels of gas storage, uncertainty and **further price increases.** Already on 7 October, Fatih Birol, the head of the International Energy Agency (IEA) stated that Russia has the capacity to send substantially more gas to Europe and alleviate the energy crisis gripping the continent (Financial Times, 7 Oct 2021).
- Moreover, already before the war, **Russian gas export companies held far less storage volumes in the EU** than at the same time in previous years.
- Thus, **Russia gave up its role as a “reliable supplier” not in response to EU/G7/Korea economic sanctions but already much earlier.**
- In the wake of conflict escalation and start of the war, the world gas price rose further by 28%, in view of **mounting quantity restrictions by the Russian leadership under fixed-price delivery contracts for EU importers.** These restrictions increasingly ignored contractual minimum delivery obligations.

Coal prices:

- From end-2019 to end-2021, the **world coal price increased by about 125%**, while the **EA coal price in USD increased by about 95%**, indicating that the **major driving force for the world coal price increase came from non-EU economies**, especially China and India.
- However, from end-2021 to 18 Feb 2022, that is, already before the war, and from 18 Feb 2022 to 8 April 2022 in the wake of conflict escalation and start of the war, the **world coal price increased less than the EA coal price in USD: 39.5% compared to 42.5% and 32% compared to 40%**, respectively. This very likely reflected mounting problems in the euro area with gas prices and gas supply that have intensified in autumn and winter already before the war.
- On 8 April 2022, the EU took the decision as part of the 5th sanctions package to impose an **embargo on imports of coal from Russia**, as from August 2022.
- Following this decision, the coal price continued to rise but to a lesser extent. Moreover, from 8 April 2022 to 15 July 2022, the **world coal price increased again stronger than the EA coal price in USD.**
- Overall, it is **very unlikely that the EU embargo on coal imports from Russia has been a significant driving force for the rise of the world coal price.**
 - The **coal price rally started already quite some time before the war.**
 - The **EU embargo decision has not accelerated the coal price rise.**
 - The **structure of the coal market** speaks against a major influence of EU demand:
Russia’s coal exports have a share in world coal exports of about 16%, far lower than Russia’s share in the world gas market and roughly equal to Russia’s share in the world crude oil market. Moreover, **only about 20% of Russia’s coal**

exports go to the EU, as opposed to 70% in the case of gas and about 50% in the case of crude oil and oil products. **Thus, the share of EU coal imports from Russia amounts to only about 3% of world coal imports.**

Wheat prices:

- In **July 2021**, wheat prices were almost **a third higher than two years earlier, in July 2019**, amidst the most recent pre-pandemic Northern harvesting season (Table 1, column 1). From July 2021 to 18 Feb 2022, wheat prices rose further by about 20% (Table 1, column 3).
- **From 18 Feb 2022 to 15 July 2022, world prices for wheat decreased by 3%** (Table 1, column 4), after having risen substantially before. **Within this period, the wheat price was on a roller coaster:**
 - In an immediate shock reaction from 18 Feb 2022, before the start of the war, to early March, the wheat price **jumped by almost 80% to a historical high** since 1977.
 - Next, until early April, the wheat price declined substantially but remained about 30% higher than just before the war.
 - In the **first half of May**, wheat prices **increased sharply again** to 60% above the immediate pre-war level. According to FAO analysis, this price increase happened *"in response to India's announcement of a wheat export ban, amid global supply concerns fueled by reduced 2022 production prospects as well as disruptions to shipments due to the war in Ukraine"*.
 - Then, **from mid-May to mid-July, the wheat price declined by almost 40%**, landing 3% below the immediate pre-war level. However, this reflected primarily **seasonally increased availabilities of wheat of Northern Hemisphere** exporters/exporting countries.
- **Notably, on 15 July 2022, the wheat price was still higher by 16% than in the same Northern harvesting season a year earlier** (Table 1, column 2). The futures price for wheat (No.2 soft red, July 2023) stood 4% above the spot price of 15 July 2022.
 - FAO analysis indicated that *"the number of countries facing abnormally elevated levels of food prices remained high in June. While reduced domestic supplies, national macroeconomic difficulties and/or localized insecurity remain the underlying drivers of the high prices in many cases, the disruptive impact of the war in Ukraine ... remains a major cause especially for countries highly dependent on imported wheat"*.
 - Thus, the **lack of wheat exports from Ukraine** since the start of the war has not contributed to a further increase of the wheat price but it **prevented the wheat price from declining more substantially from Feb to July 2022**. Hence, the price decline failed to offset the preceding price increase since the previous Northern harvest season. **As a result, in July 2022, the wheat price stood at an even higher seasonal level than the already elevated level in July 2021.**

EU-Plan für Gaseinsparungen und erweiterte Staatsbeihilfen¹⁹

Mitteilung der Europäischen Kommission vom 20. Juli 2022

Am 20. Juli 2022 veröffentlichte die Europäische Kommission (EK) vor dem Hintergrund eines möglichen Gaslieferstopps seitens Russlands (Gazprom hatte angekündigt, Lieferungen über die Pipeline Nord Stream 1 weiter zu reduzieren und es gibt immer wieder Lieferunterbrechungen, die von Russland mit Wartungsarbeiten begründet werden)²⁰, ihre Mitteilung zum Gaseinspar- und Wintervorsorge-Paket sowie eine Erweiterung des befristeten Krisenrahmens für staatliche Beihilfen. Dies stellt eine Ergänzung zu den bisherigen Initiativen wie der Gasspeicherverordnung, der Energieplattform oder RePowerEU dar. Ziel ist eine frühzeitige koordinierte Abfederung negativer wirtschaftlicher und sozialer Auswirkungen eines möglichen Gasstopps auf die EU-Mitgliedstaaten sowie die Stärkung der EU-Energieunabhängigkeit.

Bereits am 26. Juli 2022 wurde im Sonderrat für Energie von den EU-Mitgliedstaaten auf Basis eines diesbezüglichen Kompromissvorschlags des tschechischen Ratsvorsitzes mit qualifizierter Mehrheit eine politische Einigung über die Verordnung zur koordinierten Senkung der Gasnachfrage erzielt.

I Kontext

Im Zuge des Konflikts mit der Ukraine setzt Russland seine Gaslieferungen an die EU-Mitgliedstaaten als Waffe ein, i. e. über die Verringerungen der Gaslieferungen, die inter alia auch global höhere und volatilere Energiepreise bedingen sowie Auswirkungen auf die Inflation insgesamt haben²¹. Ein gänzlicher Lieferstopp ist nicht auszuschließen. Eingedenk der Ziele des europäischen Grünen Deals (u. a. mehr Energieunabhängigkeit), will man auf EU-Ebene zusätzlich zu den bereits getroffenen angebotsseitigen Maßnahmen im Energiebereich (gemeinsamer Energie-Einkauf usw.) nun auch nachfrageseitig aktiv werden (Reduktion der Nachfrage, Energieeinsparungen), um für den Winter 2022/23 die erforderliche Gasversorgung für ganz Europa sicherzustellen. Auch soll der EU-Binnenmarkt bestmöglich auf etwaige unmittelbare Auswirkungen temporärer bzw. kompletter Lieferstopps vorbereitet werden. Die einzelnen EU-Mitgliedstaaten sind je nach Energiemix unterschiedlich stark betroffen, aber aufgrund der starken Verflechtung von Wertschöpfungsketten sind grenzüberschreitende Ansteckungseffekte zu erwarten. Deshalb ist ein gemeinsames und koordiniertes Agieren erforderlich.

Die Europäische Kommission veröffentlichte daher auf Ersuchen des Europäischen Parlaments und des Rates am 20. Juli 2022 ihre Mitteilung zum Gaseinspar- und Wintervorsorge-Paket sowie eine Erweiterung des befristeten Krisenrahmens für staatliche Beihilfen von März 2022.

¹⁹ Autorin: Alexandra Majer (Repräsentanz Brüssel).

²⁰ Lieferungen an baltische Staaten, Polen, Bulgarien, Finnland wurden bereits eingestellt und jene an Deutschland, Österreich, Dänemark, Slowakei, Niederlande und Italien wurden reduziert. Seit Mitte Juni 2022 fielen die durch Nord Stream 1 geleiteten Lieferung um 60%.

²¹ Mitte 2022 lagen die Liefermengen etwa 30% unter dem Durchschnitt der Jahre 2016-2021.

II EU-Plan „Gaseinsparungen für den Winter“ („Wintervorsorgepaket“)²²

Die am 20. Juli 2022 von der Europäischen Kommission vorgestellte Mitteilung zum „Wintervorsorgepaket“ zielt mit einer neuen Verordnung und einem Plan zur Senkung der Gasnachfrage auf eine **koordinierte freiwillige Reduktion des EU-weiten Gasverbrauchs bis zum Frühjahr 2023 um 15%** in allen Mitgliedstaaten ab. So sollen Versorgungssicherheit gewährleistet und negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Binnenmarkt möglichst abgefedert werden (Marktverzerrungs- und Fragmentationsrisiken). Mittels der Substitution von Gas durch andere Energieträger, Diversifizierung der Energielieferanten, gemeinsamem Gaseinkauf und Energieeinsparung durch Haushalte und Industrie, soll die Versorgungslage im Winter 2022/23 gesichert und die EU langfristig energie-autonom werden.

- Der **EK-Verordnungsvorschlag für koordinierte Maßnahmen zur Senkung der Gasnachfrage**²³ sieht eine für alle EU-Mitgliedstaaten zwischen 1. August 2022 und 31. März 2023 geltende Reduktion der Gas-Nachfrage um 15% vor.²⁴ Einsparungen sind von den Mitgliedstaaten zunächst auf freiwilliger Basis durchzuführen. Bei extremer Gasverknappung bzw. hoher Nachfrage soll unter Konsultation der Mitgliedstaaten ein Prozess zur Aktivierung eines „Unionsalarms“ zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit aktiviert werden. Damit müssten die Mitgliedstaaten temporär, aber verbindlich ihre Gasnachfrage reduzieren. Zu diesem Zweck sollen die Mitgliedstaaten ihre bestehenden nationalen Notfallpläne bis Ende September 2022 aktualisieren, um die zu ergreifenden Einsparmaßnahmen zu identifizieren.
- Der Kommissionsvorschlag für einen **Plan zur Senkung der Gasnachfrage**²⁵ soll die Mitgliedstaaten bei der Zielerreichung unterstützen. Er enthält eine Liste an Maßnahmen und Kriterien zur koordinierten Nachfragesenkung:
 - Substitution von Gas durch andere Energieformen – primär durch eine Umstellung auf erneuerbare Energien, temporär ausnahmsweise auch auf Kohle, Erdöl und Nuklearenergie.
 - Sensibilisierung der Öffentlichkeit für sparsames Heizen und Klimatisieren, wobei öffentlichen Einrichtungen eine Vorbildfunktion zukommt
 - Versorgungssicherheit für schutzbedürftige Kund:innen und Einrichtungen sowie Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen; diesbezügliche Kriterien sind Systemrelevanz (z.B. Spitäler), grenzüberschreitende Lieferketten, mögliche Produktionsanlageschäden durch Stilllegung, mögliche Gasverbrauchssenkung durch Substitution von Energieträgern etc.

²² [Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen „Gaseinsparungen für einen sicheren Winter“, 20. Juli 2022.](#)

²³ [Verordnung des Rates über koordinierte Maßnahmen zur Senkung der Gasnachfrage vom 5. Aug. 2022.](#)

²⁴ Rechtsgrundlage dafür ist [Artikel 122 des EU-Vertrages](#): (1) Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission unbeschadet der sonstigen in den Verträgen vorgesehenen Verfahren im Geiste der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten über die der Wirtschaftslage angemessenen Maßnahmen beschließen, insbesondere falls gravierende Schwierigkeiten in der Versorgung mit bestimmten Waren, vor allem im Energiebereich, auftreten. (2) Ist ein Mitgliedstaat aufgrund von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Ereignissen, die sich seiner Kontrolle entziehen, von Schwierigkeiten betroffen oder von gravierenden Schwierigkeiten ernstlich bedroht, so kann der Rat auf Vorschlag der Kommission beschließen, dem betreffenden Mitgliedstaat unter bestimmten Bedingungen einen finanziellen Beistand der Union zu gewähren.

²⁵ Der Gasnachfragereduktionsplan basiert auf Konsultationen der Kommission mit Mitgliedstaaten und Industrie.

- Etwaig nötige Rationierungen sollen koordiniert zwischen den Mitgliedstaaten organisiert werden.

Bereits am 26. Juli 2022 erzielten die EU-Mitgliedstaaten beim Sonderrat für Energie auf Basis eines Kompromissvorschlages des tschechischen Ratsvorsitzes mit qualifizierter Mehrheit²⁶ eine politische Einigung über die Verordnung zur koordinierten Senkung der Gasnachfrage. Im Vorfeld hatte es Widerstand von einigen weniger betroffenen Mitgliedstaaten gegeben, insbesondere gegen einen allein von der Europäischen Kommission zu aktivierenden „Unionsalarm“ bei drohender Energieverknappung. Nun bedarf es dazu der Zustimmung einer qualifizierten Mehrheit an Mitgliedstaaten bzw. kann dies auf Ersuchen von zumindest fünf Mitgliedstaaten erfolgen, die bereits nationale Alarme ausgerufen haben.

III Erweiterung des befristeten Krisenrahmens für Staatsbeihilfen vom 23. März 2022

Am 20. Juli 2022 nahm die Europäische Kommission ergänzend zum Wintervorsorgepaket auch eine **Änderung des befristeten Krisenrahmens für Staatsbeihilfen** (23. März 2022) an. Im Einklang mit dem **RePowerEU-Plan** zielen diese Erleichterungen bei Staatsbeihilfen auf einen rascheren Ausstieg aus fossilen Brennstoffen, einen schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien sowie eine Dekarbonisierung der Industrie ab. Folgende Maßnahmen sind bis 30. Juni 2023 zeitlich begrenzt:

- **Maßnahmen zum beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien:** Mitgliedstaaten können Investitionen in erneuerbare Energieträger (Wasserstoff, Biogas, Biomethan; Wärmepumpen) unter Beachtung des fairen Wettbewerbs über vereinfachte Ausschreibungen fördern.
- **Maßnahmen zur Förderung der Dekarbonisierung von Industrieprozessen** in Mitgliedstaaten durch Investitionen in den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen (Energieeffizienz, Elektrifizierung, Umstieg auf erneuerbare Energien). Der Anteil öffentlicher Förderungen pro Investition ist begrenzt, es gibt Förderaufschläge für kleine und mittelgroße Unternehmen bzw. besonders energieeffiziente Lösungen.
- **Erweiterung der bisherigen Beihilfen für von Sanktionen** bzw. Gegensanktionen betroffene Unternehmen sowie zur Deckung höherer Gas- und Stromkosten. Überdies gibt es noch individuelle Beihilfen für Einzelfälle (z.B. Unterstützung für die Befüllung von Gasspeichern).

IV Bisherige EU-Maßnahmen zur Sicherstellung der Energieversorgung

Mit dem Aufbau eines **sauberen und vernetzten EU-Energiesystems** war bereits vor Ausbruch des Krieges zwischen Russland und der Ukraine begonnen worden, z.B. mit dem Ziel den Anteil der im Inland erzeugten erneuerbaren Energien zu erhöhen oder die Gaslieferanten und -kanäle zu diversifizieren – etwa mittels einer grenzüberschreitenden Gasinfrastruktur, Flüssiggas-Terminals oder Reverse-Flow-Projekten. Nach Ausbruch des Krieges setzte die EU dann weitere Schritte, um die Energieversorgung in der EU zu sichern.

RePower-EU der Europäischen Kommission (18. Mai 2022) zielt darauf ab, die Abhängigkeit Europas von fossilen Brennstoffen aus Russland so rasch als möglich (aber bis spätestens 2027) zu beenden und soll die EU-weite Einführung erneuerbarer Energien (Anteil dzt. bei 20%, soll bis 2030 auf 45% ansteigen) sowie Investitionen in die Energieeffizienz beschleunigen. Der Plan

enthält angebots- und nachfrageseitige Maßnahmen: Diversifizierung der Energielieferanten, Umstieg auf erneuerbare Energieträger (inkl. Wasserstoff), mehr Energieeinsparungen und -effizienz.

Ebenfalls am 18. Mai 2022 legte die EK einen **EU-Energiesparplan**²⁷ vor, der einerseits auf freiwillige Energieeinsparungen abzielt, andererseits mittel- bis langfristig strukturelle Energieeffizienzmaßnahmen beschleunigen und verstärken soll (Heizung, Verkehr).

Laut der **EU-Gasspeicherverordnung**²⁸ (seit 1. Juli 2022 in Kraft) sollen die unterirdischen EU-Gasspeicher bis 1. November 2022 zu 80% gefüllt sein, um die Versorgungssicherheit im Winter 2022/23 zu sichern.

Im ersten Halbjahr 2022 überprüfte die Kommission die **nationalen Energiesicherungs- und Notfallpläne** der Mitgliedstaaten zur Bewältigung von Lieferunterbrechungen und führte eine Risikobewertung durch.

Die Europäische Kommission richtete eine **EU-Energieplattform** ein, um die Energienachfrage regional zu bündeln (bessere Nutzung der Infrastruktur) und eine künftige gemeinsame Beschaffung zu erleichtern.²⁹ Mittlerweile findet in der EU-Energiediversifizierung durch vermehrte Flüssiggas-Lieferungen sowie Gas-Lieferungen über Pipelines aus Norwegen, Aserbaidschan, dem Vereinigten Königreich und Nordafrika statt.

Mit dem europäischen **Grünen Deal** und dem **Fit-für-55-Paket** verfügt die EU weiters über einen Rahmen für den Übergang zu sauberer Energie, Emissionsreduktion (von mindestens 55% bis 2030, Klimaneutralität bis 2050) und Energieeffizienzsteigerung. Damit soll schrittweise die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen reduziert und die EU-Versorgungssicherheit gestärkt werden.

Weiters sollte die **Verordnung über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung** vom 25. Okt. 2017³⁰, die primär der Abfederung kurzfristiger Lieferschwierigkeiten dient für Krise wie der aktuellen angepasst werden. Laut der Verordnung müssen Mitgliedstaaten präventiv entsprechende nationale Aktions- und Notfallpläne basierend auf Risikobewertungen verfügen. Die Verordnung enthält auch einen Solidaritätsmechanismus, der die Versorgung „geschützter Verbraucher“ (Haushalte, Gesundheitswesen) garantiert.

²⁷ [Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen „Ein Energiesparplan für die EU“ vom 18. Mai 2022.](#)

²⁸ [Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates zur Änderung der Verordnung \(EU\) 2017/1938 des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung sowie der Verordnung \(EG\) Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für den Zugang zu den Erdgasfernleitungsnetzen.](#)

²⁹ Die EU-Energieplattform hat bereits fünf regionale Mitgliedstaaten-Gruppen, zudem gibt es eine spezielle Taskforce der Kommission.

³⁰ [Verordnung \(EU\) 2017/1938 des europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Okt. 2017 über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung und zur Aufhebung der Verordnung \(EU\) 994/2010, Amtsblatt der EU.](#)

Annex

Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats der Jahre 2021 und 2022³¹

Datum der Bekanntgabe	Geldpolitische Maßnahmen und relevante Ereignisse³²
21. Juli 2022	<p>Der EZB-Rat hat beschlossen, die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 50 Basispunkte anzuheben. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 27. Juli 2022 auf 0,50%, 0,75% bzw. 0,00% erhöht. Bei den kommenden Sitzungen des EZB-Rats wird eine weitere Normalisierung der Zinssätze angemessen sein. Durch den raschen Ausstieg aus den Negativzinsen kann der EZB-Rat zu einem Ansatz übergehen, bei dem Zinsbeschlüsse von Sitzung zu Sitzung gefasst werden. Der künftige Leitzinspfad des EZB-Rats wird von der jeweiligen Datenlage abhängen und dazu beitragen, dass das Inflationsziel von 2% auf mittlere Sicht erreicht wird.</p> <p>Zudem wurde das Instrument zur Absicherung der Transmission (Transmission Protection Instrument – TPI) genehmigt. Das TPI wird ungerechtfertigten und ungeordneten Marktdynamiken entgegenwirken, die eine ernsthafte Bedrohung für die Transmission der Geldpolitik im Euroraum darstellen, und somit sicherstellen, dass die Weitergabe des geldpolitischen Kurses in allen Ländern des Euroraums reibungslos erfolgt, während die Normalisierung der Geldpolitik fortgesetzt wird. Die Einheitlichkeit der Geldpolitik ist nämlich eine Voraussetzung dafür, dass die EZB ihr Preisstabilitätsmandat erfüllen kann. Im Rahmen des TPI werden Wertpapiere von Ländern gekauft, in denen eine Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen zu beobachten ist, die nicht durch länderspezifische Fundamentalfaktoren begründet ist. Die Ankäufe sind nicht beschränkt. Die Flexibilität bei der Wiederanlage im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) bleibt die erste Verteidigungslinie, um pandemiebedingten Risiken für den geldpolitischen Transmissionsmechanismus entgegenzuwirken.</p>
12. Juli 2022	<p>Der Rat der Europäischen Union hat formal beschlossen, dass Kroatien mit 1. Jänner 2023 dem Euroraum beitrifft. Der Umrechnungskurs der kroatischen Kuna (HRK) gegenüber dem Euro wurde auf 7,53450 HRK je Euro (=Leitkurs der Kuna im Wechselkursmechanismus WKM II) festgelegt. Kroatische Banken werden von der EZB bereits seit 2020 beaufsichtigt.</p>

³¹ Autorin: Claudia Kwapil (Referat Geldpolitik)

³² Die hier in gekürzter Form zusammengefassten geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats sind auch als Pressemitteilungen sowohl in englischer als auch in deutscher Sprache im Internet verfügbar: [Press releases by date \(europa.eu\)](https://www.europa.eu/press-releases)

4. Juli 2022	Der EZB-Rat hat beschlossen, weitere Schritte zu unternehmen, um Klimaaspekte in den geldpolitischen Handlungsrahmen des Eurosystems einzubeziehen. Er kam überein, die Bestände an Unternehmensanleihen in den zu geldpolitischen Zwecken gehaltenen Portfolios des Eurosystems und den Sicherheitenrahmen anzupassen, klimabezogene Offenlegungspflichten einzuführen und das Risikomanagementverfahren auszubauen. Mit den Maßnahmen sollen Finanzrisiken im Zusammenhang mit dem Klimawandel in der Bilanz des Eurosystems verringert, die Transparenz erhöht und der grüne Wandel der Wirtschaft unterstützt werden.
27. Juni 2022	Die EZB ändert den Zeitpunkt zukünftiger Veröffentlichungen ihrer geldpolitischen Beschlüsse sowie der Pressekonferenzen, auf der die Beschlüsse erläutert werden. Ab dem 21. Juli 2022 werden die geldpolitischen Beschlüsse um 14:15 Uhr MEZ veröffentlicht (statt wie bisher um 13:45 Uhr). Die Pressekonferenz beginnt um 14:45 Uhr MEZ (statt wie bisher um 14:30 Uhr). Die Veröffentlichung der damit verbundenen Dokumente wie etwa der Erklärung zur Geldpolitik verschiebt sich entsprechend auf 15:00 Uhr.
15. Juni 2022	Die Pandemie hat zu anhaltenden Verwundbarkeiten in der Wirtschaft des Euroraums geführt. Diese tragen zur uneinheitlichen Transmission der Normalisierung der Geldpolitik in den einzelnen Ländern bei. Dementsprechend hat der EZB-Rat beschlossen, dass er bei der Wiederveranlagung der Tilgungsbeträge fällig werdender Wertpapiere im PEPP-Portfolio flexibel agieren wird, um die Funktionsfähigkeit des geldpolitischen Transmissionsmechanismus aufrechtzuerhalten. Diese ist eine Voraussetzung dafür, dass die EZB ihr Preisstabilitätsmandat erfüllen kann. Darüber hinaus beschloss der EZB-Rat, die zuständigen Ausschüsse des Eurosystems zusammen mit den EZB-Dienststellen damit zu beauftragen, die Gestaltung eines neuen Instruments zur Bekämpfung der Fragmentierung, das der EZB-Rat prüfen wird, zügiger abzuschließen.
9. Juni 2022	Der EZB-Rat hat weitere Schritte zur Normalisierung seiner Geldpolitik beschlossen: Zum einen wird der Nettoerwerb von Vermögenswerten im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) zum 1. Juli 2022 eingestellt. Die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere werden für längere Zeit nach der ersten Zinserhöhung vollumfänglich wieder angelegt und in jedem Fall so lange wie erforderlich, um reichliche Liquidität zu gewährleisten und einen angemessenen geldpolitischen Kurs aufrechtzuerhalten. Zum anderen betrachtet der EZB-Rat die Bedingungen der bisher geltenden Forward Guidance als erfüllt, und kündigt den Beginn eines Zinsanhebungszyklus an: Auf seiner geldpolitischen Sitzung im Juli wird er die Leitzinsen um 25 Bp. anheben, im September soll eine weitere Erhöhung folgen, deren Ausmaß von den mittelfristigen Inflationsaussichten abhängen wird. Aus derzeitiger Sicht geht der EZB-Rat davon aus, dass es auch nach September angemessen sein wird, die Leitzinsen schrittweise, aber nachhaltig anzuheben. Damit wird er sicherstellen, dass die Inflation mittelfristig auf ihren Zielwert von 2% zurückkehrt.

1. Juni 2022	Alle zwei Jahre veröffentlicht die EZB einen Konvergenzbericht, der untersucht, inwieweit die sieben EU-Länder, die der gemeinsamen Währung noch nicht beigetreten sind, Fortschritte bei der Einführung des Euro gemacht haben. Kroatien wird im aktuellen Bericht einer eingehenderen Prüfung unterzogen, da das Land am 1. Jänner 2023 den Euro einführen möchte. Sowohl Bulgarien als auch Kroatien sind am 10. Juli 2020 dem Wechselkursmechanismus II und der Bankenunion beigetreten. Die EZB kommt nach ihrer Bewertung zu dem Ergebnis, dass Kroatien die Referenzwerte der Konvergenzkriterien einhält.
27. April 2022	Die EZB und die Banca Națională a României (BNR) haben eine Fortführung der Repo-Linie zur Bereitstellung von Euro-Liquidität an die BNR vereinbart. Die Vereinbarung läuft bis 15. Jänner 2023. Die Verlängerung trägt der gestiegenen Unsicherheit und des Risikos regionaler Übertragungseffekte im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine Rechnung.
14. April 2022	Der EZB-Rat kommt zum Schluss, dass die seit seiner letzten Sitzung neu verfügbaren Daten seine Erwartung stärken, dass die Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen seines Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) im dritten Quartal 2022 eingestellt werden sollten. Darüber hinaus bestätigt er all seine Entscheidungen von März 2022.
28. März 2022	Die EZB und die Narodowy Bank Polski haben eine vorsorgliche Swap-Vereinbarung getroffen. Zudem hat die EZB beschlossen, die befristeten bilateralen Repo-Linien mit den Zentralbanken Ungarns, Albanien, der Republik Nordmazedonien und der Republik San Marino zu verlängern. Alle genannten Vereinbarungen gelten bis 15. Jänner 2023. Euro-Liquiditätslinien dienen dazu, möglichen Liquiditätsbedarf in Drittstaaten zu decken, der angesichts der Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine und wegen des Risikos regionaler Übertragungseffekte entstehen könnte; Sanktionen der EU werden dabei vollumfänglich berücksichtigt.
24. März 2022	Der EZB-Rat hat beschlossen, die im April 2020 aufgrund der Corona-Pandemie befristet eingeführten Maßnahmen zur Lockerung der Kriterien für Sicherheiten in drei Schritten auslaufen zu lassen. Der erste Schritt tritt am 8. Juli 2022 in Kraft, weitere Schritte werden im Juni 2023 bzw. im März 2024 folgen. Durch den schrittweisen Ansatz wird die Risikotoleranz des Eurosystems allmählich wieder auf das Vorpandemieniveau verringert, und Klippeneffekte bei der Verfügbarkeit von Sicherheiten werden vermieden. Vorerst ist es den NZBen weiterhin gestattet, griechische Staatsanleihen, die nicht die Mindestbonitätsanforderungen des Eurosystems erfüllen, als Sicherheiten zu akzeptieren. Der EZB-Rat behält sich auch weiterhin das Recht vor, von den Bonitätsbewertungen der Ratingagenturen abzuweichen, um eine automatische Abhängigkeit von diesen Bewertungen zu vermeiden.
10. März 2022	Der EZB-Rat hat seine Planung für die Ankäufe im Rahmen des APP geändert: Die monatlichen APP-Nettoankäufe werden im April 40 Mrd EUR, im Mai 30 Mrd EUR und im Juni 20 Mrd EUR betragen. Die Kalibrierung der Nettoankäufe für das Q3/2022 wird datenabhängig vorgenommen werden. Sollten die Daten darauf hindeuten, dass sich die mittelfristigen Inflationsaussichten auch nach dem Ende der APP-Nettoankäufe nicht verschlechtern, wird der EZB-Rat die Nettoankäufe im Q3/2022 einstellen.

10. März 2022 (Fortsetzung)	<p>Falls sich die mittelfristigen Aussichten ändern und die Finanzierungsbedingungen nicht mehr mit einer weiteren Entwicklung in Richtung des 2%-Ziels im Einklang stehen, ist der EZB-Rat bereit, seine Planung für die APP-Nettoankäufe zu ändern. Die EZB-Leitzinsen werden einige Zeit nach dem Ende der APP-Nettoankäufe angehoben. Dabei wird graduell vorgegangen werden. Die Entwicklung der EZB-Leitzinsen richtet sich weiterhin nach der (unveränderten) Forward Guidance des EZB-Rats. Der Hinweis, dass die Leitzinsen auch gesenkt werden können, wird jedoch gestrichen. Dementsprechend hält der EZB-Rat fest, dass die EZB-Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden, bis er feststellt, dass die Inflationsrate deutlich vor dem Ende seines Projektionszeitraums 2% erreicht und sie diesen Wert im weiteren Verlauf des Projektionszeitraums dauerhaft hält, und er der Auffassung ist, dass die Entwicklung der zugrunde liegenden Inflation hinreichend fortgeschritten ist, um mit einer sich mittelfristig bei 2 % stabilisierenden Inflation vereinbar zu sein.</p> <p>Schließlich wird vor dem Hintergrund der hohen Unsicherheit durch den Einmarsch Russlands in die Ukraine die Repo-Fazität des Eurosystems für Zentralbanken (EUREP) bis 15. Jänner 2023 verlängert. Damit soll das Risiko regionaler Übertragungseffekte, die sich negativ auf die Finanzmärkte des Euroraums auswirken könnten, verringert werden. EUREP bietet vorsorgliche Liquiditätslinien, um einem etwaigen Euro-Liquiditätsbedarf zu begegnen, falls es zu Marktstörungen außerhalb des Euroraums kommt, die sich negativ auf die reibungslose Transmission der Geldpolitik der EZB auswirken könnten.</p> <p>Darüber hinaus bestätigt der EZB-Rat all seine Entscheidungen von Februar 2022.</p>
3. Februar 2022	<p>Der EZB-Rat bestätigt all seine Entscheidungen von Dezember 2021. Darüber hinaus betont er seine Bereitschaft, gegebenenfalls alle seine Instrumente anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Inflation mittelfristig beim Zielwert von 2% stabilisiert.</p>
16. Dezember 2021	<p>Der EZB-Rat ist der Auffassung, dass die Fortschritte bei der wirtschaftlichen Erholung und im Hinblick auf die Erreichung des mittelfristigen Inflationsziels eine schrittweise Verringerung seiner Ankäufe von Vermögenswerten in den kommenden Quartalen zulassen. Dementsprechend werden im Q1/2022 geringere Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) durchgeführt als im Q4/2021. Ende März 2022 werden die Nettoankäufe im Rahmen des PEPP gänzlich eingestellt. Gleichzeitig hat der EZB-Rat beschlossen, den Wiederanlagezeitraum für das PEPP zu verlängern und die Tilgungsbeträge mindestens bis Ende 2024 bei Fälligkeit wieder anzulegen. Das zukünftige Auslaufen des PEPP-Portfolios wird in jedem Fall so gesteuert, dass eine Beeinträchtigung des angemessenen geldpolitischen Kurses vermieden wird.</p> <p>Weiters können die Wiederanlagen im Rahmen des PEPP jederzeit flexibel über den Zeitverlauf, die Anlageklassen und die Länder hinweg angepasst werden, wenn es im Zusammenhang mit der Pandemie zu einer neuerlichen Marktfragmentierung kommt. Dies könnte den Ankauf von durch die Hellenische Republik begebenen Anleihen umfassen, der über die Wiederanlage von Tilgungsbeträgen hinausgeht, um eine Unterbrechung von Ankäufen in diesem Land zu vermeiden. Schließlich können die PEPP-Nettoankäufe erforderlichenfalls wieder aufgenommen werden, um negativen Schocks im Zusammenhang mit der Pandemie entgegenzuwirken.</p> <p>Bezüglich des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Expanded Asset Purchase Programme – APP) hat der EZB-Rat beschlossen, im Q2 und Q3/2022 Nettoankäufe im Umfang von 40 bzw. 30 Mrd EUR durchzuführen.</p>

<p>16. Dezember 2021 (Fortsetzung)</p>	<p>Ab Oktober 2022 werden die monatlichen Nettoankäufe im Ausmaß von 20 Mrd EUR so lange fortsetzen, wie dies für die Verstärkung der akkommodierenden Wirkung der Leitzinsen erforderlich ist. Der EZB-Rat geht davon aus, dass die Nettoankäufe beendet werden, kurz bevor er mit der Erhöhung der EZB-Leitzinsen beginnt. Der EZB-Rat beabsichtigt zudem, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere weiterhin bei Fälligkeit für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, zu dem er mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnt, vollumfänglich wieder anzulegen.</p> <p>Die EZB-Leitzinsen sowie die dazugehörige Forward Guidance blieben unverändert. Schließlich kündigte der EZB-Rat an, die Refinanzierungsbedingungen für Banken weiterhin zu beobachten und dafür zu sorgen, dass die Fälligkeiten im Rahmen der dritten Serie gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO III) die reibungslose Transmission der Geldpolitik nicht beeinträchtigen. Die derzeit für den TLTRO III geltenden Sonderkonditionen werden im Juni 2022 wie geplant auslaufen.</p> <p>Der EZB-Rat wird darüber hinaus die angemessene Kalibrierung seines zweistufigen Systems für die Verzinsung von Reserveguthaben prüfen, damit die Intermediationsfunktion der Banken in einem von hoher Überschussliquidität geprägten Umfeld durch die Negativzinspolitik nicht eingeschränkt wird.</p>
<p>28. Oktober und 9. September 2021</p>	<p>Der EZB-Rat ist zu der Einschätzung gelangt, dass günstige Finanzierungsbedingungen auch dann aufrechterhalten werden können, wenn der Umfang des Nettoerwerbs von Vermögenswerten im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) im vierten Quartal 2021 gegenüber dem zweiten und dritten Quartal 2021 moderat reduziert wird. Die anderen geldpolitischen Maßnahmen wurden von ihm bestätigt.</p>
<p>22. Juli 2021</p>	<p>Um sein symmetrisches Inflationsziel von 2% zu unterstützen und im Einklang mit seiner geldpolitischen Strategie, geht der EZB-Rat davon aus, dass die EZB-Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, bis er feststellt, dass die Inflationsrate deutlich vor dem Ende seines Projektionszeitraums 2% erreicht und sie diesen Wert im weiteren Verlauf des Projektionszeitraums dauerhaft hält, und er der Auffassung ist, dass die Entwicklung der zugrunde liegenden Inflation hinreichend fortgeschritten ist, um mit einer sich mittelfristig bei 2% stabilisierenden Inflation vereinbar zu sein. Dies geht unter Umständen damit einher, dass die Inflation vorübergehend moderat über dem Zielwert liegt.</p> <p>Der EZB-Rat bestätigt seine im Juni vorgenommene Beurteilung der Finanzierungsbedingungen und Inflationsaussichten und geht weiterhin davon aus, dass die Ankäufe im Rahmen des PEPP während des laufenden Quartals deutlich umfangreicher ausfallen werden als während der ersten Monate des Jahres. Zudem bestätigt der EZB-Rat seine anderen Maßnahmen zur Unterstützung seines Preisstabilitätsmandats: die Höhe der EZB-Leitzinsen, seine Ankäufe im Rahmen des APP, seine Wiederanlagestrategie und seine längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte.</p>
<p>14. Juli 2021</p>	<p>Der EZB-Rat hat heute beschlossen, die Untersuchungsphase eines Projekts zum digitalen Euro einzuläuten. Gegenstand der zweijährigen Untersuchungsphase werden wichtige Aspekte im Hinblick auf die Gestaltung und Verteilung sein. Ein digitaler Euro muss in der Lage sein, den Bedürfnissen der Menschen in Europa gerecht zu werden. Zugleich soll er dazu beitragen, rechtswidrige Aktivitäten zu verhindern und etwaige unerwünschte Auswirkungen auf die Finanzstabilität und die Geldpolitik zu vermeiden. Dies greift einer künftigen Entscheidung, ob ein digitaler Euro eingeführt wird, in keiner Weise vor. Diese Entscheidung wird erst zu einem späteren Zeitpunkt getroffen. In jedem Fall würde ein digitaler Euro das Bargeld nur ergänzen, es aber nicht ersetzen.</p>

8. Juli 2021	<p>Der EZB-Rat verabschiedet die neue geldpolitische Strategie der EZB. Die vorrangige Aufgabe der EZB besteht weiterhin in der Gewährleistung von Preisstabilität. Nach Auffassung des EZB-Rats kann Preisstabilität am besten gewährleistet werden, wenn mittelfristig ein Inflationsziel von 2% angestrebt wird. Dieses Ziel ist symmetrisch, d. h. negative Abweichungen von diesem Zielwert sind ebenso unerwünscht wie positive. Wenn die nominalen Zinssätze in einer Volkswirtschaft in der Nähe ihrer effektiven Untergrenze liegen, sind besonders kraftvolle oder lang anhaltende geldpolitische Maßnahmen nötig, um zu verhindern, dass sich negative Abweichungen vom Inflationsziel verfestigen. Dies geht unter Umständen damit einher, dass die Inflation vorübergehend leicht über dem Zielwert liegt.</p> <p>Weiters bestätigt der EZB-Rat, dass der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) auch künftig die geeignete Messgröße ist, um zu bewerten, ob das Preisstabilitätsziel erfüllt ist.</p> <p>Er räumt jedoch ein, dass der HVPI die für private Haushalte relevante Inflation besser abbilden würde, wenn die Kosten für selbst genutztes Wohneigentum berücksichtigt würden und dass es noch mehrere Jahre dauern wird, bis selbst genutztes Wohneigentum in den HVPI einfließt. Unterdessen wird der EZB-Rat Inflationsmessgrößen heranziehen, die Schätzungen der Kosten für selbst genutztes Wohneigentum berücksichtigen.</p> <p>Der EZB-Rat hat anerkannt, dass der Klimawandel weitreichende Folgen für die Preisstabilität hat. Dementsprechend hat er sich zu einem ambitionierten klimabezogenen Maßnahmenplan verpflichtet.</p> <p>Die erste reguläre geldpolitische Sitzung des EZB-Rats, in der die neue Strategie zur Anwendung kommt, findet am 22. Juli 2021 statt. Der EZB-Rat beabsichtigt, die Angemessenheit seiner geldpolitischen Strategie regelmäßig auf den Prüfstand zu stellen. Die nächste Bewertung ist 2025 zu erwarten.</p>
20. Juni 2021	<p>Der EZB-Rat kam vom 18. bis 20. Juni 2021 im Taunus vor den Toren Frankfurts zu seiner jährlichen Klausurtagung zusammen. Im Mittelpunkt standen weiterführende Gespräche über die Überprüfung der geldpolitischen Strategie der EZB. Themen der Strategieüberprüfung waren unter anderem die Definition und Messung von Preisstabilität, der zugrunde liegende analytische Rahmen und die mittelfristige Ausrichtung der Geldpolitik, die Bedeutung des Klimawandels für die Geldpolitik und die Modernisierung der geldpolitischen Kommunikation.</p>
18. Juni 2021	<p>Der EZB-Rat stimmt mit der Bankenaufsicht der EZB darin überein, dass nach wie vor „außergewöhnliche Umstände“ vorliegen, die weiterhin den vorübergehenden Ausschluss bestimmter Risikopositionen gegenüber Zentralbanken aus der Verschuldungsquote (<i>Leverage Ratio</i>) rechtfertigen, um die Transmission der Geldpolitik der EZB zu unterstützen. Die Stellungnahme des EZB-Rats bildet die Grundlage dafür, dass die EZB-Bankenaufsicht den von ihr direkt beaufsichtigten bedeutenden Instituten gestatten kann, bestimmte Risikopositionen aus der Verschuldungsquote herauszurechnen.</p>
10. Juni 2021	<p>Der EZB-Rat beschließt, seinen sehr akkommodierenden geldpolitischen Kurs beizubehalten. Insbesondere kommt er auf Grundlage einer gemeinsamen Beurteilung der Finanzierungsbedingungen und der Inflationsaussichten zu dem Schluss, dass die Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) nicht nur während des zweiten Quartals, sondern auch im dritten Quartal 2021 deutlich umfangreicher ausfallen werden als während der ersten Monate des heurigen Jahres.</p>

7. Mai 2021	Die EZB veröffentlicht die Änderungen ihrer Leitlinie zur Umsetzung der Geldpolitik aufgrund der künftigen Implementierung der Leverage Ratio als verbindliche Säule-1-Eigenmittelanforderung. Ab dem 28. Juni 2021 wird die Leverage Ratio im geldpolitischen Handlungsrahmen des Eurosystems gleich behandelt wie die bereits bestehenden Säule-1-Eigenmittelanforderungen. Bei einem Verstoß gegen die Anforderungen der Leverage Ratio oder im Falle unvollständiger oder verspäteter Meldungen werden automatisch Maßnahmen ergriffen.
23. April 2021	Da sich die Refinanzierungsbedingungen in US-Dollar stetig verbessert haben und die Nachfrage bei den jüngsten liquiditätszuführenden US-Dollar-Geschäften gering war, haben die Bank of England, die Bank von Japan, die EZB und die Schweizerische Nationalbank gemeinsam und in Abstimmung mit der Federal Reserve beschlossen, die 84-tägigen liquiditätszuführenden Geschäfte in US-Dollar einzustellen. Die Neuregelung tritt am 1. Juli 2021 in Kraft. Ab dem 1. Juli 2021 werden nur noch die wöchentlichen Geschäfte mit einer Laufzeit von sieben Tagen fortgeführt.
18. März 2021	Die EZB reagiert auf die Empfehlung von Marktteilnehmern, die sich für eine regelmäßige Veröffentlichung vergangenheitsbezogener €STR basierter Zinssätze mit Aufzinsung durch eine vertrauenswürdige Behörde aussprachen. Ab 15. April 2021 wird sie durchschnittliche vergangenheitsbezogene €STR-Zinssätze mit Aufzinsung für Laufzeiten von 1 Woche, 1 Monat, 3 Monaten, 6 Monaten und 12 Monaten veröffentlichen. Ferner wird ein €STR-basierter Index mit Aufzinsung angeboten, der die Berechnung von vergangenheitsbezogenen Zinssätzen mit Aufzinsung auch für jede Nicht-Standard-Laufzeit ermöglicht.
11. März 2021	Der EZB-Rat beschließt, seinen sehr akkommodierenden geldpolitischen Kurs beizubehalten. Insbesondere kommt er auf Grundlage einer gemeinsamen Beurteilung der Finanzierungsbedingungen und der Inflationsaussichten zu dem Schluss, dass die Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) während des zweiten Quartals 2021 deutlich umfangreicher ausfallen werden als während der ersten Monate des heurigen Jahres.
8. Februar 2021	Nach dem erfolgreichen Abschluss der im April 2019 gestarteten Pilotphase plant die EZB die aggregierten Ergebnisse ihrer Umfrage unter geldpolitischen Analysten (Survey of Monetary Analysts - SMA) zu veröffentlichen. Die erste Umfragerunde wird im Juni 2021 stattfinden; die Ergebnisse werden am 18. Juni 2021 (immer freitags in der Woche nach der betreffenden EZB-Ratssitzung) veröffentlicht. In der Erhebung werden Informationen zu den Erwartungen der Marktteilnehmer im Hinblick auf die künftige Entwicklung von wesentlichen geldpolitischen Parametern, Finanzmarktvariablen sowie der Wirtschaft insgesamt gesammelt. Die Umfrage wird achtmal pro Jahr durchgeführt und ist terminlich auf den sechswöchigen Rhythmus der geldpolitischen Sitzungen des EZB-Rats abgestimmt.
4. Februar 2021	Die EZB hat im Dezember 2020 beschlossen, den Zentralbanken außerhalb des Euro-Währungsgebiets eine neunmonatige Verlängerung der befristeten Swap- und Repo-Vereinbarungen anzubieten. Die Zentralbanken von Albanien, Kroatien, Ungarn, der Republik Nordmazedonien, Rumänien, San Marino und Serbien sind mit der EZB übereingekommen, die Laufzeit ihrer Euro-Liquiditätslinien bis März 2022 zu verlängern.

Quelle: EZB.

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 14. Juni bis 2. September 2022³³

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
2. August 2022	EK	<p>EK zahlt Makrofinanzhilfe (MFA) über 1 Mrd EUR an die Ukraine aus</p> <p>Nach Beschlussfassung durch den Rat am 12. Juli 2022 über eine zusätzliche Makrofinanzhilfe in Höhe von 1 Mrd EUR für die Ukraine gelangt diese am 1. und 2. August in 2 Tranchen zu jeweils 500 Mio EUR zur Auszahlung.</p> <p>Zusammen mit der in der ersten Jahreshälfte ausgezahlten Makrofinanzhilfe in Höhe von 1,2 Mrd EUR belaufen sich die seit Beginn des Krieges an die Ukraine ausgezahlten Makrofinanzhilfen der EU somit auf insgesamt 2,2 Mrd EUR.</p>
1. August 2022	EK	<p>EK zahlt Makrofinanzhilfe über 50 Mio EUR an die Republik Moldau</p> <p>Die Europäische Kommission zahlt im Namen der EU eine Makrofinanzhilfe von 50 Mio EUR an die Republik Moldau aus, davon 35 Mio EUR als zinsvergünstigte langlaufende Darlehen und 15 Mio EUR in Form von Zuschüssen. Dies ist die erste Auszahlung im Rahmen der neuen Makrofinanzhilfe für Moldau in Höhe von insgesamt 150 Mio EUR (davon 120 Mio EUR an Darlehen und 30 Mio EUR an Zuschüssen), die am 18. Juli 2022 in Kraft getreten ist und für einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren zur Verfügung steht.</p>
19. Juli 2022	Rat	<p>Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien</p> <p>Die EU nimmt im Rahmen von Regierungskonferenzen auf Ministerebene offiziell die Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien auf. Nordmazedonien hat bereits seit 2005 Kandidatenstatus, Albanien seit 2014.</p>
12. Juli 2022	ECOFIN Rat, EZB	<p>Euroraumerweiterung – Kroatien als 20. Mitglied des Euroraums ab 1. Jänner 2023</p> <p>Der ECOFIN Rat nimmt die letzten drei Rechtsakte an, die noch erforderlich waren, damit Kroatien am 1. Jänner 2023 den Euro als Währung einführen kann. Der Konversionskurs wird mit 7,53450 kroatischen Kuna für 1 EUR festgesetzt, was dem aktuellen Leitkurs der Kuna im Rahmen des Wechselkursmechanismus (WKM) II entspricht. Bereits seit 1. Oktober 2020 ist die EZB im Rahmen der engen Zusammenarbeit (SSM close cooperation) für die direkte Aufsicht über acht bedeutende Kreditinstitute und die indirekte</p>

³³ Autorinnen: Sylvia Gloggnitzer-Kocsi, Christiane Kment (Abteilung für EU- und internationale Angelegenheiten)

		Aufsicht über 15 weniger bedeutende Institute in Kroatien zuständig.
4. Juli 2022	EZB Rat	<p>EZB unternimmt weitere Schritte, um Klimaschutz stärker in ihre geldpolitischen Geschäfte einzubeziehen</p> <p>Die EZB berücksichtigt den Klimawandel bei ihren Ankäufen von Unternehmensanleihen, im Sicherheitenrahmen, bei Offenlegungspflichten und der Risikosteuerung, im Einklang mit ihrem Maßnahmenplan zum Klimawandel. Diese Maßnahmen sind so gestaltet, dass sie vollständig im Einklang mit dem vorrangigen Ziel des Eurosystems stehen, Preisstabilität zu gewährleisten.</p>
1. Juli 2022	Rat	<p>Start der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft</p> <p>Am 1. Juli übernahm die Tschechische Republik die EU-Ratspräsidentschaft. In Übereinstimmung mit dem Programm, das von der Trio-Präsidentschaft Frankreich-Tschechien-Schweden vereinbart wurde, stehen im Fokus unter anderem der Wiederaufbau in der Ukraine, Energiesicherheit, Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft und von demokratischen Institutionen und die Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit.</p>
23./24. Juni 2022	ER	<p>Ukraine und Republik Moldau erhalten Beitrittskandidatenstatus</p> <p>Basierend auf einer Stellungnahme der EK vom 17. Juni 2022 zu den EU-Beitrittsanträgen der Ukraine, Republik Moldau und Georgien gewährt der Europäische Rat der Ukraine und der Republik Moldau den Status von Beitrittskandidaten. Georgien soll ihn erhalten, sobald die Regierung Ergebnisse bei der Umsetzung von seitens EK angegebenen Schwerpunktbereichen (u.a. Gewährleistung der vollen Funktionsfähigkeit aller staatlichen Institutionen, Korruptionsbekämpfung) erzielt hat. Der ER betont, dass die Fortschritte der einzelnen Länder auf dem Weg in die EU davon abhängen werden, inwieweit sie die Kopenhagener Kriterien erfüllen, wobei auch die Aufnahmefähigkeit der EU berücksichtigt werden wird.</p> <p>EU-Westbalkangipfel</p> <p>Im Vorfeld der Tagung des ER treffen die EU-Führungsspitzen mit den Führungsspitzen des Westbalkans (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien) zusammen. Die Führungsspitzen erörtern die Fortschritte bei der Integration in die EU und die Art und Weise, wie der EU-Erweiterungsprozess vorangetrieben werden kann, weiters die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine für die Region und geostrategische Fragen. Die EU-Führungsspitzen bekräftigen das uneingeschränkte und klare Bekenntnis der EU zur Beitrittsperspektive der Westbalkanstaaten.</p>

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

2. September 2022	IWF	<p>Art. IV Konsultation des IWF mit Österreich abgeschlossen</p> <p>Der IWF veröffentlicht den Bericht zur diesjährigen Artikel IV Konsultation mit Österreich. Der IWF besuchte Österreich vom 31. Mai bis 13. Juni 2022. Im Rahmen der Konsultationen führte der IWF wie üblich Gespräche mit Vertretern von OeNB, BMF, FMA, BKA, diversen Ministerien und Interessensvertretungen. Der thematische Fokus der Konsultationen umfasste das Thema „Building resilience amid uncertainty“.</p> <p>Aufgrund der hohen Abhängigkeit von russischen Energieimporten, der starken Integration in die globale Wertschöpfungskette, sowie des hohen Bankenexposures erachtet der IWF Österreich als sehr anfällig für spillovers aus dem Krieg in der Ukraine. Für 2022 rechnet der IWF mit einem Wachstum Österreichs von 3,9%, wobei eine Abschwächung der Wirtschaftsleistung im zweiten Halbjahr erwartet wird, für 2023 sei nur mit einem Wachstum von 1,5% zu rechnen. Kurzfristige fiskalpolitische Maßnahmen sollten laut IWF aufgrund der außergewöhnlich unsicheren Lage flexibel eingesetzt werden. Fiskalische Maßnahmen zur Abfederung von steigenden Energiepreisen und Inflation sollten laut IWF-Empfehlung treffsicherer eingesetzt werden. Hinsichtlich Österreichs Abhängigkeit von russischem Gas wird seitens IWF ein stärker diversifizierter und nachhaltigerer Ansatz im Energiesektor empfohlen. Der IWF begrüßt die Verabschiedung der Verordnung zur Begrenzung der systemischen Risiken bei Fremdkapitalfinanzierungen von Wohnimmobilien durch die FMA auf Empfehlung des FMSG.</p>
22. Juli 2022	IWF	<p>Erste IWF Gender Strategie</p> <p>Der IWF veröffentlicht erstmals eine „Strategy Toward Mainstreaming Gender“, in welcher er Strategien und Lösungsansätze vorlegt, mit welchen das Thema Gender und Gleichstellung der Geschlechter in die Arbeit des IWF integriert werden soll. Durch das „Mainstreaming“ des Gender-Themas in die tägliche Arbeit des IWF soll ökonomisches Wachstum, ökonomische Stabilität und Resilienz der Mitgliedstaaten verbessert werden.</p>
1. Juli 2022	IWF	<p>IWF Stimmrechtsgruppenabkommen ratifiziert</p> <p>Im Rahmen des jährlichen Stimmrechtsgruppentreffens von Weltbank und IWF auf Deputies-Ebene in Budapest wird bekanntgegeben, dass alle sieben Mitglieder der IWF Stimmrechtsgruppe das neue Abkommen unterfertigt haben. Dieses wird plangemäß für den Zeitraum 1. November 2022 bis 31. Oktober 2032 in Kraft treten und umfasst folgende Mitglieder: Türkei, Österreich, Tschechien, Ungarn, Slowakei, Slowenien und Kosovo (Länder-Reihenfolge gemäß IWF-Quote).</p>

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 5. September 2022

Inhaltsverzeichnis	Seite
Weltwirtschaft	
Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen	1
Makroökonomische Indikatoren	2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise	3
Euroraum	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	4
Aktuelle Entwicklung	5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität	6
Zinserwartungen	7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen	8
Renditen und Kreditzinsen	9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation	10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt	11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren	12
Inflation und Arbeitskosten	13
Makroökonomische Ungleichgewichte	14
Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)	
Ausgewählte makroökonomische Indikatoren	15
Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder	
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts	16
Entwicklung der Verbraucherpreise	17
Arbeitslosenquoten	18
Leistungsbilanzsalden	19
Fiskaldaten	20
Österreich	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	21
Aktuelle Entwicklung	22
Außenhandel mit Waren	24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren	25
Tourismus und Reiseverkehr	26
Öffentliche Haushalte	27
Bundeshaushalt	28
Aggregierte Vermögenslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute	29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	32
Aggregierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute	33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE	34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung	
Geldvermögensbildung und Geldvermögen	35
Finanzierung und Verbindlichkeiten	36
Zeichenerklärung	
.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor	
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich	
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit	
Ø = Durchschnitt	
A = Anstieg	
R = Rückgang	

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen

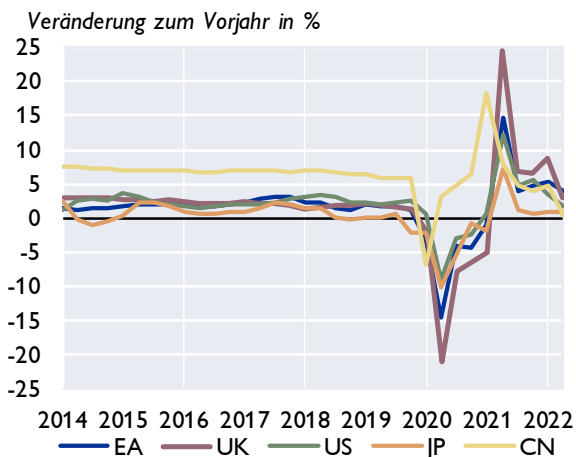
	Reales BIP		Inflation ¹		Arbeitslose		Budgetsaldo		Staatsschuld		Leistungsbilanzsaldo	
	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023
	Veränderung zum Vorjahr in %		in %		in % des Arbeitskräfteangebotes		in % des BIP					
Vereinigtes Königreich	3,4	1,6	7,0	3,6	4,0	4,0	-3,9	-2,3	100,2	98,4	-4,6	-4,9
USA	2,9	2,3	7,3	3,1	3,6	3,5	-5,7	-4,9	123,4	122,1	-3,9	-3,4
Japan	1,9	1,8	1,6	1,5	2,8	2,7	-10,2	-8,5	265,2	260,9	2,5	2,6
China	4,6	5,0	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Euroraum	2,6	1,4	7,6	4,0	7,3	7,0	-3,7	-2,5	94,7	92,7	2,4	2,9
EU	2,7	1,5	8,3	4,6	6,7	6,5	-3,6	-2,5	87,1	85,2	2,1	2,6
Österreich	3,7	1,5	7,4	4,4	5,0	4,8	-3,1	-1,5	80,0	77,5	-1,0	-0,8
Deutschland	1,4	1,3	7,9	4,8	3,3	3,2	-2,5	-1,0	66,4	64,5	6,1	6,5
Polen	5,2	1,5	12,2	9,0	4,1	3,9	-4,0	-4,4	50,8	49,8	-0,5	-0,2
Ungarn	5,2	2,1	11,8	7,6	3,8	4,0	-6,0	-4,9	76,4	76,1	-5,5	-3,5
Tschechische Republik	2,3	2,0	13,9	5,8	2,6	2,6	-4,3	-3,9	42,8	44,0	-3,7	-3,8

Quelle: EK Sommerprognose Juli 2022 (BIP und Inflation - ausschließlich EU-Länder); restliche Prognosen vom Mai 2022.

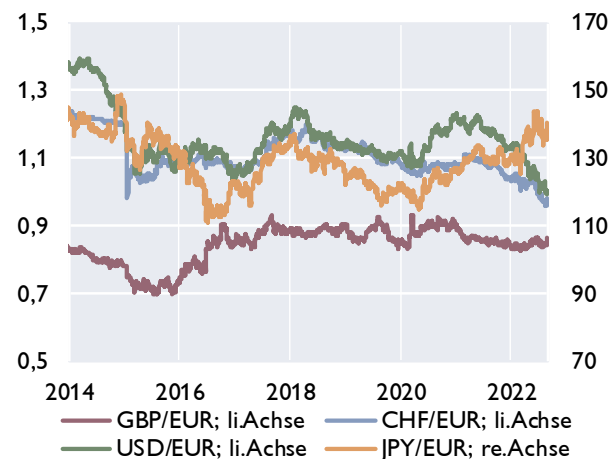
¹ HVPI-Inflation; USA, Japan: VPI.

Makroökonomische Indikatoren

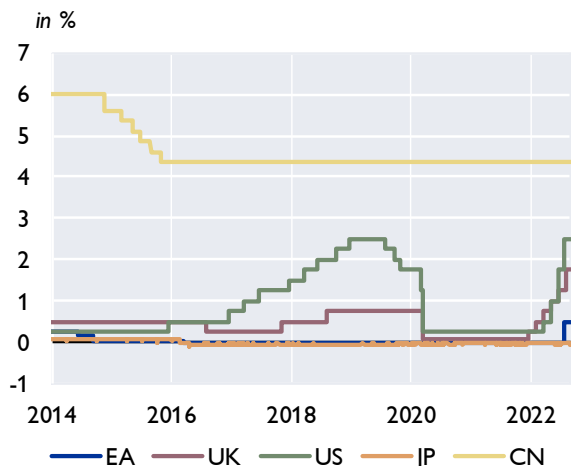
Reales BIP-Wachstum



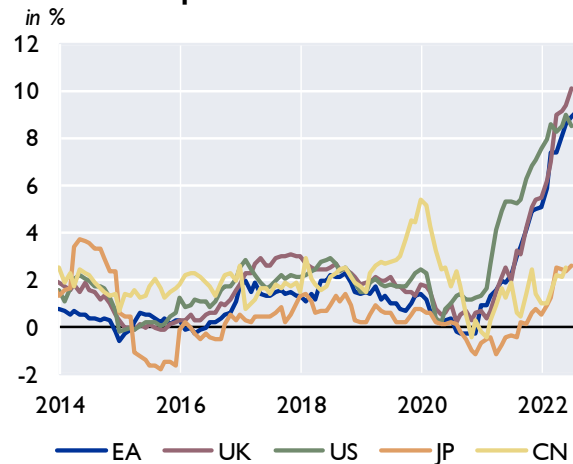
Wechselkurse zum Euro



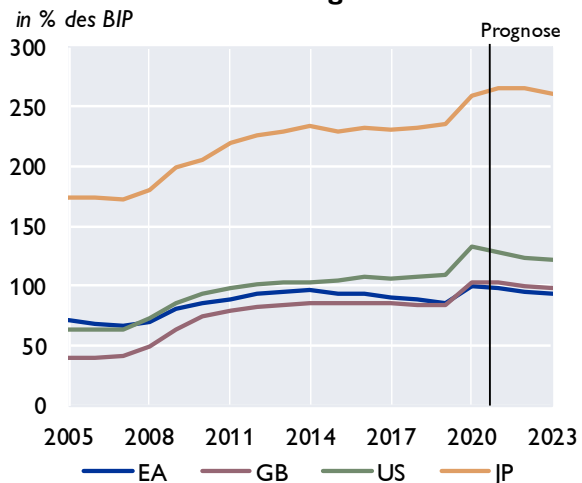
Leitzinssätze der Zentralbanken



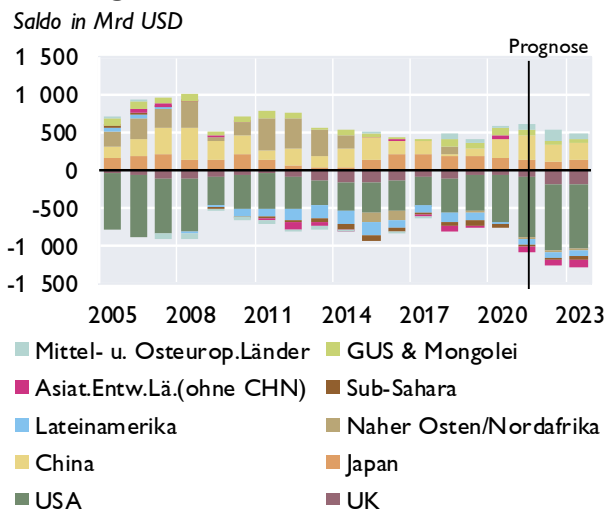
Verbraucherpreisindizes



Öffentliche Verschuldung



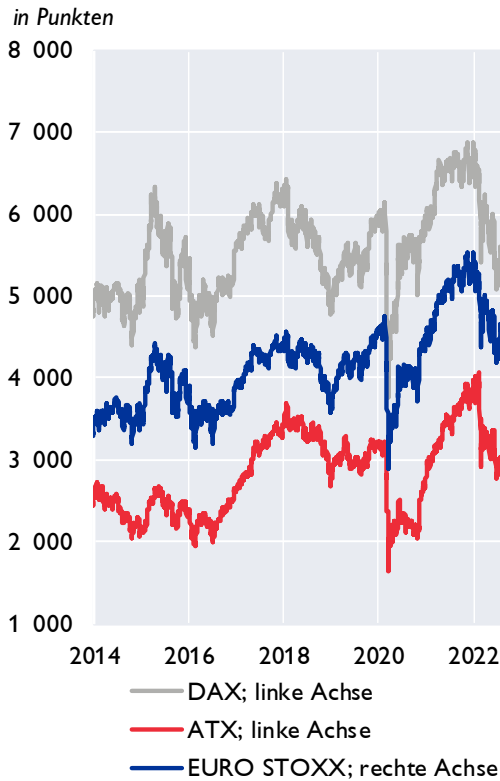
Leistungsbilanz



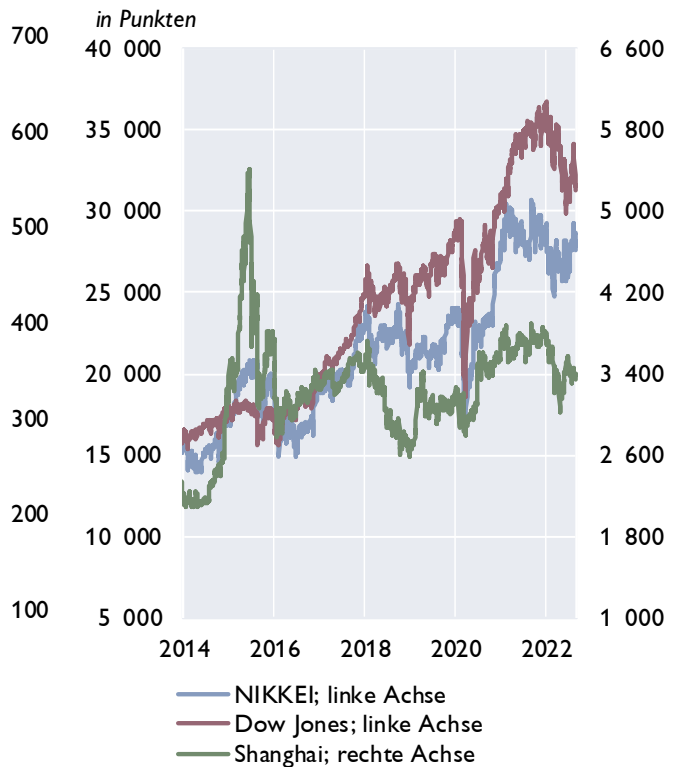
Quelle: Eurostat, EK, IWF, Macrobond, nationale Quellen. Prognosen: EK Mai 2022 und IWF WEO April 2022.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

Aktienkurse - Europa

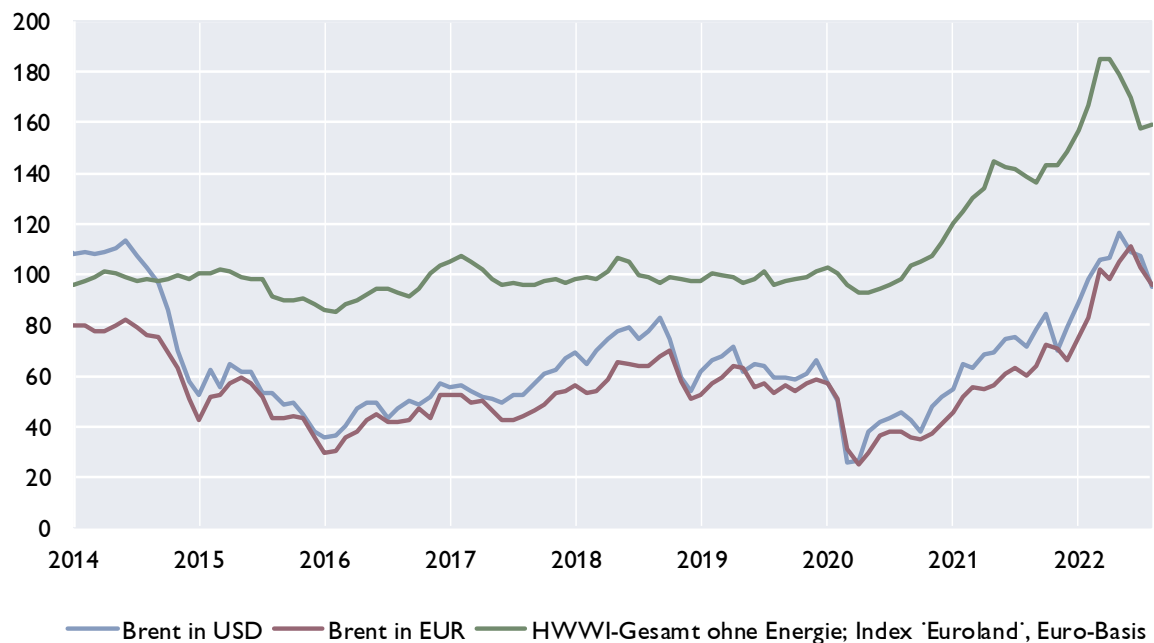


Aktienkurse - International



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2015=100



Quelle: Macrobond.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem			OECD		IWF**)		EU-Kommission*)	
	Juni 2022			Juni 2022		Update Juli 2022 und April 2022		Juli 2022 / Mai 2022	
	2022	2023	2024	2022	2023	2022	2023	2022	2023
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>									
BIP, real	2,8	2,1	2,1	2,6	1,6	2,6	1,2	2,6	1,4
Privater Konsum, real	3,1	2,0	1,5	2,6	1,5	4,0	3,3	3,2	2,6
Öffentlicher Konsum, real	0,6	-0,5	1,1	0,8	0,4	0,7	0,8	0,8	0,5
Bruttoanlageinvestitionen, real	2,8	3,1	3,4	4,8	3,2	2,8	2,7	3,1	3,5
Exporte, real	3,9	4,2	3,7	x	x	x	x	5,1	4,7
Importe, real	4,1	3,5	3,4	x	x	x	x	5,1	4,8
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>									
BIP Deflator	x	x	x	4,4	3,8	3,2	2,4	3,9	3,1
HVPI	6,8	3,5	2,1	7,0	4,6	7,3	3,9	7,6	4,0
Lohnstückkosten	3,3	2,7	2,0	x	x	1,6	1,5	2,3	2,1
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>									
Beschäftigte	1,9	0,5	0,4	x	x	1,2	0,5	1,3	0,8
<i>in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition</i>									
Arbeitslosenquote	6,8	6,8	6,7	7,1	7,4	7,3	7,1	7,3	7,0
<i>in % des nominellen BIP</i>									
Leistungsbilanz	0,3	0,3	0,4	2,2	2,0	1,8	2,2	2,4	2,9
Öffentliches Defizit	-3,8	-2,6	-2,4	-4,1	-3,0	-4,3	-2,5	-3,7	-2,5
<i>Prognoseannahmen</i>									
Erdölpreis in USD/Barrel	105,8	93,4	84,3	107,4	121,9	103,9	91,1	108,2	95,6
Kurzfristiger Zinssatz in % USD/EUR	0,00	1,30	1,60	-0,2	0,9	-0,7	0,0	0,3	2,2
	1,07	1,05	1,05	1,07	1,05	1,11	1,13	1,06	1,05
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>									
BIP, real USA	x	x	x	2,5	1,2	2,3	1,0	2,9	2,3
BIP, real Welt ¹	3,0	3,4	3,6	3,0	2,8	3,2	2,9	3,0	3,3
Welthandel ¹	4,3	3,1	3,7	4,9	3,9	5,0	4,4	4,1	3,6

¹ EZB und EK: BIP real Welt (ohne EA), Welthandel (ohne EA, Weltimporte).

*) EU-Kommission: fett unterlegte Werte aus der Sommerprognose vom Juli 2022; restliche Daten Mai 2022.

**) IWF: fett unterlegte Werte aus dem WEO Update vom Juli 2022; restliche Daten April 2022.

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2020	2021	2021	2021	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022
			Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Mai	Jun	Jul	Aug
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>										
HVPI gesamt	0,3	2,6	2,8	4,6	6,1	8,0	..	8,1	8,6	8,9	9,1
Keminflation	0,7	1,5	1,4	2,4	2,7	3,7	..	3,8	3,7	4,0	4,3
BIP-Deflator des privaten Konsums	0,5	2,3	2,7	3,8	4,7	x	x	x	x
Lohnstückkosten (nominell)	4,7	-0,2	1,7	1,2	2,0	x	x	x	x
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	-0,6	4,1	3,4	3,6	4,5	x	x	x	x
Arbeitsproduktivität (nominell)	-4,9	4,1	1,7	2,4	2,5	x	x	x	x
Produzentenpreis (Industrie)	-2,6	12,3	14,0	24,0	33,1	36,5	..	36,2	36,0	37,9	..
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	100,0	137,6	139,0	144,8	170,1	177,5	..	178,9	169,6	158,0	..
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	37,9	59,9	62,1	69,7	86,7	104,7	..	105,2	110,9	103,0	96,2
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	43,4	70,8	73,1	79,6	97,6	111,5	..	111,3	117,1	104,8	97,4
	<i>Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)</i>										
BIP real	-6,3	5,3	2,3	0,4	0,5	0,6	..	x	x	x	x
Privater Konsum	-7,8	3,6	4,6	-0,2	-0,4	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	0,9	3,9	0,2	0,3	-0,2	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	-6,4	3,9	-0,7	3,6	-0,5	x	x	x	x
	<i>Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)</i>										
Binnennachfrage (ohne Lager)	-5,4	3,6	2,2	0,7	-0,4	x	x	x	x
Nettoexporte	-0,5	1,3	0,4	-0,7	0,4	x	x	x	x
Veränderung der Lagerhaltung	-0,5	0,4	-0,2	0,4	0,5	x	x	x	x
	<i>Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)</i>										
Handelsbilanz	233,9	122,1	30,3	-8,8	-54,3	-86,1	..	-28,4	-24,6
Leistungsbilanz	209,8	294,8	69,8	26,6	22,5	-7,0	..	-6,9	4,2
Leistungsbilanz in % des BIP	1,8	2,4	2,2	0,8	0,7	x	x	x	x
	<i>Ausgewählte Indikatoren</i>										
Economic Sentiment Indicator	88,3	110,8	117,5	115,8	111,1	104,2	..	104,6	103,5	98,9	97,6
Industrievertrauen (Saldo)	-13,3	9,3	13,6	13,8	11,9	7,0	..	6,2	7,0	3,4	1,2
Markt Einkaufsmanagerindex (Industrie)	48,6	60,2	60,9	58,2	57,8	54,1	..	54,6	52,1	49,8	49,6
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	89,3	97,3	99,9	96,6	95,3	92,4	..	93,1	92,2	88,6	88,5
Ind. Produktion o. Bau (Ver. z. VJP in %)	-7,7	8,0	5,7	0,4	-0,2	0,6	..	1,6	2,6
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-14,2	-7,4	-4,2	-7,6	-13,7	-22,3	..	-21,2	-23,7	-27,0	-24,9
Einzelhandelsumsätze (Ver. z. VJP in %)	-0,9	5,1	2,4	4,1	5,2	0,4	..	0,3	-3,3
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	74,5	81,4	83,0	82,7	82,4	82,5	82,4	x	x	x	x
	<i>Arbeitsmarktentwicklung</i>										
Arbeitslose in % der Beschäftigten ¹	8,0	7,7	7,5	7,1	6,8	6,7	..	6,7	6,7	6,6	..
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	-1,6	1,2	1,0	0,4	0,6	0,3	..	x	x	x	x
	<i>Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)</i>										
Geldmenge M3	12,2	6,9	7,6	6,9	6,2	5,7	..	5,8	5,7	5,5	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	5,9	5,7
Buchkredite an den privaten Sektor	3,5	4,3	4,3	4,3	4,4	4,6	..	4,5	4,6	4,5	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	..	0,00	0,00	0,50	0,50
3-Monats Zinssatz (%)	-0,43	-0,55	-0,55	-0,57	-0,53	-0,35	..	-0,39	-0,24	0,04	0,39
10-Jahres Zinssatz (%)	0,21	0,20	0,14	0,31	0,84	1,96	..	1,87	2,44	2,09	2,06
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	0,64	0,75	0,69	0,88	1,37	2,31	..	2,26	2,68	2,06	..
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro) ²	125,6	87,1	82,5	89,0	114,3	144,7	..	146,4	162,5	172,1	..
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	360,0	448,0	462,6	469,9	447,7	413,8	..	413,5	399,6	390,4	408,5
Wechselkurs USD je EUR	1,14	1,18	1,18	1,14	1,12	1,07	..	1,06	1,06	1,02	1,01
nom. effekt. Wechselkurs des EUR ³	99,6	99,6	99,5	97,7	96,4	95,6	..	95,6	95,9	94,1	93,6
real effektiver Wechselkurs des EUR ³	93,5	93,4	93,2	91,8	91,4	90,2	..	90,3	90,5	89,0	88,7
	<i>Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP</i>										
Budgetsalden	-7,1	-5,1	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Staatsschuldenquoten	99,2	97,4	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Macrobond, HWWI, Markit, ifo.

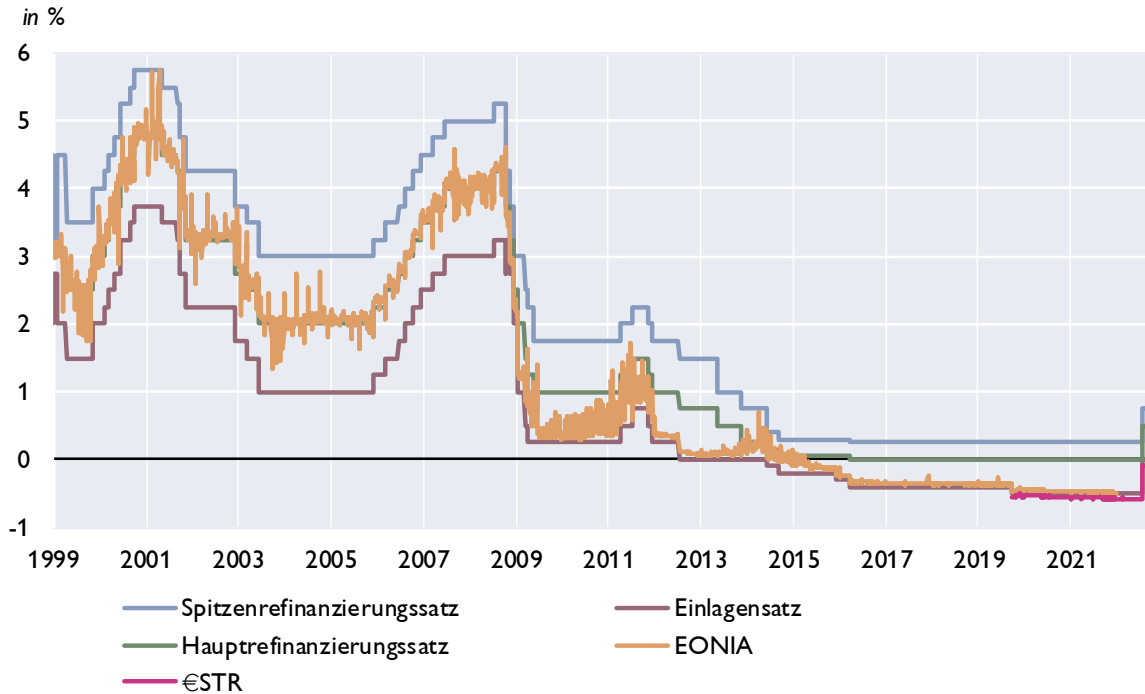
¹ ILO-Definition.

² Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch).

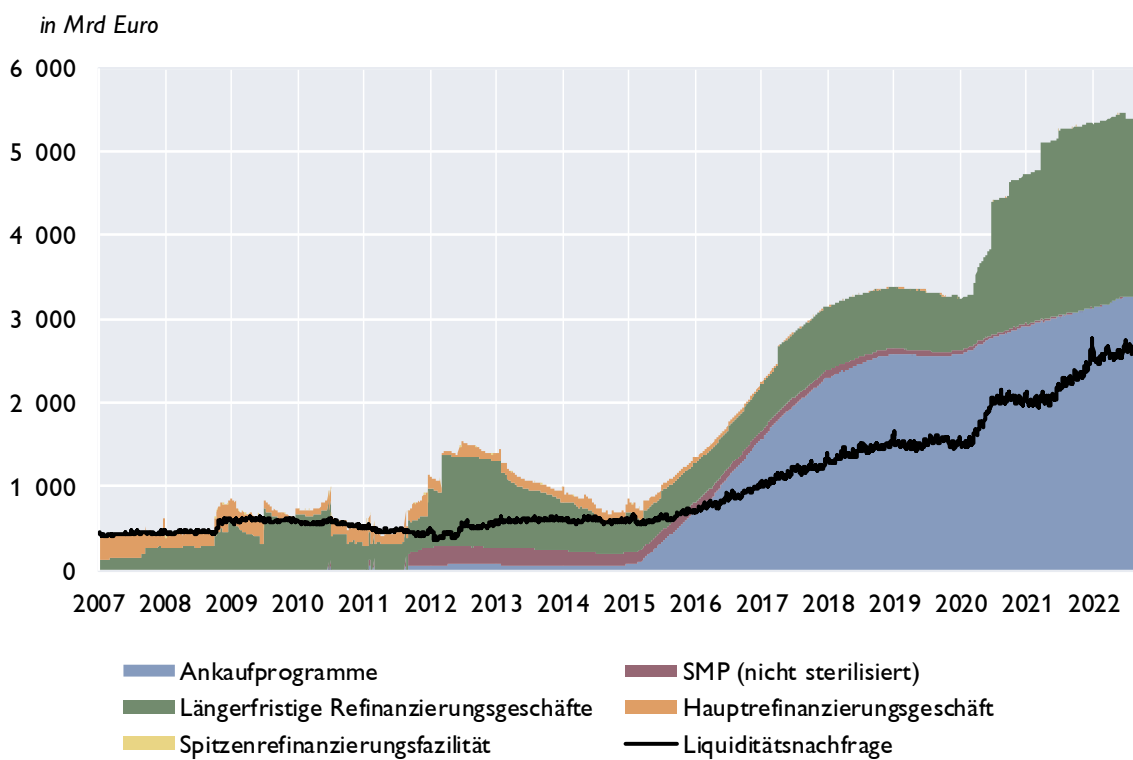
³ Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100).

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

EZB-Leitzinssätze und Euro-Tagesgeldzinsen



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

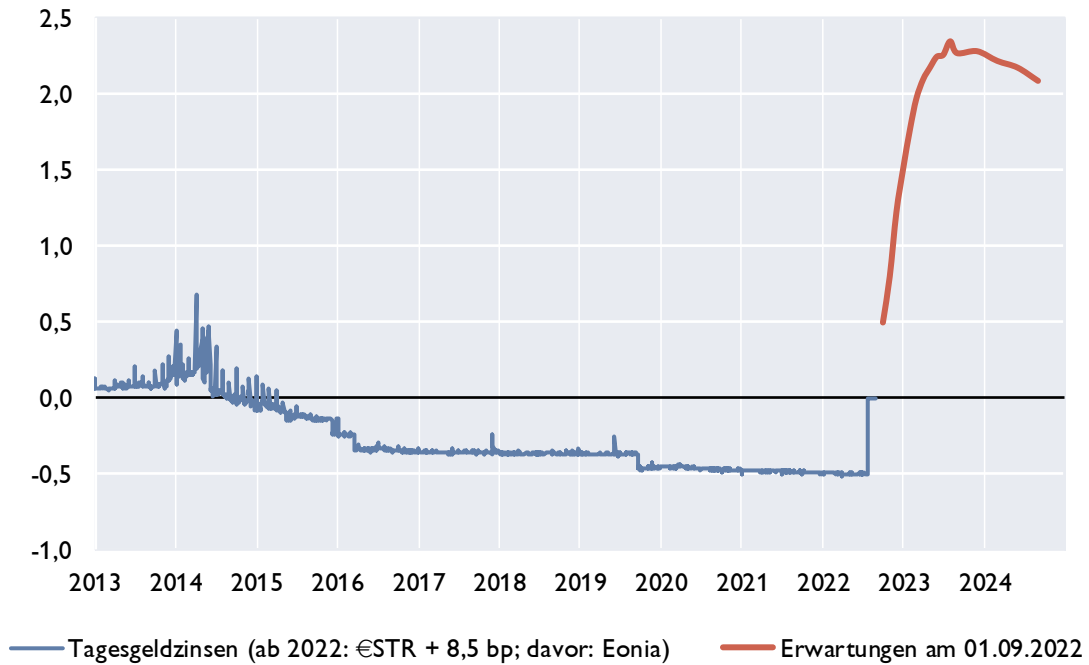


Quelle: EZB, OeNB, Macrobond.

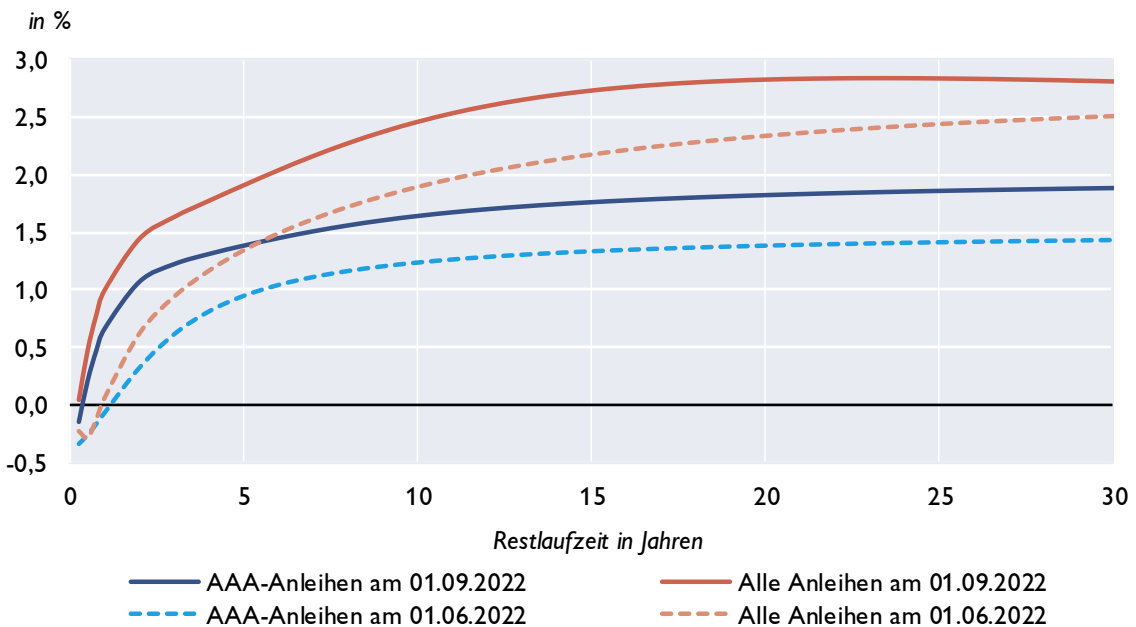
Euroraum: Zinserwartungen

Markterwartungen über den Verlauf der Euro-Tagesgeldzinsen

berechnet aus Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für Staatsanleihen im Euroraum

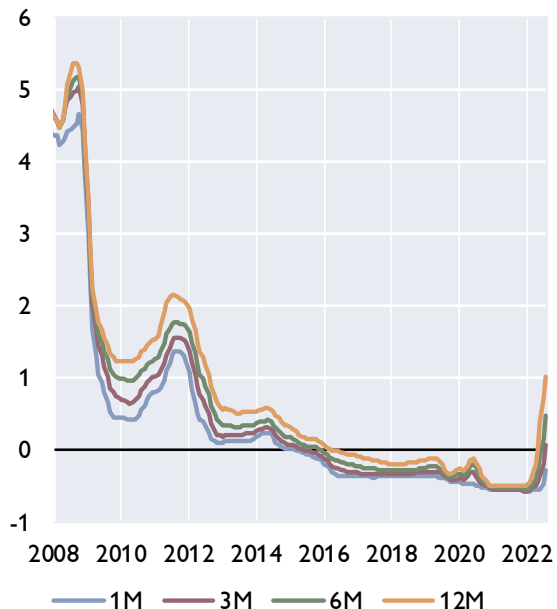


Quelle: EZB, Macrobond, eigene Berechnungen.

Euroraum: Geldmarktzinsen und Renditen von Staatsanleihen

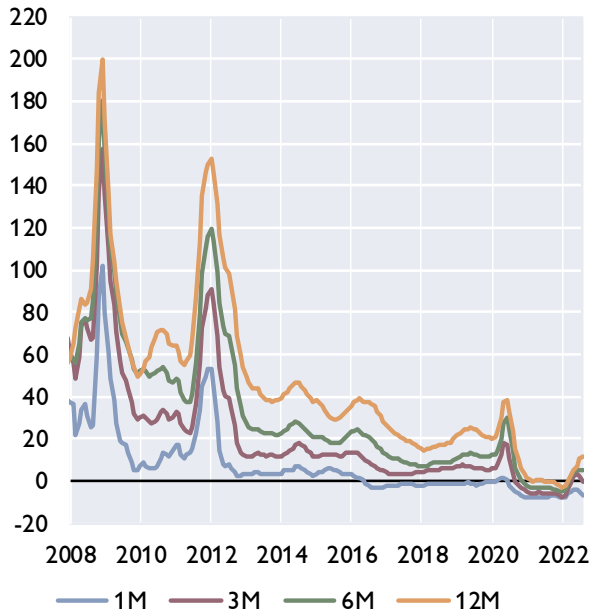
Euribor-Sätze

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



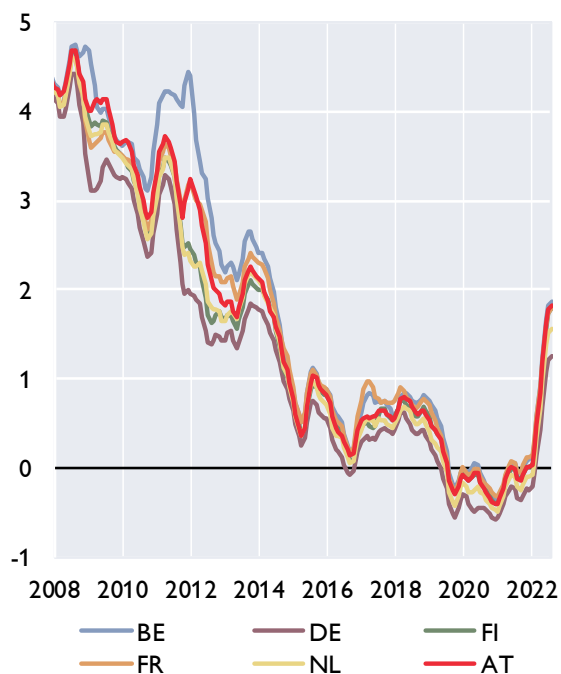
Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus Overnight Index Swap in Basispunkten, Durchschnitt der letzten drei Monate



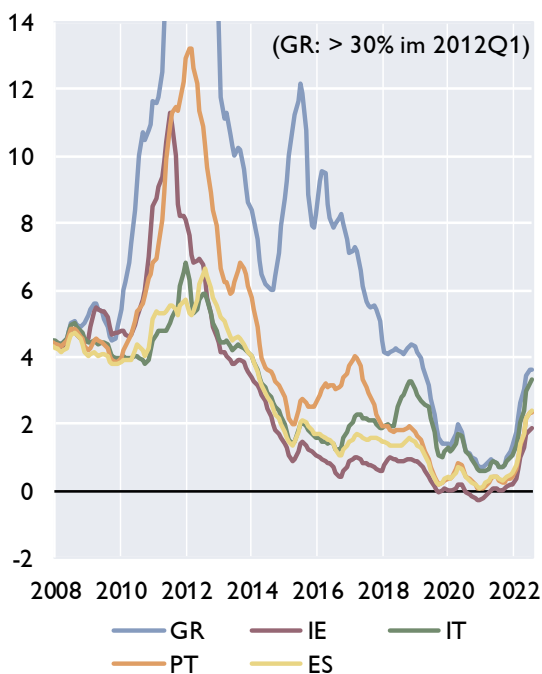
Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, Niedrigzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, (ehemalige) Hochzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate

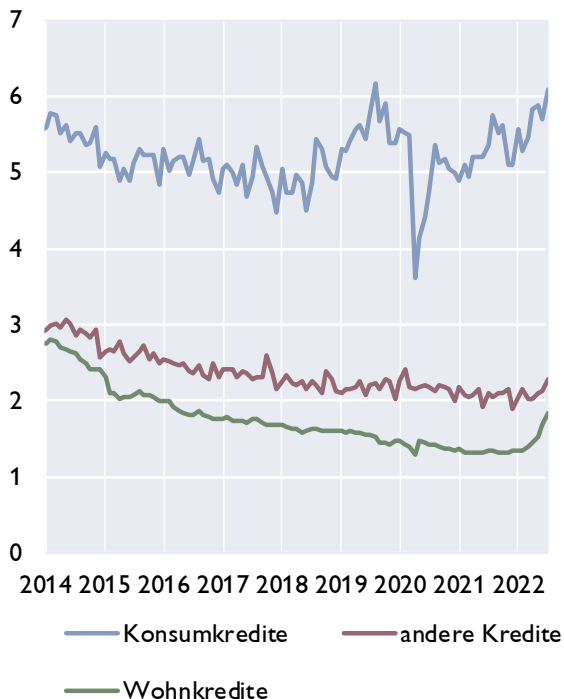


Quelle: EZB, Macrobond.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

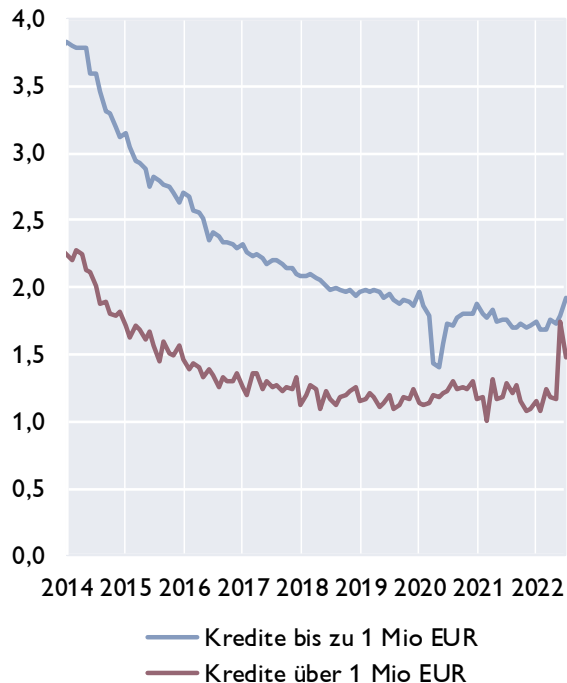
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



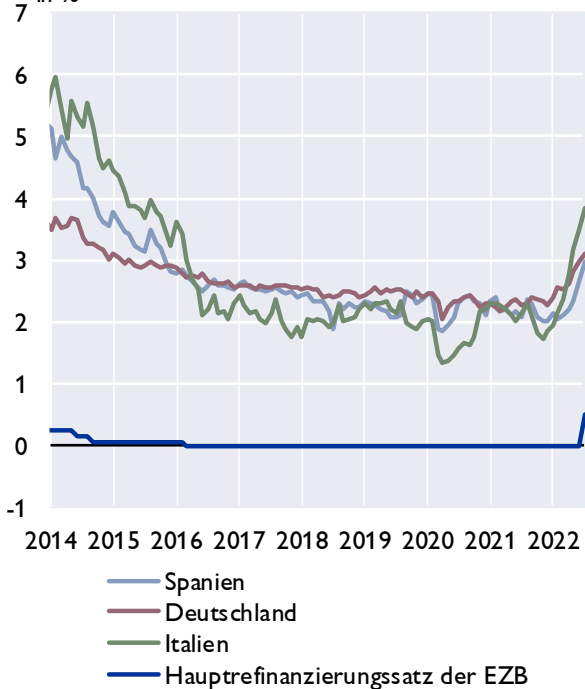
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



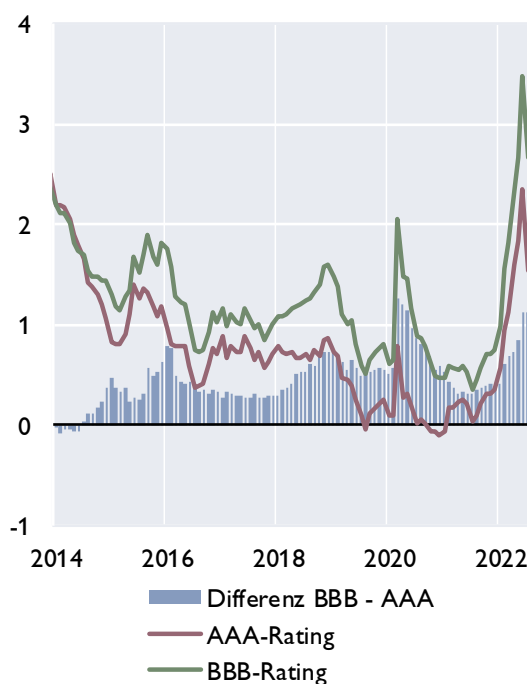
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Anleihen nicht-finanzieller Unternehmen

in %

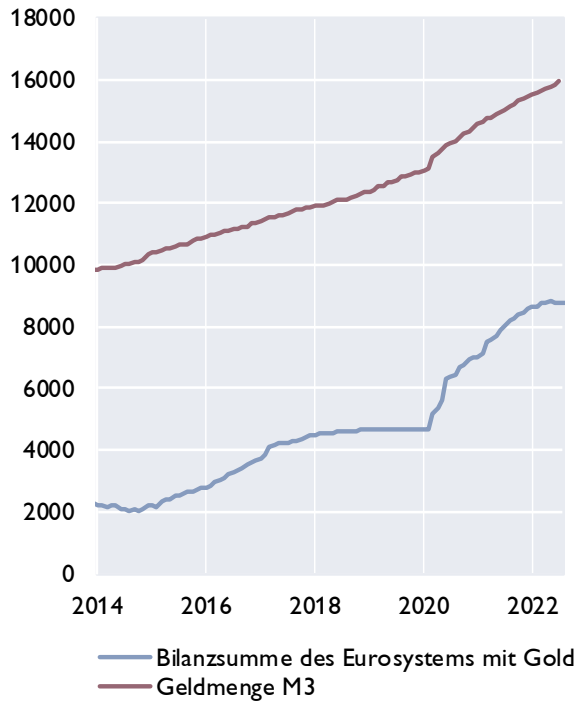


Quelle: Macrobond, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

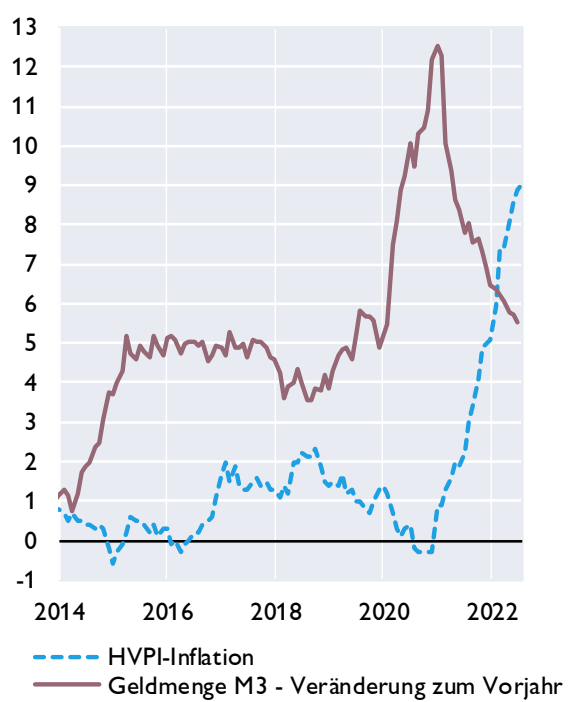
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3

in Mrd EUR



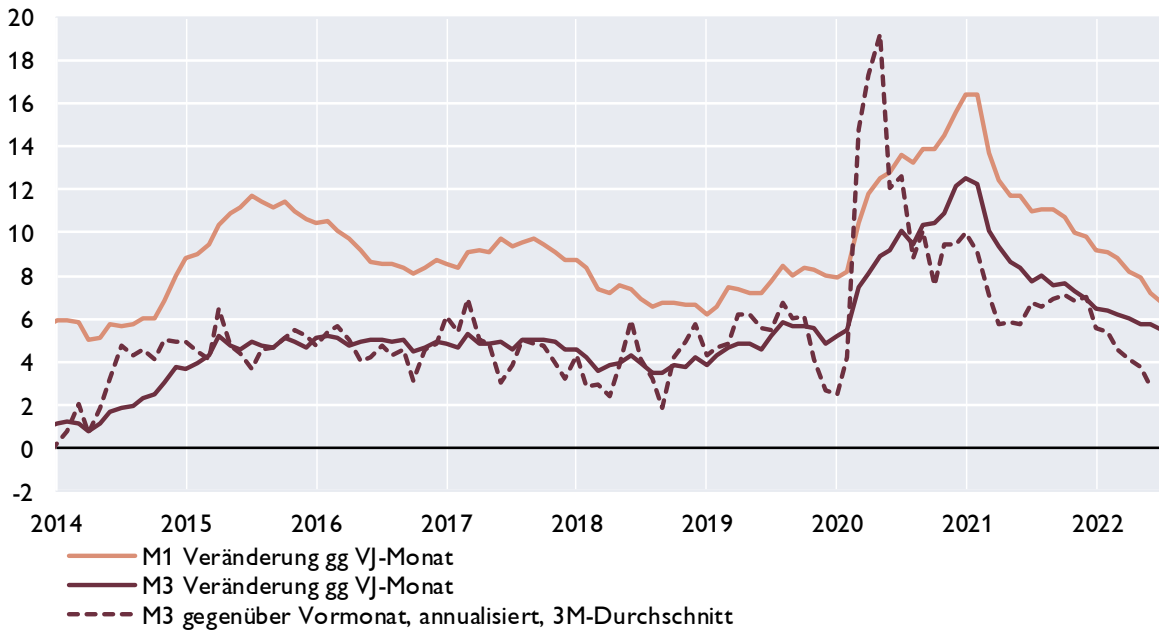
Geldmenge M3 und Inflation

in %



Geldmenge M1 und M3

in %



Quelle: EZB, Eurostat, Macrobond.

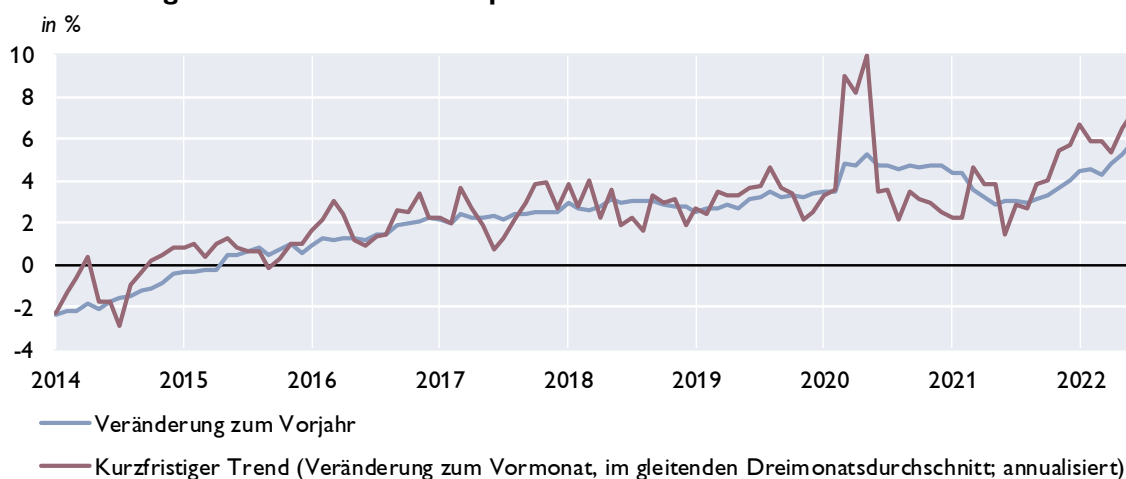
Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

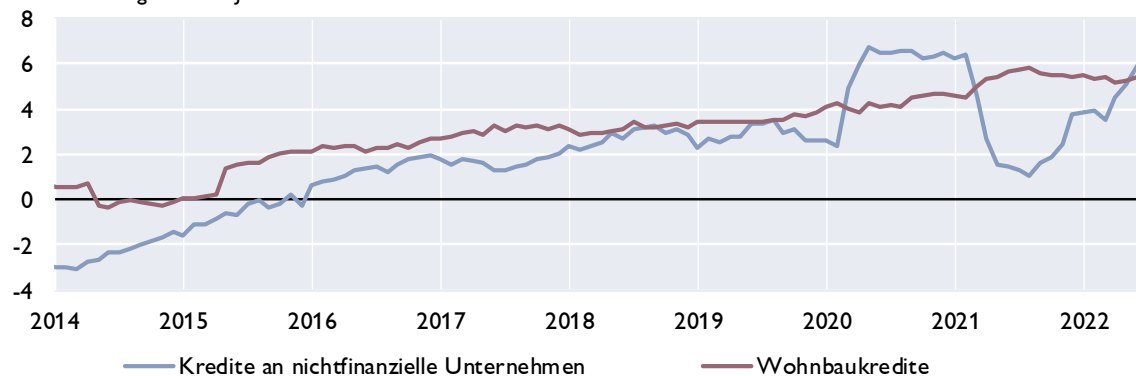
arbeitstägig und saisonal bereinigt		2020	2021	Feb.22	Mär.22	Apr.22	Mai.22	Jun.22	Jul.22
Aktiva	Kredite	9,6	6,1	6,2	5,9	6,2	6,0	6,2	5,8
	Kredite an öffentliche Haushalte	22,2	11,3	10,7	10,1	9,6	8,9	8,5	7,0
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	5,4	3,9	4,3	4,2	4,7	4,8	5,2	5,2
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor ¹⁾	4,7	4,0	4,6	4,3	4,8	5,2	5,8	5,9
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	5,8	6,5	6,7	6,4	3,8	4,1	4,6	4,2
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	9,0	10,8	12,1	11,4	9,5	10,9	10,0	9,8
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	-0,5	-0,5	-0,6	-0,7	-0,1	0,0	0,0	-0,2

Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor¹⁾



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



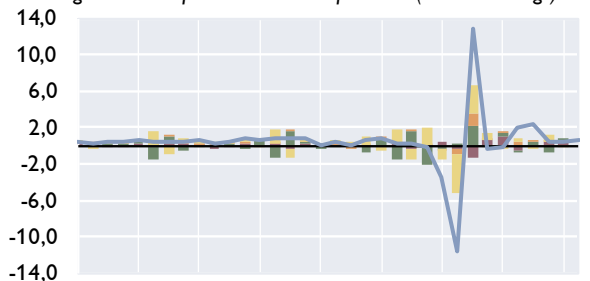
Quelle: EZB.

¹⁾ Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.

Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

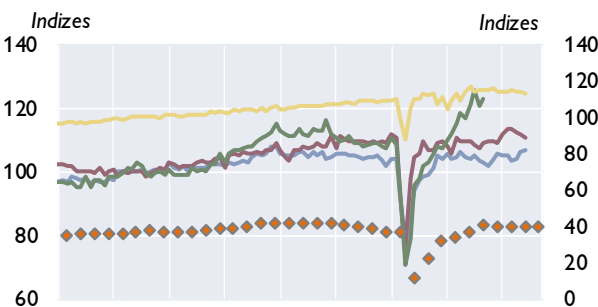
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



2014 2015 2016 2017 2018 2019 2020 2021 2022

- Bruttoanlageinvestitionen
- Nettoexporte
- BIP-Wachstum
- Öffentlicher Konsum
- Vorratsverä. u. Statist.Diff.

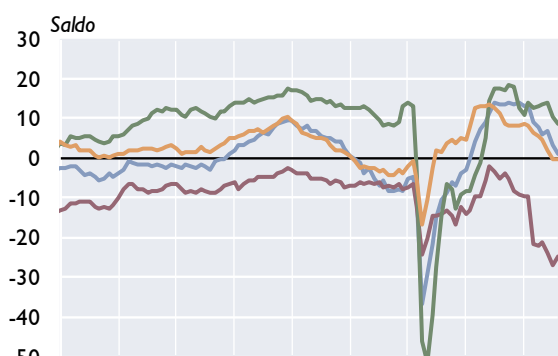
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



2014 2015 2016 2017 2018 2019 2020 2021 2022

- Industrielle Produktion
- Auftragseingänge
- Einzelhandelsumsatz; r.A.
- Produktionsvol. Bau
- Kapazitätsauslastung

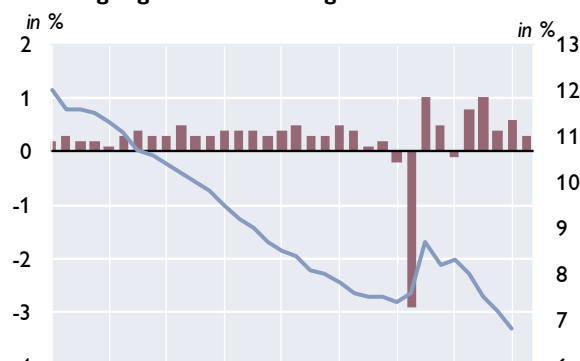
Geschäftsklimaindikatoren



2014 2015 2016 2017 2018 2019 2020 2021 2022

- Industrievertrauen
- Dienstleistungsvertrauen
- Konsumentenvertrauen
- Einkaufsmanagerindex

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



2014 2015 2016 2017 2018 2019 2020 2021 2022

- Beschäftigungswachstum gegenüber Vorquartal; I.A.
- Arbeitslosenquote, rechte Achse

Zahlungsbilanz

Salden	2019	2020	2021	2Q21	3Q21	4Q21	1Q22	2Q22
Leistungsbilanz	277,8	217,0	301,5	81,0	90,7	44,3	1,0	-20,1
Güter	307,2	342,5	285,6	86,2	69,7	36,9	-0,2	4,3
Dienstleistungen	36,1	1,4	95,2	25,8	34,3	19,1	29,5	42,0
Einkommen	82,6	31,4	78,3	0,9	20,8	28,4	13,8	-29,4
Laufende Transfers	-148,1	-158,3	-157,5	-31,8	-34,1	-40,1	-42,0	-37,0
Vermögensübertragungen	-26,9	-3,1	41,3	9,2	13,9	12,9	7,3	8,1
Kapitalbilanz	244,3	194,7	341,9	120,1	83,2	27,2	13,9	8,0
Direktinvestitionen	86,1	-200,8	292,0	6,8	106,9	52,6	26,0	69,8
Portfolioinvestitionen	-104,9	538,3	427,3	171,3	56,0	118,2	-32,6	48,4
Finanzderivate	7,7	29,7	69,7	-2,3	24,1	44,6	-5,3	0,1
Sonstige Investitionen	249,5	-185,6	-577,2	-62,8	-226,9	-191,1	26,2	-112,6
Währungsreserven	6,0	13,0	130,2	7,1	123,1	2,9	-0,4	2,3
Statistische Differenz	-6,7	-19,3	-0,9	29,9	-21,4	-30,0	5,6	20,0
Leistungsbilanz in % des BIP ¹	2,4	1,8	2,3	2,9	2,2	0,8	0,7	..

¹ Quartale: Saisonbereinigte Daten.

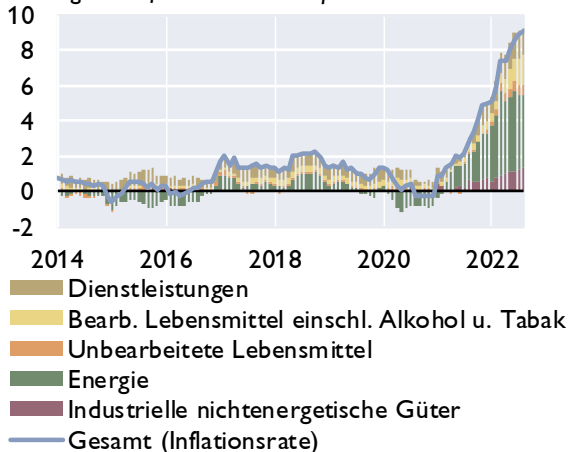
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI		2022	2020	2021	Mai.22	Jun.22	Jul.22	Aug.22
COICOP¹-Verbrauchsgruppen	<i>Gewicht in %</i>	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>						
Gesamt-HVPI	100,0	0,3	2,6	8,1	8,6	8,9	9,1 ^{*)}	
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	16,6	2,0	1,3	8,7	10,4	11,5	..	
Alkoholische Getränke und Tabak	4,3	3,4	2,5	2,7	3,2	3,5	..	
Bekleidung und Schuhe	5,3	0,0	0,9	1,7	0,6	0,0	..	
Wohnung, Wasser, Energie	17,9	-0,8	4,6	16,3	16,9	17,7	..	
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,7	0,5	1,5	5,9	6,5	6,9	..	
Gesundheitspflege	5,1	0,6	0,4	1,3	1,1	1,3	..	
Verkehr	14,6	-2,2	6,3	14,0	14,4	12,7	..	
Nachrichtenübermittlung	3,1	-1,7	-0,4	-0,4	-0,3	-0,8	..	
Freizeit und Kultur	7,9	0,2	1,3	3,6	4,4	4,4	..	
Bildungswesen	1,0	0,5	-0,3	-0,9	-1,0	-0,9	..	
Hotels, Cafes und Restaurants	8,0	1,1	1,6	7,1	7,9	8,3	..	
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	9,7	1,5	1,9	2,6	2,7	3,0	..	

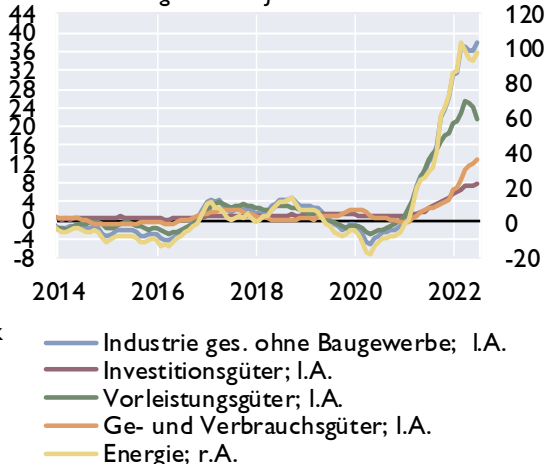
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



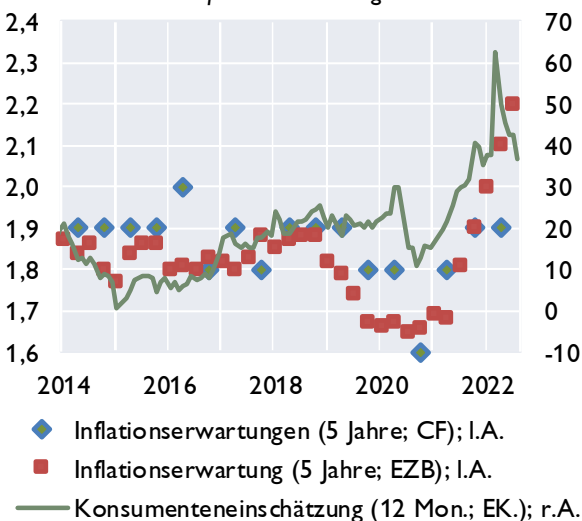
Erzeugerpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



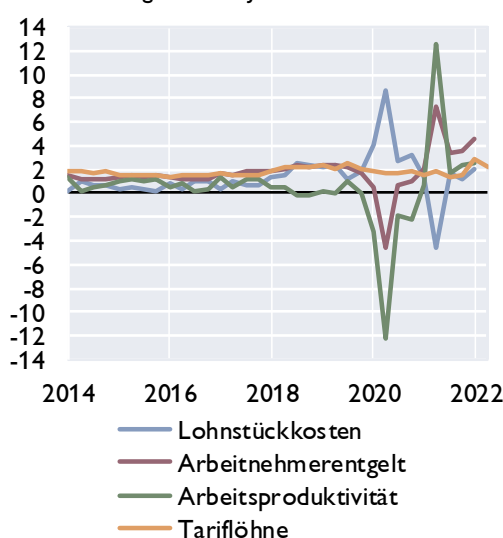
Umfragebasierte Inflationserwartungen

in % Saldo aus positiven und negativen Antworten



Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %



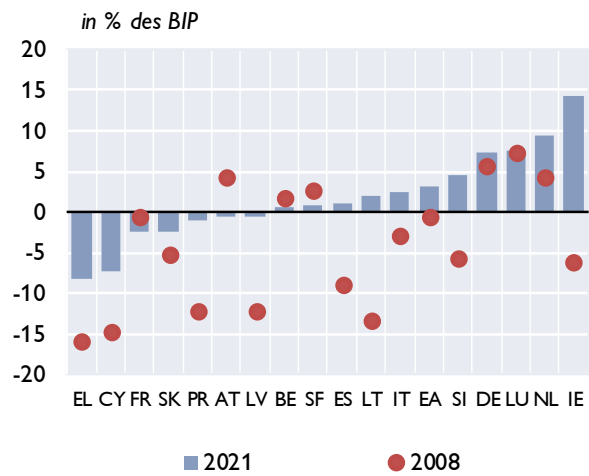
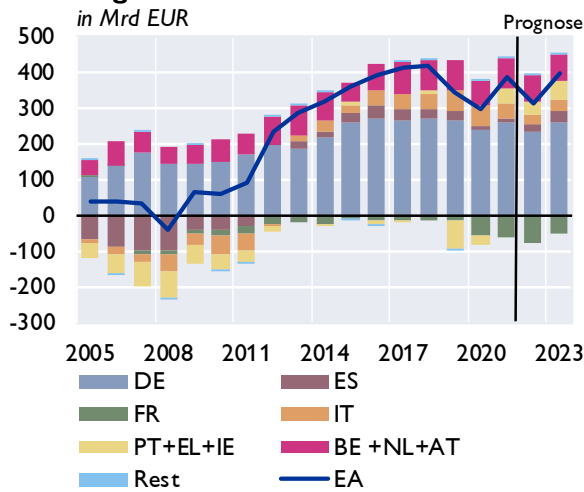
Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts.

¹ Classification of Individual Consumption by Purpose

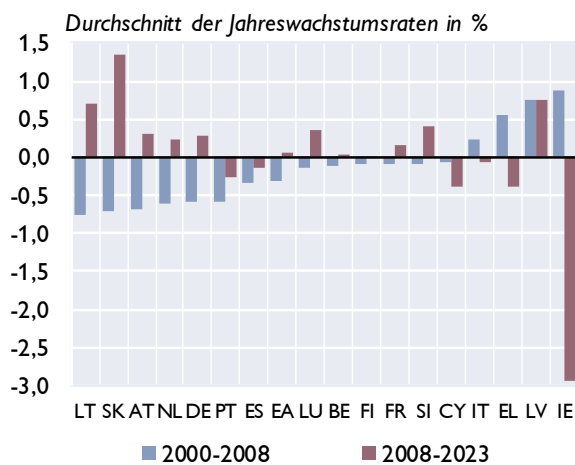
^{*)} Schnellschätzung.

Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

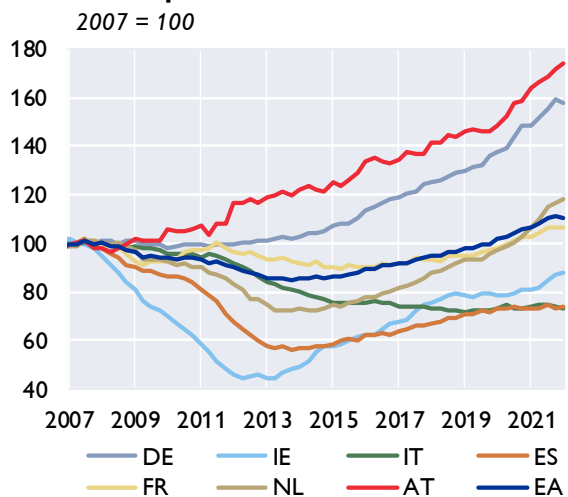
Leistungsbilanzsalden¹



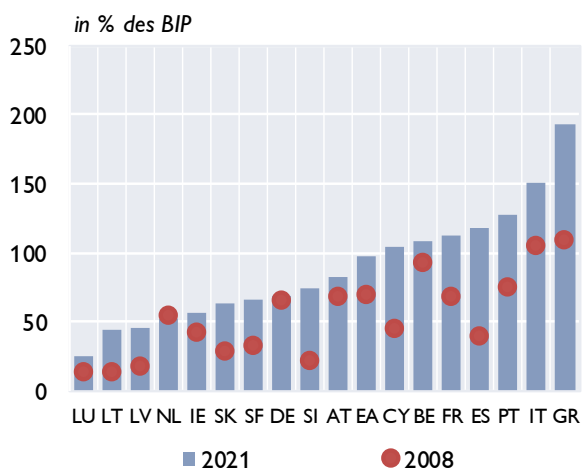
Lohnstückkosten¹



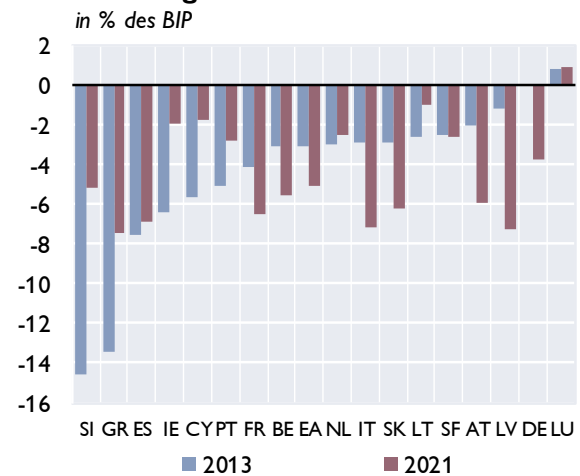
Immobilienpreisindizes



Verschuldung des Gesamtstaates



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates



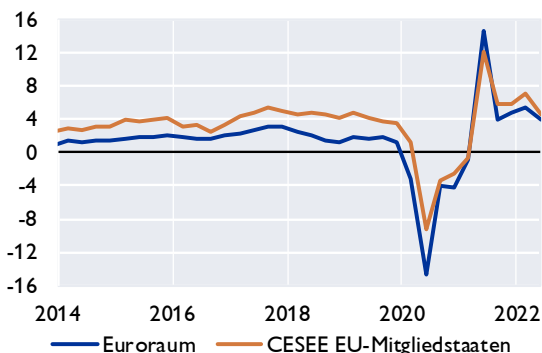
Quelle: Europäische Kommission, Macrobond. - ¹ Prognose: EK-Prognose Mai 2022.

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

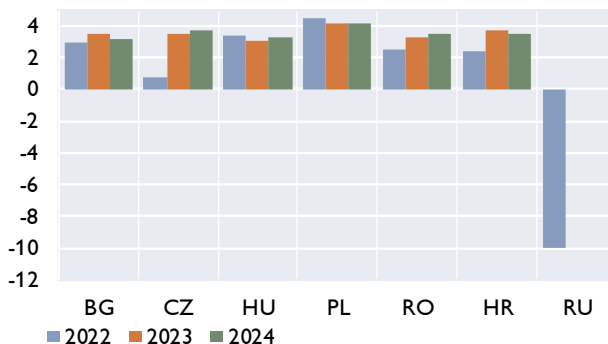
Reales BIP-Wachstum

in % gegenüber der Vorjahresperiode



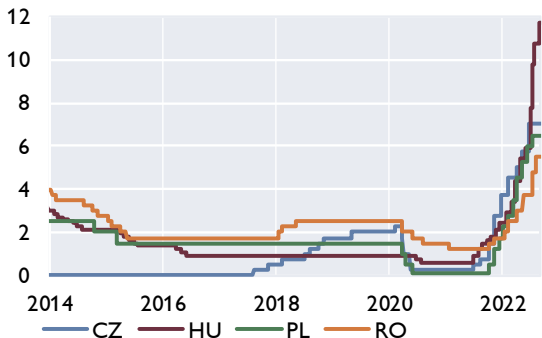
OeNB-BOFIT¹ Prognose April 2022

reales BIP-Wachstum in %



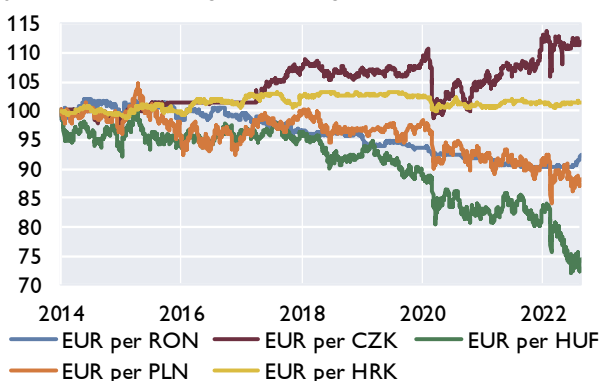
Leitzinsen

in %



Wechselkursentwicklung

Jan. 2014=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT		EU-Kommission		IWF		wiw	
	April 2022		Juli 2022		April 2022		Juli 2022	
	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023
Bulgarien	2,9	3,5	2,8	2,3	3,2	4,5	2,5	3,7
Estland	x	x	1,6	1,9	0,2	2,2	2,1	3,4
Kroatien	2,4	3,7	3,4	2,9	2,7	4,0	3,3	3,5
Lettland	x	x	3,9	2,2	1,0	2,4	2,1	2,4
Litauen	x	x	1,9	2,5	1,8	2,6	1,9	2,8
Polen	4,5	4,1	5,2	1,5	3,7	2,9	4,2	3,6
Rumänien	2,3	3,3	3,9	2,9	2,2	3,4	3,5	3,5
Russland	-10,0	0,0	x	x	-8,5	-2,3	-7,0	-3,0
Slowakei	x	x	1,9	2,7	2,6	5,0	2,2	2,8
Slowenien	x	x	5,4	1,0	3,7	3,0	4,5	3,0
Tschechische Republik	0,7	3,5	2,3	2,0	2,3	4,2	1,8	2,9
Ungarn	3,4	3,0	5,2	2,1	3,7	3,6	3,1	1,5

¹ Bank of Finland Institute for Economies in Transition.

Quelle: Eurostat, OeNB, Macrobond, Europäische Kommission, IWF, wiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Seite 16

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

	Prognose ¹							
	2021	2022	2023	2Q21	3Q21	4Q21	1Q22	2Q22
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	6,2	2,3	1,3	15,2	5,1	5,7	4,9	3,3
Deutschland	2,6	1,4	1,3	10,2	1,8	1,2	3,5	1,7
Estland	8,3	1,6	1,9	13,5	9,2	7,2	4,5	0,3
Irland	13,6	5,3	4,0	19,5	10,2	13,9	11,0	10,8
Griechenland	8,3	4,0	2,4	15,0	11,7	8,1	7,0	..
Spanien	5,1	4,0	2,1	17,8	3,5	5,5	6,3	6,3
Frankreich	6,8	2,4	1,4	18,6	3,6	5,0	4,7	4,2
Italien	6,6	2,9	0,9	17,5	4,0	6,4	6,3	4,7
Zypern	5,5	3,2	2,1	13,2	5,8	6,2	6,0	6,1
Lettland	4,5	3,9	2,2	10,1	4,8	2,8	6,4	2,9
Litauen	5,0	1,9	2,5	8,6	5,3	5,0	4,4	2,6
Luxemburg	6,9	2,6	2,1	12,9	5,1	4,9	4,0	..
Malta	10,4	4,9	3,8	16,3	14,0	11,6	8,1	8,9
Niederlande	4,9	3,0	1,0	10,3	5,5	6,2	6,6	5,4
Österreich	4,8	3,7	1,5	12,9	5,2	6,4	9,3	6,2
Portugal	4,9	6,5	1,9	16,5	4,4	5,9	11,8	7,1
Slowenien	8,1	5,4	1,0	15,6	4,7	10,4	9,4	8,3
Slowakische Republik	3,0	1,9	2,7	10,0	1,2	1,2	3,0	1,6
Finnland	3,0	1,8	1,2	7,2	3,1	3,1	3,7	3,0
Euroraum	5,3	2,6	1,4	14,6	3,9	4,8	5,4	3,9
Bulgarien	4,2	2,8	2,3	7,8	5,1	5,0	4,0	..
Tschechische Republik	3,5	2,3	2,0	9,1	3,8	3,5	4,6	3,7
Dänemark	4,9	3,0	1,2	9,1	3,9	6,7	5,2	3,6
Kroatien	10,2	3,4	2,9	16,7	14,7	10,1	6,8	7,8
Ungarn	7,1	5,2	2,1	17,6	6,5	7,1	8,0	6,5
Polen	5,9	5,2	1,5	11,0	6,1	8,0	9,2	4,7
Rumänien	5,9	3,9	2,9	15,4	6,9	2,4	6,4	5,3
Schweden	5,1	1,3	0,8	9,9	4,1	5,7	4,1	4,1
EU	5,4	2,7	1,5	14,0	4,1	5,0	5,5	4,0
Türkei	11,0	2,0	3,0	22,4	8,1	8,4	7,4	..
Vereinigtes Königreich	7,4	3,4	1,6	24,5	6,9	6,6	8,7	2,9
USA	5,7	2,9	2,3	12,2	4,9	5,5	3,5	1,7
Japan	1,7	1,9	1,8	7,3	1,2	0,5	0,9	1,0
Schweiz	3,7	2,2	2,0	9,6	3,9	3,9	4,5	2,8
Russland	4,7	-10,4	1,5	10,5	4,0	5,0	3,5	..
Brasilien	4,6	0,7	1,5	12,3	4,0	1,6	1,7	3,2
China	8,8	4,6	5,0	7,9	4,9	4,0	4,8	0,4
Indien	8,3	7,4	6,5	20,1	8,4	5,4	4,1	13,5

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, EK, Macrobond.

¹ EK-Prognose: Fett unterlegte Werte Prognose vom Juli 2022 (ausschließlich Werte für die EU); restliche Daten von der Prognose Mai 2022.

Entwicklung der Verbraucherpreise¹

	Prognose ²							
	2021	2022	2023	Apr.22	Mai.22	Jun.22	Jul.22	Aug.22
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	3,2	9,4	2,9	9,3	9,9	10,5	10,4	10,5
Deutschland	3,2	7,9	4,8	7,8	8,7	8,2	8,5	8,8
Estland	4,5	17,0	4,7	19,1	20,1	22,0	23,2	25,2
Irland	2,4	7,3	3,3	7,3	8,3	9,6	9,6	8,9
Griechenland	0,6	8,9	3,5	9,1	10,5	11,6	11,3	11,1
Spanien	3,0	8,1	3,4	8,3	8,5	10,0	10,7	10,3
Frankreich	2,1	5,9	4,1	5,4	5,8	6,5	6,8	6,5
Italien	1,9	7,4	3,4	6,3	7,3	8,5	8,4	9,0
Zypern	2,3	7,0	3,3	8,6	8,8	9,0	10,6	9,6
Lettland	3,2	15,5	6,0	13,1	16,8	19,2	21,3	20,8
Litauen	4,6	17,0	5,1	16,6	18,5	20,5	20,9	21,1
Luxemburg	3,5	8,5	3,0	9,0	9,1	10,3	9,3	8,6
Malta	0,7	5,6	3,3	5,4	5,8	6,1	6,8	7,1
Niederlande	2,8	9,4	3,3	11,2	10,2	9,9	11,6	13,6
Österreich	2,8	7,4	4,4	7,1	7,7	8,7	9,4	9,2
Portugal	0,9	6,8	3,6	7,4	8,1	9,0	9,4	9,4
Slowenien	2,0	7,6	4,9	7,4	8,7	10,8	11,7	11,5
Slowakische Republik	2,8	10,5	8,2	10,9	11,8	12,6	12,8	13,3
Finnland	2,1	6,4	2,8	5,8	7,1	8,1	8,0	7,6
Euroraum	2,6	7,6	4,0	7,4	8,1	8,6	8,9	9,1
Bulgarien	2,8	12,5	6,8	12,1	13,4	14,8	14,9	..
Tschechische Republik	3,3	13,9	5,8	13,2	15,2	16,6	17,3	..
Dänemark	1,9	7,5	3,4	7,4	8,2	9,1	9,6	..
Kroatien	2,7	8,2	3,6	9,6	10,7	12,1	12,7	..
Ungarn	5,2	11,8	7,6	9,6	10,8	12,6	14,7	..
Polen	5,2	12,2	9,0	11,4	12,8	14,2	14,2	..
Rumänien	4,1	11,1	7,2	11,7	12,4	13,0	13,0	..
Schweden	2,7	6,6	3,6	6,6	7,5	8,9	8,3	..
EU	2,9	8,3	4,6	8,1	8,8	9,6	9,8	..
Türkei	19,6	63,1	54,1	70,0	73,5	78,6	79,5	..
Vereinigtes Königreich	2,6	7,0	3,6	9,0	9,1	9,4	10,1	..
USA	4,7	7,3	3,1	8,2	8,5	9,0	8,5	..
Japan	-0,2	1,6	1,5	2,5	2,5	2,4	2,6	..
Schweiz	0,5	2,3	1,2	2,3	2,7	3,2	3,3	..
Russland	6,7	20,5	10,0	17,9	17,1	15,9	15,1	..
Brasilien	8,3	8,2	5,1	12,1	11,7	11,9	10,1	..
China ³	0,9	2,8	2,6	2,1	2,1	2,5	2,7	..
Indien	4,9	6,1	4,8	6,3	7,0	6,2	5,8	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter.

¹ EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.

² EK-Prognose: Fett unterlegte Werte Prognose vom Juli 2022 (ausschließlich Werte für die EU); restliche Daten von der Prognose Mai 2022; Brasilien u. Indien: IWF WEO Update April 2022.

³ China Prognose: GDP-Deflator.

Arbeitslosenquoten¹

	2021	Prognose ²		Mär.22	Apr.22	Mai.22	Jun.22	Jul.22
		2022	2023					
	in %							
Belgien	6,3	5,8	5,6	5,4	5,6	5,8	5,9	5,9
Deutschland	3,6	3,3	3,2	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9
Estland	6,2	6,8	6,9	5,5	5,5	5,8	5,9	5,8
Irland	6,2	4,6	5,0	5,0	4,6	4,2	4,3	4,2
Griechenland	14,7	13,7	13,1	12,8	12,5	12,5	12,3	11,4
Spanien	14,8	13,4	13,0	13,2	12,9	12,6	12,6	12,6
Frankreich	7,9	7,6	7,6	7,4	7,5	7,6	7,6	7,5
Italien	9,5	9,5	8,9	8,3	8,2	8,0	8,0	7,9
Zypern	7,5	7,8	7,3	6,5	6,8	6,9	7,4	8,0
Lettland	7,6	7,3	7,1	6,7	6,6	6,5	6,4	6,5
Litauen	7,1	7,2	7,2	6,1	5,4	5,4	5,4	5,2
Luxemburg	5,3	5,2	5,1	4,4	4,2	4,2	4,2	4,3
Malta	3,5	3,6	3,6	3,0	3,0	3,0	2,9	2,9
Niederlande	4,2	4,0	4,2	3,3	3,2	3,3	3,4	3,6
Österreich	6,2	5,0	4,8	4,3	4,4	4,7	4,2	4,6
Portugal	6,6	5,7	5,5	5,8	5,9	6,0	6,0	5,9
Slowenien	4,8	4,8	4,6	4,1	4,4	4,5	4,4	4,2
Slowakische Republik	6,8	6,7	6,3	6,3	6,3	6,3	6,2	6,2
Finnland	7,7	7,2	6,9	6,5	6,2	6,1	6,8	7,1
Euroraum	7,7	7,3	7,0	6,8	6,7	6,7	6,7	6,6
Bulgarien	5,3	5,4	5,3	4,6	4,4	4,5	4,5	4,6
Tschechische Republik	2,8	2,6	2,6	2,3	2,5	2,5	2,4	2,3
Dänemark	5,1	4,8	4,7	4,4	4,3	4,4	4,6	4,6
Kroatien	7,6	6,3	6,0	6,4	6,3	6,2	6,3	6,4
Ungarn	4,1	3,8	4,0	3,3	3,4	3,5	3,0	3,5
Polen	3,4	4,1	3,9	2,7	2,7	2,7	2,6	2,6
Rumänien	5,6	5,5	5,3	5,6	5,5	5,5	5,4	5,2
Schweden	8,8	7,8	7,0	7,6	7,8	7,7	7,6	7,0
EU	7,0	6,7	6,5	6,2	6,1	6,1	6,1	6,0
Türkei	12,0	12,9	12,7	11,0	10,9	10,6	10,3	..
Vereinigtes Königreich	4,5	4,0	4,0	3,8	3,8	3,8
USA	5,4	3,6	3,5	3,6	3,6	3,6	3,6	3,5
Japan	2,8	2,8	2,7	2,6	2,5	2,6	2,6	2,6
Schweiz	3,0	4,6	4,2	2,3	2,2	2,2	2,2	2,2
Russland	4,8	5,9	5,6	4,1	4,0	3,9	3,9	3,9
Brasilien	13,5	13,7	12,9	11,1	10,5	9,8	9,3	9,1
China	5,1	3,7	3,6	5,8	6,1	5,9	5,5	5,4
Indien	7,8	x	x	7,6	7,8	7,1	7,8	6,8

Quelle: Eurostat, Macrobond, EK, IWF.

¹ EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.

² EK-Prognose Mai 2022; BR, CN: IWF-Prognose April 2022.

Leistungsbilanzsalden

	Prognose ¹									
	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
<i>in % des BIP</i>										
Belgien	1,5	1,4	0,6	0,7	-0,8	0,1	0,8	0,6	-1,1	-0,6
Deutschland	7,4	8,7	8,7	8,0	8,1	7,6	7,1	7,2	6,1	6,5
Estland	0,7	1,8	1,2	2,3	0,8	2,5	-0,3	-0,7	1,3	2,3
Irland	1,1	4,4	-4,2	0,5	4,9	-19,9	-2,7	14,3	12,8	13,1
Griechenland	-1,3	-1,4	-2,3	-2,1	-3,5	-2,4	-7,9	-8,3	-8,4	-6,4
Spanien	1,7	2,0	3,2	2,8	1,9	2,1	0,8	1,0	1,8	2,1
Frankreich	-1,2	-0,5	-0,6	-0,7	-0,7	-0,7	-2,6	-2,4	-3,0	-2,0
Italien	1,9	1,4	2,6	2,6	2,5	3,2	3,7	2,5	1,2	1,6
Zypern	-4,1	-0,4	-4,2	-5,0	-3,9	-5,7	-10,1	-7,2	-8,8	-7,2
Lettland	-1,6	-0,6	1,6	1,3	-0,2	-0,7	2,9	-0,5	-3,9	-3,2
Litauen	3,5	-2,5	-1,1	0,5	0,3	3,5	7,3	2,0	-1,8	-2,1
Luxemburg	5,3	-1,0	1,8	3,0	3,0	-2,4	3,7	7,5	5,9	5,5
Malta	5,7	2,7	3,7	10,9	10,7	7,6	1,4	4,1	1,9	1,9
Niederlande	9,5	6,3	8,1	10,8	10,8	9,4	7,0	9,5	8,7	8,7
Österreich	2,5	1,9	2,9	1,5	1,0	2,2	1,9	-0,5	-1,0	-0,8
Portugal	-0,1	-0,0	0,6	1,0	0,3	0,1	-1,2	-1,1	-1,7	-0,7
Slowenien	5,1	3,9	4,8	6,4	6,1	6,1	7,6	4,4	1,7	2,6
Slowakische Republik	2,5	-0,6	-2,0	-0,9	-0,3	-2,0	-0,8	-2,4	-4,3	-4,1
Finnland	-1,4	-0,8	-2,0	-0,8	-1,8	-0,3	0,7	0,7	0,2	0,4
Euroraum	3,1	3,4	3,6	3,7	3,6	2,9	2,6	3,2	2,4	2,9
Bulgarien	0,4	0,6	5,3	6,1	5,4	1,9	-0,5	-1,1	-1,8	-1,8
Tschechische Republik	-1,3	-1,7	-0,3	0,8	-0,6	-0,9	2,5	-2,3	-3,7	-3,8
Dänemark	8,9	8,2	7,8	8,0	7,3	8,8	8,1	8,3	7,8	7,7
Kroatien	0,3	3,3	2,2	3,4	1,9	2,8	-0,9	3,3	1,7	0,3
Ungarn	0,5	1,8	4,2	1,6	-0,0	-0,8	-1,1	-2,9	-5,5	-3,5
Polen	-1,9	-0,1	-0,3	-0,3	-1,0	0,8	3,3	1,6	-0,5	-0,2
Rumänien	-0,0	-0,3	-1,2	-3,2	-4,4	-5,3	-5,8	-7,0	-7,5	-7,3
Schweden	4,1	3,1	2,4	2,8	2,6	5,2	6,1	5,5	4,8	5,8
EU	3,0	3,2	3,4	3,5	3,3	2,8	2,7	3,0	2,1	2,6
Türkei	-4,1	-3,0	-3,1	-4,7	-4,7	-4,7	-4,7	-2,2	-3,8	-3,5
Vereinigtes Königreich	-5,1	-5,2	-5,3	-3,6	-3,9	-2,7	-2,5	-2,6	-4,6	-4,9
USA	-2,1	-2,3	-2,2	-1,9	-2,1	-2,2	-2,8	-3,6	-3,9	-3,4
Japan	0,8	3,1	3,9	4,1	3,5	3,4	3,0	3,4	2,5	2,6
Schweiz	8,0	10,0	8,2	6,5	5,7	5,4	2,2	9,0	9,0	9,1
Russland	2,6	4,9	2,0	2,1	7,0	3,9	2,2	6,7	13,7	10,1
Brasilien	-4,1	-3,0	-1,4	-1,1	-2,7	-3,5	-1,7	-1,7	-1,5	-1,6
China	2,2	2,8	1,8	1,5	0,2	0,7	1,9	1,9	1,6	1,5
Indien	-1,3	-1,1	-0,6	-1,8	-2,1	-0,9	0,9	-1,6	-3,1	-2,7

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

¹ EK-Prognose Mai 2022; BR, IN: IWF-Prognose April 2022.

Fiskaldaten

	Budgetsalden						Staatsschulden					
	2018	2019	2020	2021	Prognose ¹		2018	2019	2020	2021	Prognose ¹	
					2022	2023					2022	2023
	<i>in % des BIP</i>											
Belgien	-0,9	-2,0	-9,0	-5,5	-5,0	-4,4	99,8	97,7	112,8	108,2	107,5	107,6
Deutschland	1,9	1,5	-4,3	-3,7	-2,5	-1,0	61,2	58,9	68,7	69,3	66,4	64,5
Estland	-0,6	0,1	-5,6	-2,4	-4,4	-3,7	8,2	8,6	19,0	18,1	20,9	23,5
Irland	0,1	0,5	-5,1	-1,9	-0,5	0,4	63,1	57,2	58,4	56,0	50,3	45,5
Griechenland	0,9	1,1	-10,2	-7,4	-4,3	-1,0	186,4	180,7	206,3	193,3	185,7	180,4
Spanien	-2,6	-3,1	-10,3	-6,9	-4,9	-4,4	100,5	98,3	120,0	118,4	115,1	113,7
Frankreich	-2,3	-3,1	-8,9	-6,5	-4,6	-3,2	97,8	97,4	114,6	112,9	111,2	109,1
Italien	-2,2	-1,5	-9,6	-7,2	-5,5	-4,3	134,4	134,1	155,3	150,8	147,9	146,8
Zypern	-3,6	1,3	-5,8	-1,7	-0,3	-0,2	98,4	91,1	115,0	103,6	93,9	88,8
Lettland	-0,8	-0,6	-4,5	-7,3	-7,2	-3,0	37,1	36,7	43,3	44,8	47,0	46,5
Litauen	0,5	0,5	-7,3	-1,0	-4,6	-2,3	33,7	35,9	46,6	44,3	42,7	43,1
Luxemburg	3,0	2,3	-3,4	0,9	-0,1	0,1	20,8	22,3	24,8	24,4	24,7	25,1
Malta	2,1	0,6	-9,5	-8,0	-5,6	-4,6	43,7	40,7	53,4	57,0	58,5	59,5
Niederlande	1,4	1,7	-3,7	-2,5	-2,7	-2,1	52,4	48,5	54,3	52,1	51,4	50,9
Österreich	0,2	0,6	-8,0	-5,9	-3,1	-1,5	74,1	70,6	83,3	82,8	80,0	77,5
Portugal	-0,3	0,1	-5,8	-2,8	-1,9	-1,0	121,5	116,6	135,2	127,4	119,9	115,3
Slowenien	0,7	0,4	-7,8	-5,2	-4,3	-3,4	70,3	65,6	79,8	74,7	74,1	72,7
Slowakische Republik	-1,0	-1,3	-5,5	-6,2	-3,6	-2,6	49,6	48,1	59,7	63,1	61,7	58,3
Finnland	-0,9	-0,9	-5,5	-2,6	-2,2	-1,7	59,8	59,6	69,0	65,8	65,9	66,6
Euroraum	-0,4	-0,7	-7,1	-5,1	-3,7	-2,5	87,8	85,7	99,2	97,4	94,7	92,7
Bulgarien	1,7	2,1	-4,0	-4,1	-3,7	-2,4	22,1	20,0	24,7	25,1	25,3	25,6
Tschechische Republik	0,9	0,3	-5,8	-5,9	-4,3	-3,9	32,1	30,1	37,7	41,9	42,8	44,0
Dänemark	0,8	4,1	-0,2	2,3	0,9	0,6	34,0	33,6	42,1	36,7	34,9	33,9
Kroatien	-0,0	0,2	-7,3	-2,9	-2,3	-1,8	73,3	71,1	87,3	79,8	75,3	73,1
Ungarn	-2,1	-2,1	-7,8	-6,8	-6,0	-4,9	69,1	65,5	79,6	76,8	76,4	76,1
Polen	-0,2	-0,7	-6,9	-1,9	-4,0	-4,4	48,8	45,6	57,1	53,8	50,8	49,8
Rumänien	-2,8	-4,3	-9,3	-7,1	-7,5	-6,3	34,7	35,3	47,2	48,8	50,9	52,6
Schweden	0,8	0,6	-2,7	-0,2	-0,5	0,5	38,9	34,9	39,6	36,7	33,8	30,5
EU	-0,4	-0,6	-6,8	-4,7	-3,6	-2,5	81,3	79,1	91,7	89,7	87,1	85,2
Türkei	-3,4	-5,1	-5,4	-3,9	-4,5	-4,5	28,0	30,2	32,7	39,8	41,4	39,3
Vereinigtes Königreich	-2,2	-2,3	-12,8	-8,3	-3,9	-2,3	84,5	83,8	102,5	102,8	100,2	98,4
USA	-6,1	-6,4	-15,3	-11,7	-5,7	-4,9	107,0	108,6	132,8	128,8	123,4	122,1
Japan	-2,5	-3,0	-9,0	-9,1	-5,0	-3,9	232,5	236,1	259,0	264,9	265,2	260,9
Schweiz	1,3	1,3	-2,8	-0,7	-0,0	0,5	31,2	25,9	27,9	27,2	26,1	24,7
Russland	3,5	3,7	-3,8	0,8	-0,6	-1,5	13,6	13,8	18,4	13,5	14,6	15,6
Brasilien	-7,0	-5,9	-13,3	-4,4	-7,6	-7,4	85,6	87,9	98,7	93,0	91,9	92,8
China	-4,3	-6,1	-10,7	-6,0	-7,7	-7,1	53,8	57,2	68,1	73,3	77,8	81,8
Indien	-6,4	-7,5	-12,8	-10,4	-9,9	-9,1	70,4	75,1	90,1	86,8	86,9	86,6

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

¹EK-Prognose Mai 2022; BR, CN, IN: IWF-Prognose April 2022.

Prognosen und Konjunktüreinschätzungen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

Aktuelle Prognose	OeNB Konjunktüreinschätzung			WIFO		IHS		OECD		IWF		EU-Kommission	
	Szenario Juni 2022			Juni 2022		Juni 2022		Juni 2022		April 2022		Mai/Juli 2022	
	2022	2023	2024	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>													
BIP, real ⁴	3,8	1,9	1,9	4,3	1,6	3,8	1,4	3,6	1,4	2,6	3,0	3,7	1,5
Privater Konsum, real	3,9	2,0	2,0	4,1	2,2	4,4	1,8	4,0	1,1	x	x	4,1	2,3
Öffentlicher Konsum, real	-0,2	0,7	0,1	-1,5	0,0	1,0	0,0	-1,2	0,6	x	x	-1,2	0,7
Bruttoanlageinvestitionen, real	1,6	2,6	2,1	2,2	2,4	0,2	1,3	4,2	2,0	x	x	3,7	2,3
Exporte, real	7,1	2,9	3,3	8,1	3,2	6,6	3,4	8,5	4,4	2,6	3,7	6,3	3,8
Importe, real	5,2	2,8	2,9	5,8	3,2	4,6	3,0	7,4	4,1	1,3	4,0	4,6	3,8
Arbeitsproduktivität ¹	1,3	0,6	1,0	0,3	0,1	1,0	0,6	1,8	0,9	x	x	1,0	1,0
BIP Deflator	5,1	4,2	2,9	5,1	4,4	4,8	4,3	3,5	3,4	4,0	3,5	3,4	3,2
VPI	x	x	x	7,8	5,3	7,4	4,7	x	x	x	x	x	x
HVPI ⁴	7,0	4,2	3,0	7,9	5,3	7,3	4,7	6,7	4,7	5,6	2,2	7,4	4,4
Lohnstückkosten	2,4	4,8	2,7	2,0	6,5	2,9	5,2	3,9	4,7	x	x	0,5	1,6
Beschäftigte ²	2,6	1,4	0,9	3,0	0,9	2,8	2,0	1,5	0,4	1,6	0,8	2,9	0,9
<i>in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition</i>													
Arbeitslosenquote	4,5	4,4	4,3	4,5	4,5	4,6	4,5	5,2	5,0	5,2	4,9	5,0	4,8
<i>in % des nominellen BIP</i>													
Leistungsbilanz	0,5	1,1	1,3	-1,0	-1,2	x	x	-0,3	-0,9	-0,6	0,8	-1,0	-0,8
Finanzierungssaldo des Staates	-2,6	-1,2	-0,7	-3,0	-1,2	-3,8	-1,9	-3,1	-1,6	-3,9	-2,4	-3,1	-1,5
<i>Prognoseannahmen</i>													
Erdölpreis in USD/Barrel ⁴	105,8	93,4	84,3	109,0	97,0	110,0	100,0	107,4	121,9	106,8	92,6	108,2	95,6
Kurzfristiger Zinssatz in % ⁴	0,0	1,3	1,6	0,1	2,0	0,2	2,2	-0,2	0,9	-0,7	0,0	0,3	2,2
USD/EUR-Wechselkurs ⁴	1,07	1,05	1,05	1,07	1,08	1,07	1,05	1,07	1,05	1,11	1,13	1,06	1,05
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>													
BIP, real Euroraum ⁴	2,8	2,1	2,1	3,3	2,7	2,6	2,0	2,6	1,6	2,8	2,3	2,6	1,4
BIP, real USA	2,5	1,9	2,0	2,4	2,0	2,3	1,7	2,5	1,2	3,7	2,3	2,9	2,3
BIP, real Welt ⁴	3,0	3,3	3,4	x	x	3,0	2,6	3,0	2,8	3,6	3,6	3,0	3,3
Welthandel ^{3,4}	4,3	3,2	3,6	x	x	3,0	2,8	4,9	3,9	5,0	4,4	4,1	3,6

¹ OeNB, WIFO: Produktivität je geleisteter Arbeitsstunde. IHS, OECD, EU-Kommission: Produktivität je Beschäftigtem. - ² WIFO und IHS: Unselbstständig aktiv Beschäftigte.

³ IHS: Waren laut CPB, EK: Weltimporte. - ⁴ EK Sommerprognose vom Juli 2022.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

	2020	2021	2021	2021	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022
			Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Mai	Juni	Juli	Aug.
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>											
HVPI gesamt	1,4	2,8	3,1	3,9	5,5	7,9	..	7,7	8,7	9,4	9,2*)
Keminflation (o.Energie u.unb.Lebensmittel)	2,0	2,1	2,2	3,6	3,5	5,0	..	5,0	5,5	5,9	..
Nationaler VPI	1,4	2,8	3,1	2,4	5,8	7,9	..	7,7	8,7	9,3	9,1*)
Deflator des privaten Konsums	1,4	2,1	2,6	2,9	5,7	6,6	..	x	x	x	x
BIP Deflator	2,3	1,5	1,7	1,7	3,3	4,6	..	x	x	x	x
Erzeugerpreisindex	-1,6	7,9	9,6	15,3	19,5	21,1	..	20,9	20,8	20,7	..
Großhandelspreisindex	-4,1	10,3	12,5	15,8	19,2	25,9	..	25,1	26,5	22,8	..
Tariflohnindex	2,3	1,7	1,6	1,8	2,6	2,9	..	3,0	3,1	3,1	..
BIP je Erwerbstätigen	-2,8	3,6	3,7	4,3	8,1	7,1	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	7,4	1,0	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	6,0	-3,6	x	x	x	x	x	x	x	x	x
<i>Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)</i>											
BIP real	-6,9	4,8	3,7	-0,9	1,9	1,5	..	x	x	x	x
Privater Konsum	-8,4	3,6	9,0	-3,6	1,6	0,8	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	-0,4	8,5	1,9	4,0	-3,2	0,9	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	-5,0	8,7	-4,4	1,7	0,1	-1,0	..	x	x	x	x
Exporte	-11,5	9,7	1,3	2,0	6,8	2,4	..	x	x	x	x
Importe	-9,5	13,3	0,6	1,9	5,2	-0,3	..	x	x	x	x
<i>Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)</i>											
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	-6,7	4,6	5,2	6,1	10,2	6,0	..	x	x	x	x
Binnennachfrage (ohne Lager)	-5,1	5,0	5,6	6,3	5,9	3,1	..	x	x	x	x
Nettoexporte	-1,2	-2,1	-1,9	-0,7	4,8	3,6	..	x	x	x	x
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	-0,4	1,7	1,5	0,5	-0,6	-0,6	..	x	x	x	x
<i>Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)</i>											
Exporte	-7,1	16,1	15,0	9,4	19,7	25,8
Importe	-8,5	23,6	23,2	25,3	25,2	28,7
<i>Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz</i>											
Güter- und Dienstleistungen	10,9	1,0	0,6	-0,5	2,1	x	x	x	x
Reiseverkehr	8,2	2,0	1,1	0,6	3,8	x	x	x	x
Leistungsbilanz	7,2	-2,1	0,3	-0,2	1,2	x	x	x	x
Leistungsbilanz in % des BIP	1,9	-0,5	0,3	-0,1	1,1	x	x	x	x
<i>Ausgewählte Indikatoren</i>											
Economic Sentiment Indicator	87,5	111,9	119,3	114,0	108,3	100,5	..	98,7	98,5	93,1	87,8
Industrievertrauen (%-Saldo)	-15,2	10,3	14,5	14,6	11,6	6,6	..	3,5	6,8	3,0	-3,4
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	-5,6	10,0	8,4	8,8	10,9	9,5	..	11,1	8,6
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	79,5	87,1	89,6	88,5	88,4	88,9	87,9	x	x	x	x
Bauvertrauen (%-Saldo)	0,8	19,0	23,1	20,9	19,5	10,6	..	9,2	8,5	6,3	8,1
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	-11,4	16,4	27,3	20,9	16,7	14,8	..	15,7	12,2	13,0	6,6
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	-10,0	-4,9	-1,2	-7,0	-13,1	-23,2	..	-24,1	-24,2	-33,3	-31,1
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	-26,4	-4,8	13,6	-6,1	-7,0	-4,2	..	-4,4	-4,8	-9,7	-23,6
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	0,7	2,8	-0,4	1,3	1,7	-1,6	..	-3,8	-4,8	-4,9	..
<i>Arbeitsmarktentwicklung</i>											
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	-2,1	2,4	2,5	3,5	5,0	2,7	..	2,8	2,2	1,9	1,6
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	35,9	-19,0	-24,0	-26,0	-30,2	-24,9	..	-25,0	-20,8	-16,7	-13,0
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	9,9	8,0	6,7	7,2	7,2	5,8	..	5,7	5,5	5,6	5,9
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	6,0	6,2	5,6	5,3	4,6	4,4	..	4,7	4,2	4,6	..
<i>Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)</i>											
Geldmenge M3 (östem. Beitrag)	9,6	5,0	6,0	5,2	5,1	4,3	..	4,1	4,1	4,2	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	4,4	4,3	4,1	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	-7,5	5,8	3,6	5,8	12,6	12,7	..	12,0	12,7	13,1	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	-0,4	-0,5	-0,5	-0,6	-0,5	-0,4	..	-0,4	-0,2	0,0	0,4
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	-0,2	-0,1	-0,1	0,0	0,5	1,6	..	1,5	2,1	1,7	1,7
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	2 412	3 436	3 558	3 782	3 638	3 189	..	3 204	3 117	2 898	3 011,9
<i>Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP</i>											
Finanzierungssaldo des Bundessektors	-7,2	-5,2	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Finanzierungssaldo des Staates	-8,0	-5,9	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Schulden des Staates	83,3	82,8	x	x	x	x	x	x	x	x	x

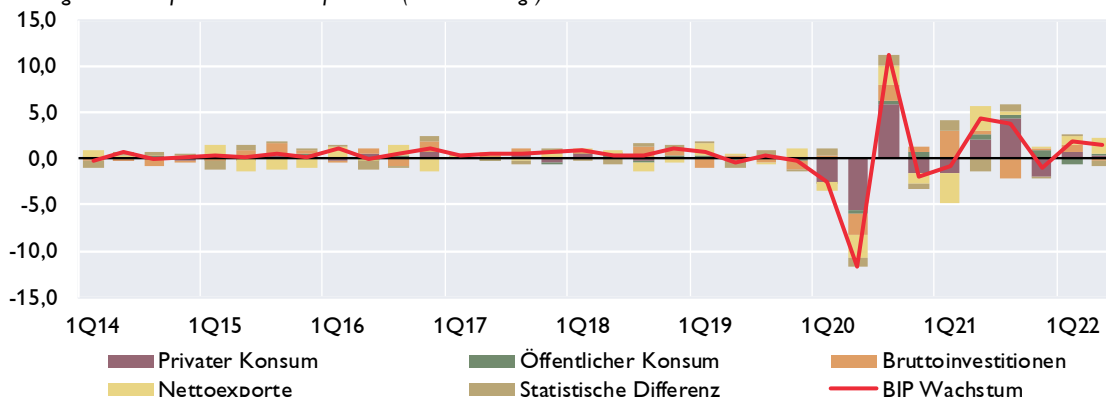
Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Macrobond, OeKB, EU-Kommission, EZB.

*) Schnellschätzung.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren – aktuelle Entwicklung (II)

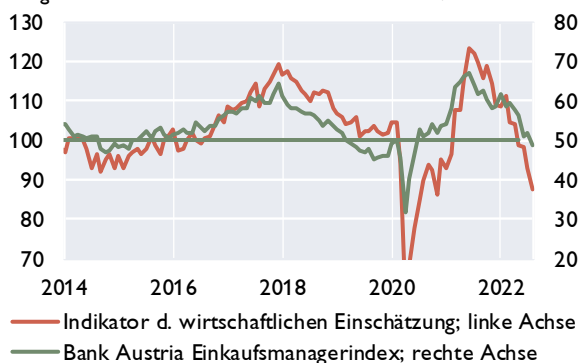
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



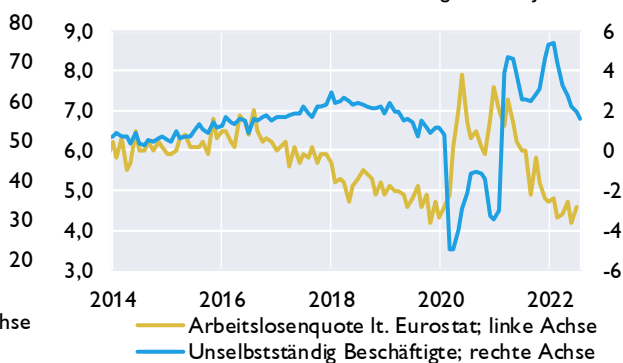
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 Wachstumsschwelle = 50¹



Arbeitsmarkt

in % Veränderung zum Vorjahr in %



Zahlungsbilanz²

Salden	2019	2020	2021	1Q21	2Q21	3Q21	4Q21	1Q22
in Mrd EUR								
Leistungsbilanz	8,3	7,2	-2,1	-0,9	-1,3	0,3	-0,2	1,2
Güter	3,8	3,0	-1,7	0,8	0,2	-0,7	-2,0	-1,6
Dienstleistungen	9,3	7,9	2,7	0,0	0,0	1,2	1,5	3,7
Primäreinkommen	-1,4	-0,4	-0,4	-0,2	-0,8	-0,1	0,7	-0,2
Sekundäreinkommen	-3,4	-3,3	-2,7	-1,5	-0,7	-0,2	-0,4	-0,8
Vermögensübertragungen	-0,1	-0,4	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,1	-0,4
Kapitalbilanz	17,2	2,3	-4,3	1,4	-1,2	-0,8	-3,7	7,4
Direktinvestitionen	5,7	8,6	6,0	0,6	-0,4	4,1	1,7	2,8
Portfolioinvestitionen	-3,4	-13,6	10,4	-6,3	3,9	0,9	11,8	-2,4
Finanzderivate	1,4	1,1	0,6	0,2	0,2	0,2	0,0	-1,5
Sonstige Investitionen	13,7	4,8	-25,4	7,3	-4,8	-10,6	-17,3	7,7
Währungsreserven ³	-0,2	1,5	4,2	-0,4	-0,2	4,6	0,1	0,8
Statistische Differenz	9,0	-4,5	-2,2	2,3	0,2	-1,1	-3,6	6,7
Leistungsbilanz in % des BIP	2,1	1,9	-0,5	0,7	-1,0	-1,3	0,3	-0,1

Quelle: OeNB, Statistik Austria, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.

¹ Werte über 50 signalisieren Wachstum.

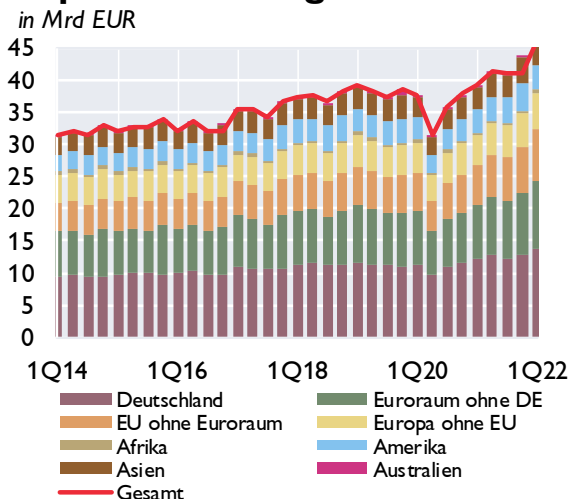
² Transaktionen; bis 2018 endgültige Daten, 2019 und 2020 revidierte Daten, 2021 und 2022 provisorische Daten.

³ OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.

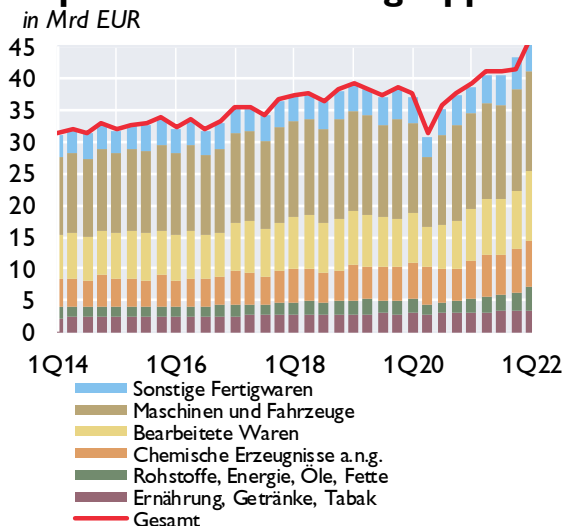
Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			Veränderung zum Vorjahr in %	
2019	153 502	157 817	-4 316	2,3	1,1
2020	142 566	144 421	-1 855	-7,1	-8,5
2021	165 586	178 446	-12 860	16,1	23,6
Jän.-Mai 21	66 401	70 222	-3 821	15,8	20,4
Jän.-Mai 22	78 968	86 883	-7 915	18,9	23,7
Dez. 21	13 854	15 698	-1 844	21,4	35,2
Jän. 22	14 265	15 759	-1 494	27,4	36,0
Feb. 22	15 077	16 263	-1 186	18,6	24,6
März 22	17 592	19 232	-1 640	15,0	18,0
Apr. 22	15 377	17 395	-2 018	10,2	15,0
Mai 22	16 657	18 234	-1 577	25,8	28,7

Exporte nach Regionen

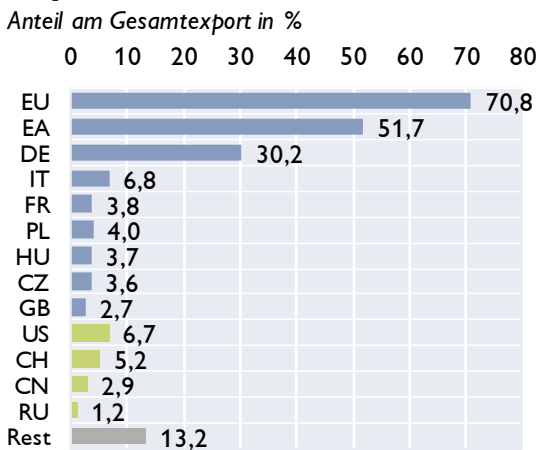


Exporte nach Warengruppen

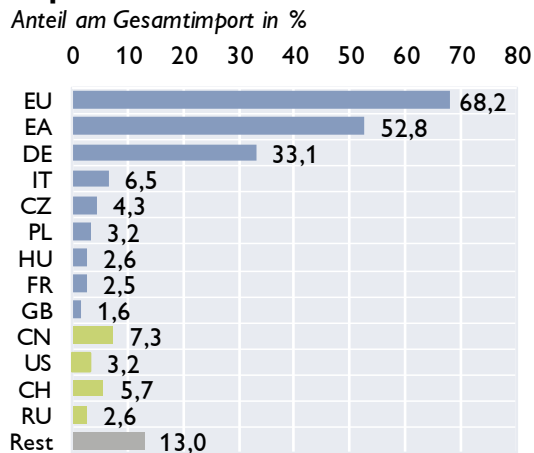


Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2021

Exporte



Importe



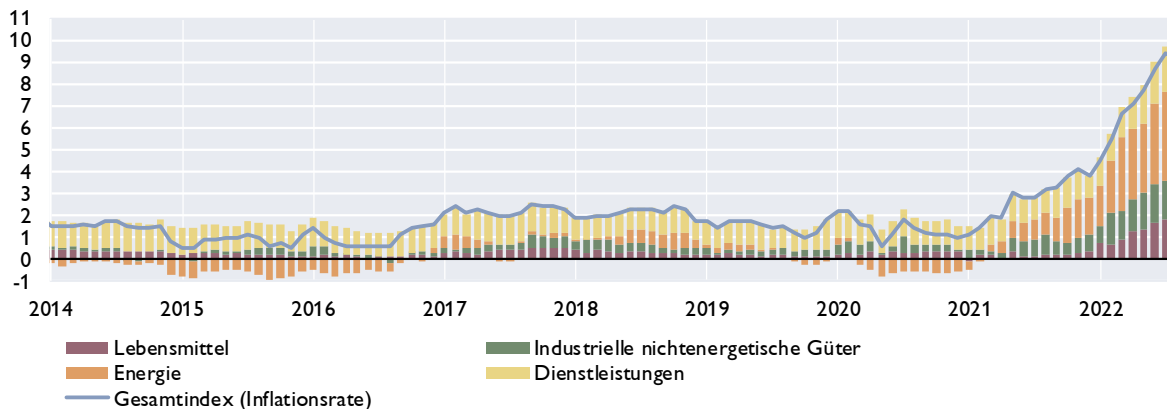
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

COICOP ¹ -Verbrauchsgruppen	2022		2020	2021	Apr.22	Mai.22	Jun.22	Jul.22	Aug.22
	Gewicht in %	Veränderung zum Vorjahr in %							
Gesamt-HVPI	100,0	1,4	2,8	7,1	7,7	8,7	9,4	9,2*)	
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	13,3	2,3	0,7	8,3	9,0	11,3	12,1	..	
Alkoholische Getränke und Tabak	4,1	1,1	2,3	3,3	3,5	4,2	4,0	..	
Bekleidung und Schuhe	6,1	-0,1	1,0	1,4	1,2	0,8	0,2	..	
Wohnung, Wasser, Energie	15,4	2,1	3,2	10,5	10,1	11,2	13,8	..	
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	8,4	1,0	1,9	5,0	6,4	6,8	7,6	..	
Gesundheitspflege	5,9	2,1	1,6	1,8	2,4	2,4	2,5	..	
Verkehr	14,0	-1,9	5,9	17,8	19,0	22,1	22,5	..	
Nachrichtenübermittlung	2,4	-2,7	-2,6	0,9	0,0	-0,2	-0,7	..	
Freizeit und Kultur	9,6	1,9	2,9	3,4	3,6	3,2	4,0	..	
Bildungswesen	1,3	1,9	2,0	2,3	2,2	2,2	2,5	..	
Hotels, Cafes und Restaurants	11,2	3,4	3,8	6,2	7,7	8,7	9,4	..	
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	8,3	2,0	1,2	2,1	2,6	2,8	2,7	..	

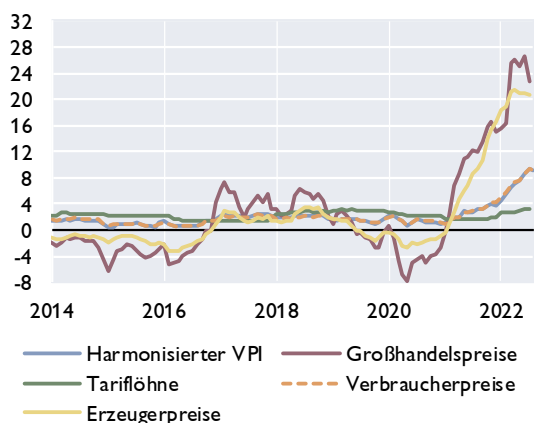
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2018	2019	2020	2021
Arbeitsproduktivität ¹	0,7	0,2	-5,0	2,0
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	2,7	2,9	2,0	3,1
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit ²	1,7	-1,1	1,7	0,2
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	2,1	2,5	7,4	1,0
Sachgütererzeugung	1,8	3,3	6,0	-3,6

¹In der Gesamtwirtschaft.

²Real-effektiver Wechselkursindex Industriewaren, export- und importgewichtet, deflationiert mit dem HVPI.

Quelle: Statistik Austria, WIFO. ¹ Classification of Individual Consumption by Purpose.

*) Schnellschätzung.

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2019	2020	2021	2Q21	3Q21	4Q21	1Q22	2Q22
Gesamt	152 709	97 876	79 563	11 392	48 067	17 400	35 767	26 792
Inländer	39 944	31 596	29 599	5 928	15 789	5 930	7 796	9 575
Ausländer	112 765	66 280	49 964	5 464	32 278	11 469	27 971	17 216
<i>darunter</i>								
Deutschland	56 683	38 508	32 084	3 916	21 384	6 590	13 864	10 564
Osteuropa	13 216	7 679	5 235	758	2 611	1 489	3 652	1 829
Niederlande	10 355	7 416	4 334	149	3 271	900	4 682	777
Schweiz	4 931	3 143	1 992	204	1 131	634	755	742
Vereinigtes Königreich	3 679	1 477	310	25	95	178	983	457
Italien	2 886	996	1 011	86	675	221	179	315
Belgien	2 897	1 737	1 211	41	936	230	1 099	461
Frankreich	1 809	791	587	44	375	157	318	231
Dänemark	1 649	1 058	385	14	243	123	815	107
USA	2 050	326	375	28	188	147	159	385

Veränderung zum Vorjahr in %

Gesamt	1,9	-35,9	-18,7	81,7	10,6	182,0	1222,5	135,2
Inländer	1,4	-20,9	-6,3	61,4	-2,8	59,7	299,4	61,5
Ausländer	2,1	-41,2	-24,6	110,5	18,6	366,9	3616,0	215,1

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2019	2020	2021	1Q21	2Q21	3Q21	4Q21	1Q22
Deutschland	9 224	6 031	4 792	95	606	2 945	1 146	2 468
Niederlande	1 349	1 002	493	4	16	364	109	717
Schweiz	1 432	1 029	659	12	170	338	140	257
Italien	850	350	316	27	39	191	59	80
CESEE ¹	3 217	1 983	1 673	210	319	632	511	746
Restl. Europa	2 506	1 299	527	23	44	299	162	842
Rest der Welt	1 915	430	303	19	30	168	84	162
Gesamt	20 493	12 124	8 763	390	1 224	4 937	2 211	5 272

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2019	2020	2021	1Q21	2Q21	3Q21	4Q21	1Q22
Deutschland	2 398	1 079	1 584	111	278	644	551	440
Italien	1 443	539	1 448	16	204	1 013	215	125
Kroatien	992	173	576	1	81	452	41	58
Europäische Mittelmeerländer ²	1 164	339	1 160	24	136	761	240	134
Restl. Europa	2 977	1 341	1 800	176	260	928	435	420
Rest der Welt	1 390	454	243	37	14	40	152	256
Gesamt	10 364	3 925	6 811	365	973	3 838	1 634	1 433

¹ Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.

² Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.

Quelle: Statistik Austria, OeNB.

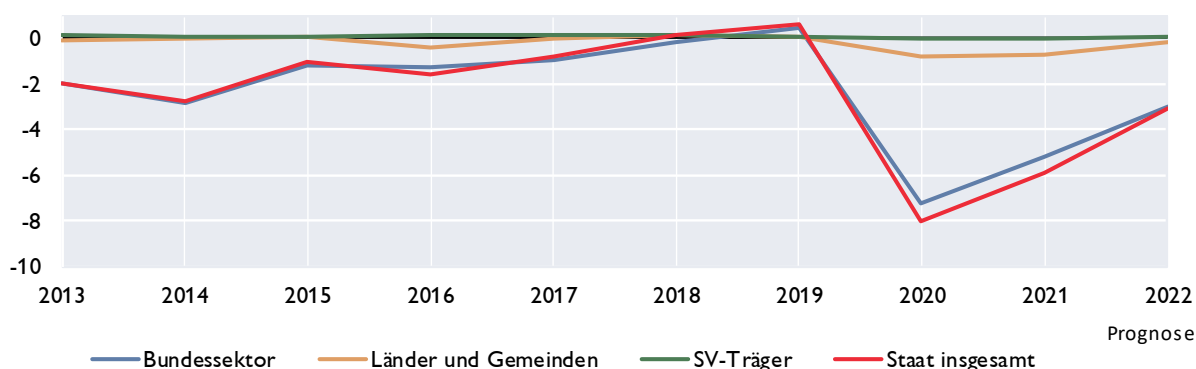
Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-	Länder und	SV-Träger	Staat	Bundes-	Länder und	SV-Träger	Staat
	sektor	Gemeinden		insgesamt	sektor	Gemeinden		insgesamt
	in Mrd EUR				in % des BIP			
2018	-0,5	0,7	0,5	0,7	-0,1	0,2	0,1	0,2
2019	1,8	0,4	0,2	2,4	0,4	0,1	0,0	0,6
2020	-27,4	-3,1	-0,1	-30,5	-7,2	-0,8	-0,0	-8,0
2021	-21,1	-2,9	0,1	-23,9	-5,2	-0,7	0,0	-5,9
2022 ¹⁾	-13,0	-0,7	0,3	-13,4	-3,0	-0,2	0,1	-3,1

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

in % des BIP



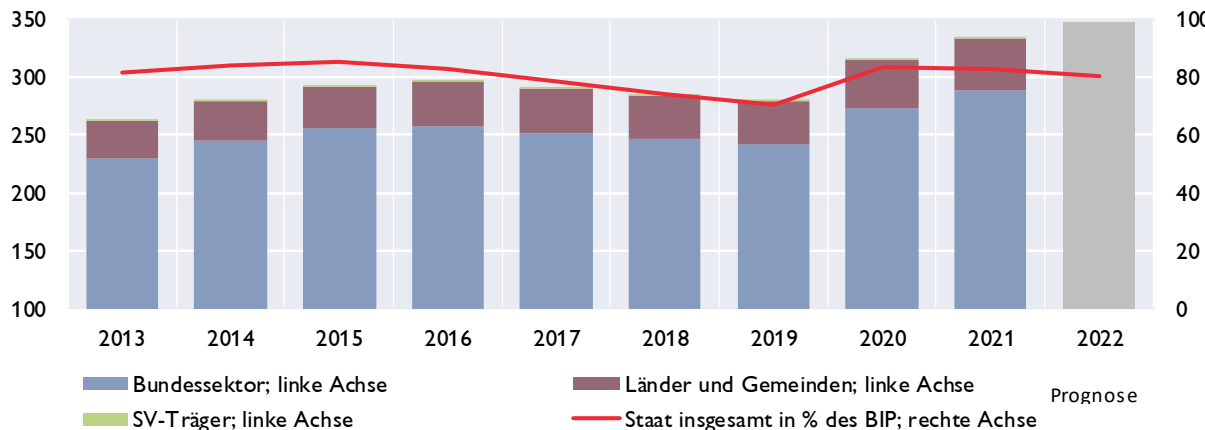
Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-	Länder und	SV-Träger	Staat	Bundes-	Länder und	SV-Träger	Staat
	sektor	Gemeinden		insgesamt	sektor	Gemeinden		insgesamt
	in Mrd EUR				in % des BIP			
2018	246,1	38,0	1,3	285,4	63,9	9,8	0,3	74,1
2019	241,9	37,7	1,0	280,6	60,8	9,5	0,3	70,6
2020	273,2	40,8	2,0	316,0	72,0	10,8	0,5	83,3
2021	288,9	44,0	1,2	334,1	71,6	10,9	0,3	82,8
2022 ¹⁾	.	.	.	346,8	.	.	.	80,0

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

in Mrd EUR

in % des BIP



1) BMF-Prognose (budgetäre Notifikation).

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

Finanzierungshaushalt ¹	Jänner bis Juli		Erfolg	Bundесvoranschlag (BVA)	BVA 2022 / Erfolg 2021
	2021	2022	2021	2022	
Allgemeine Gebarung	in Mio EUR				in %
Auszahlungen	59 863	58 286	107 138	107 504	0,3
Einzahlungen	45 747	49 613	89 164	84 409	-5,3
Nettofinanzierungsbedarf ²	-14 116	-8 673	-17 974	-23 095	-28,5

Abgaben des Bundes

	Jänner bis Juli		Erfolg	Bundесvoranschlag (BVA)	BVA 2022 / Erfolg 2021
	2021	2022	2021	2022	
	in Mio EUR				in %
Einkommen- und Vermögensteuern	24 435	27 985	48 775	49 639	1,8
davon:					
<i>veranlagte Einkommensteuer</i>	1 401	1 745	4 473	3 800	-15,0
<i>Körperschaftsteuer</i>	3 693	5 274	9 821	10 000	1,8
<i>Lohnsteuer</i>	16 966	17 925	30 096	31 600	5,0
<i>Kapitalertragsteuern</i>	2 261	2 893	4 217	4 050	-4,0
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	24 831	28 310	44 996	47 851	6,3
<i>davon: Umsatzsteuer</i>	17 023	19 986	30 648	33 800	10,3
Öffentliche Abgaben brutto	50 491	57 296	95 684	98 100	2,5
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	18 693	22 984	33 269	37 565	12,9
Überweisungen an die Europäische Union	2 379	2 078	3 561	3 600	1,1
Öffentliche Abgaben netto ³	29 419	32 235	58 854	56 935	-3,3

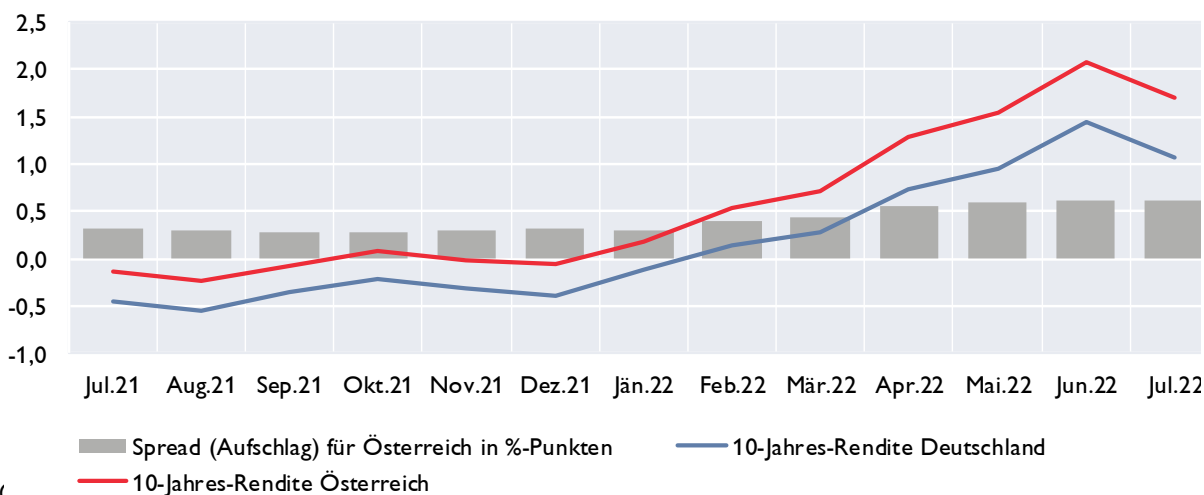
¹ Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.

² Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.

³ Steuereinnahmen des Bundes.

10-jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich

Rendite in %



Aggregierte Vermögenslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute¹

Vermögenslage

AKTIVA

Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	191 201	184 310	-6 891	-3,6
Darlehen und Kredite	764 202	799 309	35 107	4,6
Schuldverschreibungen	134 850	139 737	4 887	3,6
Eigenkapitalinstrumente	8 587	9 712	1 125	13,1
Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert	19 793	17 792	-2 001	-10,1
Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden	21 153	22 136	983	4,6
Materielle Vermögenswerte	10 943	17 094	6 151	56,2
Immaterielle Vermögenswerte	2 918	3 081	163	5,6
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	7 937	9 081	1 144	14,4
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 161 586	1 202 252	40 666	3,5

	1. Quartal 2021	1. Quartal 2022	Differenz zur Vergleichsperiode	
	in Mio EUR			in %
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	191 201	184 310	-6 891	-3,6
Darlehen und Kredite	764 202	799 309	35 107	4,6
Schuldverschreibungen	134 850	139 737	4 887	3,6
Eigenkapitalinstrumente	8 587	9 712	1 125	13,1
Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert	19 793	17 792	-2 001	-10,1
Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden	21 153	22 136	983	4,6
Materielle Vermögenswerte	10 943	17 094	6 151	56,2
Immaterielle Vermögenswerte	2 918	3 081	163	5,6
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	7 937	9 081	1 144	14,4
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 161 586	1 202 252	40 666	3,5

PASSIVA

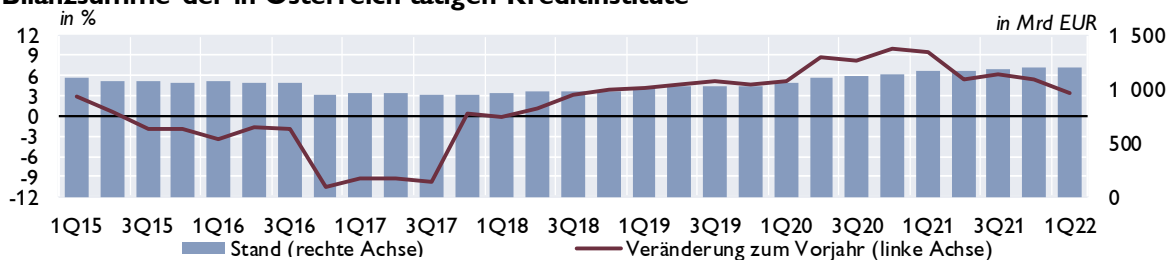
Einlagen von Zentralbanken	89 848	97 966	8 118	9,0
Einlagen von Kreditinstituten	112 211	109 890	-2 321	-2,1
Einlagen von Nichtbanken	667 940	690 873	22 933	3,4
Begebene Schuldverschreibungen	151 497	149 026	-2 471	-1,6
Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	13 089	13 179	90	0,7
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	809	1 063	254	31,4
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital ²⁾	0	0	-	-
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten ²⁾	28	4 933	4 905	>500%
Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten	16 382	20 983	4 601	28,1
Rückstellungen	12 831	12 739	-92	-0,7
Eigenkapital und Minderheitenanteile	96 950	101 600	4 650	4,8
*hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis ²⁾	-8 522	-8 535	-13	-0,2
*hievon: Minderheitenanteile	6 624	7 100	476	7,2
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 161 586	1 202 252	40 666	3,5

	1. Quartal 2021	1. Quartal 2022	Differenz zur Vergleichsperiode	
	in Mio EUR			in %
Einlagen von Zentralbanken	89 848	97 966	8 118	9,0
Einlagen von Kreditinstituten	112 211	109 890	-2 321	-2,1
Einlagen von Nichtbanken	667 940	690 873	22 933	3,4
Begebene Schuldverschreibungen	151 497	149 026	-2 471	-1,6
Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	13 089	13 179	90	0,7
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	809	1 063	254	31,4
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital ²⁾	0	0	-	-
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten ²⁾	28	4 933	4 905	>500%
Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten	16 382	20 983	4 601	28,1
Rückstellungen	12 831	12 739	-92	-0,7
Eigenkapital und Minderheitenanteile	96 950	101 600	4 650	4,8
*hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis ²⁾	-8 522	-8 535	-13	-0,2
*hievon: Minderheitenanteile	6 624	7 100	476	7,2
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 161 586	1 202 252	40 666	3,5

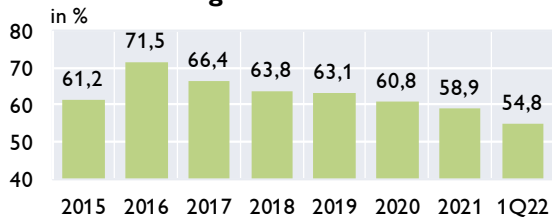
Ab Berichtstermin März 2021 sind Unternehmen, die bloß nach BWG (aber nicht nach CRR) Kreditinstitute sind (u.a. Kapitalanlagegesellschaften, Immobilien-Kapitalanlagegesellschaften und Betriebliche Vorsorgekassen) nicht mehr enthalten.

1) Zusammenführung von Meldedaten von konsolidierten Kreditinstitutsgruppen und von unkonsolidierten Einzelkreditinstituten unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen. - 2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden Kreditinstitutsgruppen dargestellt.

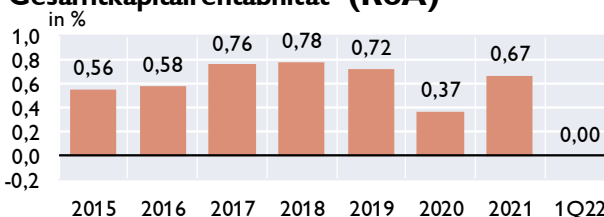
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Aufwand-Ertrag-Relation



Gesamtkapitalrentabilität (RoA)



Quelle: OeNB.

Anmerkung: RoA nach Steuern, vor Minderheitenanteilen (unterjährig annualisiert).

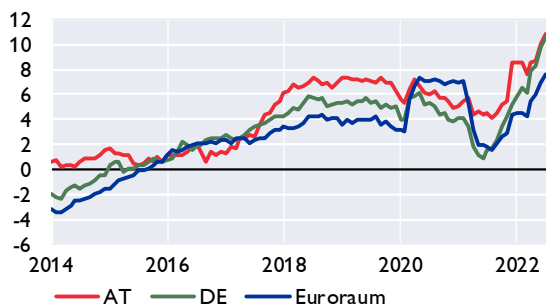
Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %		Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %	
2019	168,8	5 938	4,2	3,6	162,9	4 463	6,2	3,2
2020	174,5	6 139	3,6	3,1	169,8	4 697	5,0	7,1
2021	184,2	6 380	5,2	4,2	184,6	4 852	8,6	4,3
Okt.21	181,6	6 344	4,8	4,1	179,4	4 782	5,2	2,6
Nov.21	183,0	6 379	4,9	4,1	180,6	4 821	5,5	2,9
Dez.21	184,2	6 380	5,2	4,2	184,6	4 852	8,6	4,3
Jän.22	184,1	6 421	5,3	4,3	185,3	4 866	8,6	4,5
Feb.22	184,7	6 430	5,4	4,4	186,7	4 881	8,6	4,6
Mär.22	186,0	6 460	5,4	4,5	188,1	4 919	7,6	4,2
Apr.22	186,3	6 477	5,4	4,6	189,0	4 956	8,6	5,4
Mai.22	187,6	6 511	5,5	4,6	190,0	4 986	8,7	6,0
Jun.22	189,3	6 561	5,5	4,6	192,7	5 025	10,0	6,9
Jul.22	189,9	6 583	5,4	4,5	195,7	5 084	10,8	7,6

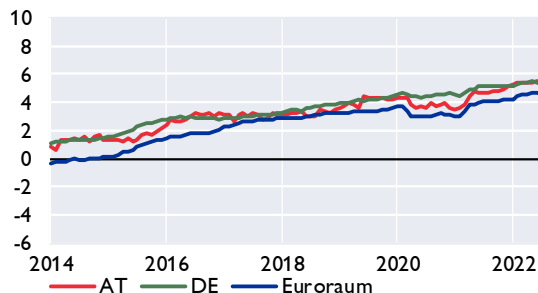
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



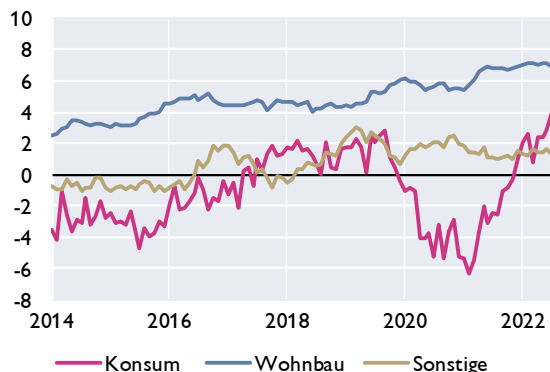
Kredite an private Haushalte

Veränderung zum Vorjahr in %



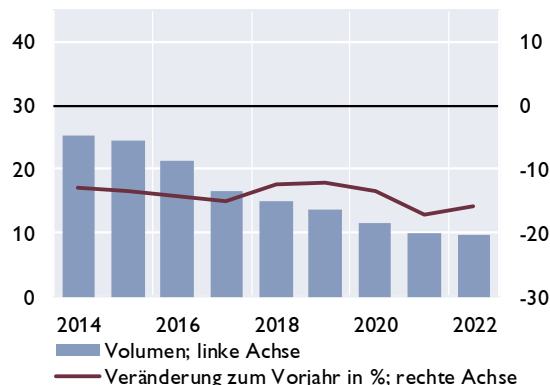
Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck

Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich

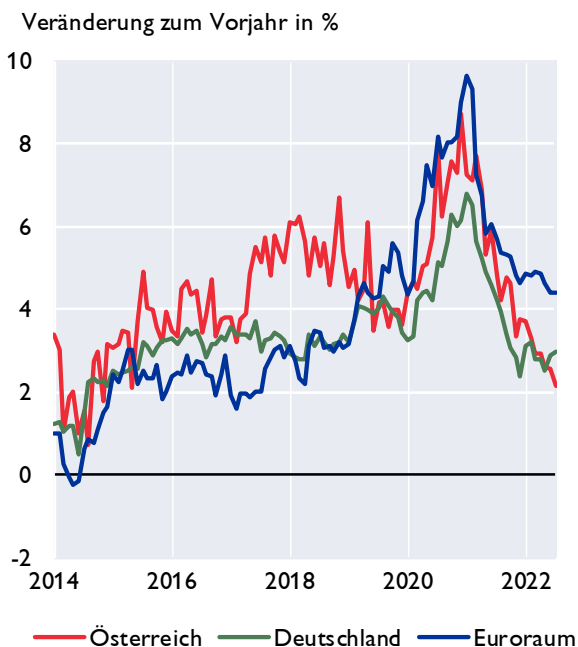
in Mrd EUR



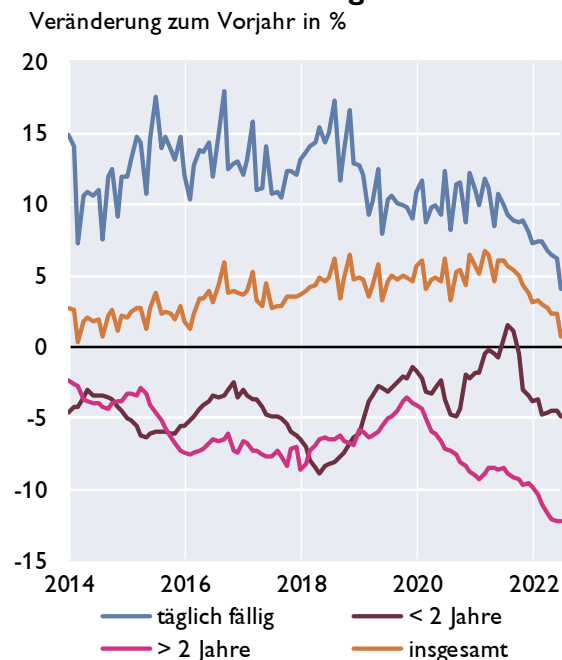
Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

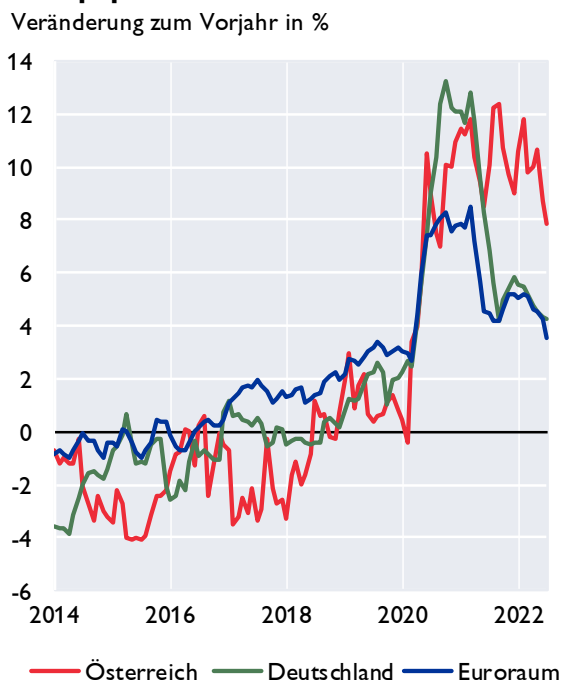
Einlagen von Nichtbanken



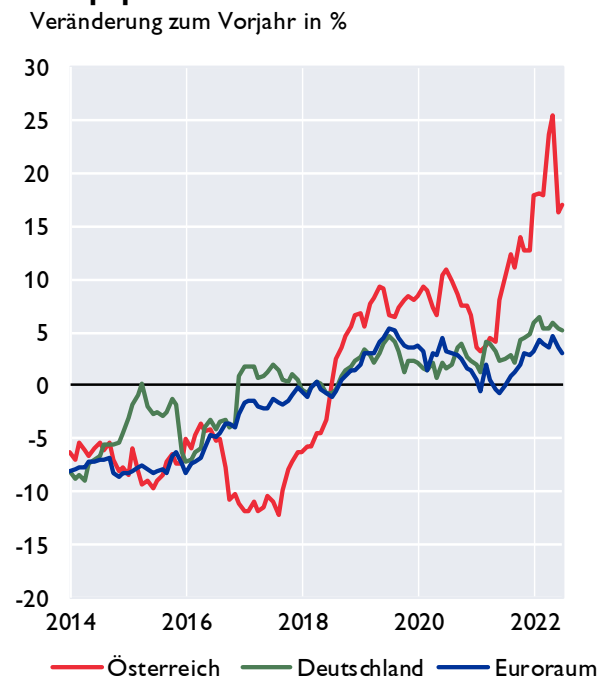
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten



Wertpapierumlauf



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

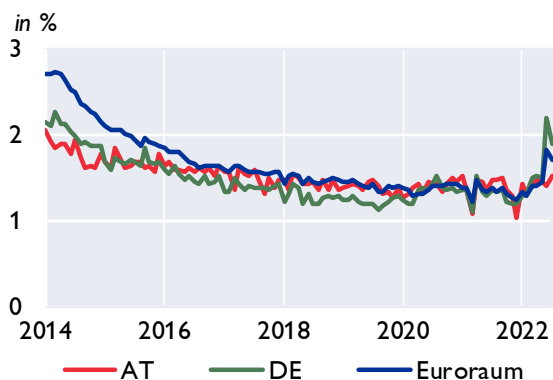


Quelle: OeNB, EZB

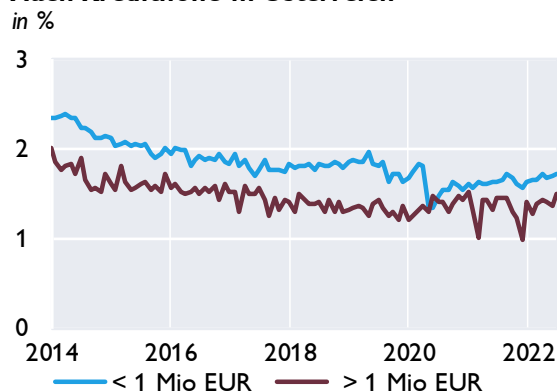
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

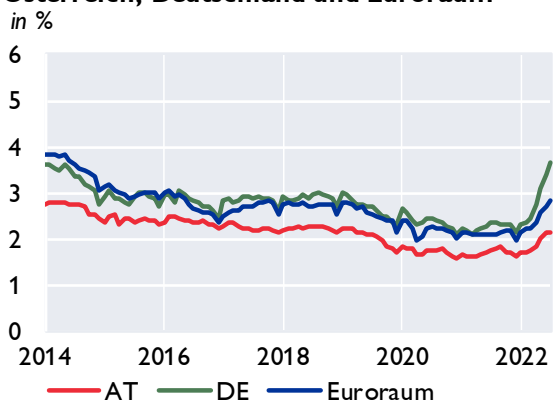


Nach Kredithöhe in Österreich

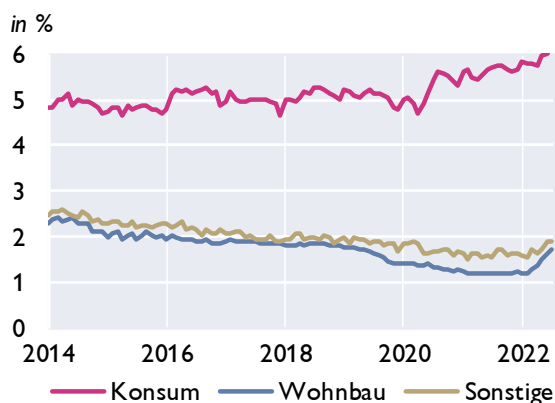


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

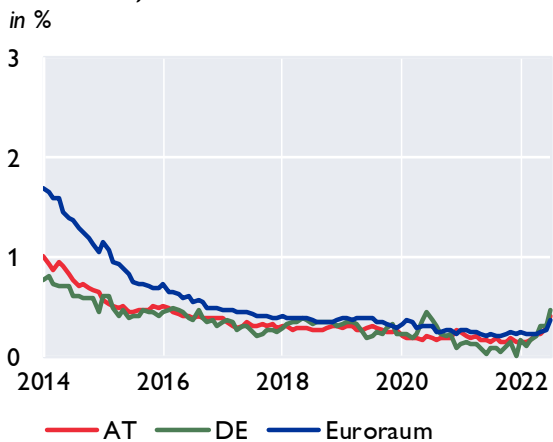


Nach Verwendungszweck in Österreich

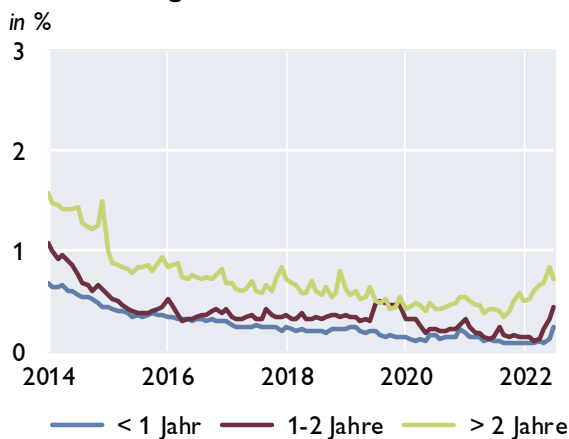


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



Quelle: OeNB, EZB

Aggregierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute¹

Ertragslage

	1. Quartal	1. Quartal	Differenz zur	
	2021	2022	Vergleichsperiode	in %
	in Mio EUR			
Zinsergebnis, netto	3 755	4 164	409	10,9
*hiervon: Zinsen und ähnliche Erträge	5 266	6 165	899	17,1
*hiervon: (Zinsen und ähnliche Aufwendungen)	1 511	2 001	490	32,4
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital) ²	0	0	-	-
Dividendenerträge	61	96	35	57,4
Provisionsergebnis, netto	1 877	2 285	408	21,7
*hiervon: Provisionserträge	2 435	2 910	475	19,5
*hiervon: (Provisionsaufwand)	558	625	67	12,0
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	24	-8	-32	R
Gewinne oder (-) Verluste aus Ausbuchungen von Anteilen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, netto	0	-18	-18	-
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	116	-286	-402	R
Gewinne oder (-) Verluste aus nicht zum Handelsbestand gehörenden finanziellen Vermögenswerten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, netto ²⁾	16	-159	-175	R
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP	116	574	458	394,8
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung nicht finanzieller Vermögenswerte, netto	10	12	2	20,0
Sonstige betriebliche Erträge	863	858	-5	-0,6
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	680	663	-17	-2,5
Betriebserträge, netto	6 159	6 856	697	11,3
(Verwaltungsaufwendungen)	3 309	3 412	103	3,1
*hiervon: (Personalaufwendungen)	2 048	2 093	45	2,2
*hiervon: (Sachaufwendungen)	1 261	1 319	58	4,6
(Barbeiträge zu Abwicklungsfonds und Einlagensicherungssystemen) ³⁾	336	356	20	6,0
(Abschreibungen)	339	347	8	2,4
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht finanziellen Vermögenswerten)	-6	53	59	A
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen)	41	962	921	>500%
Betriebsergebnis	2 141	1 725	-416	-19,4
(Zahlungsverpflichtungen gegenüber Abwicklungsfonds und Einlagensicherungssystemen) ³⁾	262	410	148	56,5
(Rückstellungen oder (-) Wertaufholung für Kreditrisiko)	-6	6	12	A
(Sonstige Rückstellungen)	29	53	24	82,8
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung für mit Anschaffungskosten bewerteten Darlehen, Kredite und Schuldtitel)	181	656	475	262,4
(Sonstige Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert und nicht zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	-6	77	83	A
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert	0	0	-	-
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert sind	211	224	13	6,2
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen ²⁾	-5	-1	4	80,0
Änderungsgewinne oder -verluste (-), netto für IFRS ²⁾	-6	6	12	A
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	1 881	752	-1 129	-60,0
(Ertragssteuern)	385	367	-18	-4,7
Periodenergebnis nach Steuern und vor Minderheitenanteilen	1 496	385	-1 111	-74,3
Außerordentlicher Gewinn oder (-) Verlust nach Steuern für UGB/BWG Melder	3	5	2	66,7
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern ²⁾	1	-397	-398	R
(Den Minderheitenanteilen zurechenbar)	115	24	-91	-79,1
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	1 385	-31	-1 416	R

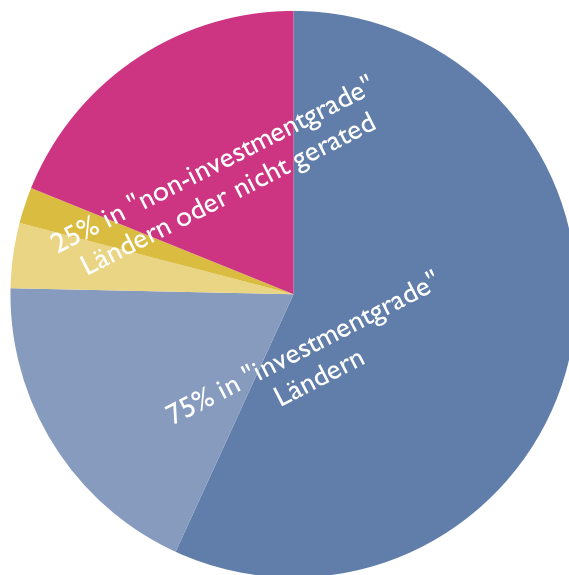
Werte für das gesamte bisherige Geschäftsjahr in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt

Quelle: OeNB.

Ab Berichtstermin März 2021 sind Unternehmen, die bloß nach BWG (aber nicht nach CRR) Kreditinstitute sind (u.a. Kapitalanlagegesellschaften, Immobilien-Kapitalanlagegesellschaften und Betriebliche Vorsorgekassen) nicht mehr enthalten.

1) Zusammenführung von Meldedaten von konsolidierten Kreditinstitutsgruppen und von unkonsolidierten Einzelkreditinstituten unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldedatumsperioden kommen. - 2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden Kreditinstitutsgruppen dargestellt. - 3) In dieser Position sind nur Daten von Kreditinstitutsgruppen bzw. Einzelkreditinstituten, die gemäß Artikel 9 der Durchführungsverordnung 680/2014 oder Artikel 5, 7 und 11 der EZB-VO 2015/534 (mit Ausnahme jener nach Artikel 11 Absatz 6) melden, enthalten.

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



■ AA- - A- ■ BBB+ - BBB- ■ BB+ - BB- ■ B+ - B- ■ not rated

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022Q1
<i>in Mio EUR</i>							
Tschechische Republik	55 827	69 914	75 815	77 843	78 868	93 192	102 648
Slowakei	30 149	31 127	33 256	35 985	40 627	46 542	45 739
Rumänien	24 454	24 555	25 737	27 531	30 367	32 721	32 469
Ungarn	14 485	15 901	16 817	18 590	21 240	25 404	27 107
Kroatien	17 147	16 841	17 328	17 811	19 202	20 446	20 779
Republik Serbien	4 210	4 579	5 376	5 344	5 387	9 117	7 971
Polen	16 574	16 311	7 985	8 460	8 446	7 858	8 088
Slowenien	4 488	4 805	4 823	6 155	7 227	6 238	6 285
Bulgarien	3 476	3 759	4 173	4 624	4 931	5 622	5 568
Bosnien Herzgowina	3 277	3 337	3 620	3 800	3 990	4 156	4 075
Mazedonien	330	345	396	1 107	1 237	1 327	1 341
Republik Montenegro	405	811	892	954	964	946	945
Türkei	924	859	737	642	616	385	420
Lettland	132	119	140	148	317	365	436
Litauen	124	164	171	253	318	331	406
Estland	17	14	14	37	46	100	69
Aserbeidschan	293	267	244	213	149	83	78
Andere	16 958	16 504	19 553	23 778	19 636	24 069	23 541
Gesamt	193 269	210 215	217 078	233 275	243 569	278 902	287 965

Anmerkung: Werte ab 1Q17 sind brutto dargestellt und somit nur bedingt mit den vorhergehenden Werten vergleichbar.

Nur Forderungen von Banken in mehrheitlich österreichischem Besitz dargestellt.

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 1. Quartal 2022

	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Geldvermögen										
Bestände in Mio EUR										
Währungsgold und SZR	x	22 577	22 577	x	x	x	x	x	x	6 856
Bargeld	805	15 019	15 001	0	17	1	0	26 391	0	4 192
Täglich fällige Einlagen	80 094	221 485	198 146	9 398	10 197	3 273	471	201 593	7 193	97 392
Sonstige Einlagen	22 776	219 723	206 943	714	11 686	191	189	90 703	1 235	44 585
Kurzfristige Kredite	34 215	67 152	58 725	29	6 514	1 878	5	2 739	0	30 784
Langfristige Kredite	129 998	492 331	454 773	236	31 281	6 003	39	143	0	92 489
Handelskredite	64 938	133	42	0	91	0	0	26	15	26 063
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	30	9 322	8 937	372	4	10	0	653	0	27 181
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	4 814	347 839	216 178	83 052	3 021	44 841	747	21 442	871	311 127
Börsennotierte Aktien	40 286	65 410	3 891	44 441	15 772	1 306	0	40 895	169	54 801
Nicht börsennotierte Aktien	47 497	71 464	25 504	139	35 131	10 658	33	9 440	65	23 580
Investmentzertifikate	19 280	175 796	14 224	73 199	25 431	37 535	25 406	84 072	3 291	30 173
Sonstige Anteilsrechte	184 870	104 886	39 249	2 623	58 405	4 609	0	158 387	2 421	145 996
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	74 583	x	1 653
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	3 403	3 620	0	0	0	3 620	0	4 331	0	1 248
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	49 936	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	0	0	0	0	0	16 798	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	11 906	19 598	10 605	106	6 585	1 885	417	16 085	254	7 185
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	644 913	1 836 354	1 274 797	214 308	204 132	115 810	27 307	798 218	15 514	905 305
Geldvermögensbildung										
über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR										
Währungsgold und SZR	x	4 689	4 689	x	x	x	x	x	x	4 561
Bargeld	280	3 662	3 663	0	-1	0	0	-481	0	-94
Täglich fällige Einlagen	5 143	-7 427	-8 961	1 922	-274	-155	41	13 469	791	20 080
Sonstige Einlagen	-1 679	-5 627	-5 436	-317	279	-158	3	-4 324	-96	-3 136
Kurzfristige Kredite	2 858	-9	2 520	6	-2 507	-26	-2	306	0	3 976
Langfristige Kredite	11 052	26 572	23 183	60	3 065	264	0	2	0	2 809
Handelskredite	3 120	28	7	0	21	0	0	81	2	2 149
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-13	3 577	3 569	13	1	-7	0	167	0	-3 949
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-256	37 405	34 248	4 205	482	-1 629	99	-1 399	-35	7 299
Börsennotierte Aktien	363	2 640	-61	2 127	556	19	0	1 909	-28	2 287
Nicht börsennotierte Aktien	-565	5 509	-8	332	5 178	1	7	-68	0	1 144
Investmentzertifikate	3 360	2 265	-751	4 355	-2 712	1 035	337	8 885	317	2 656
Sonstige Anteilsrechte	2 991	4 081	844	188	2 820	230	0	1 240	9	-1 010
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	-874	x	-66
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	117	457	0	0	0	457	0	149	0	157
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	24	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	0	0	0	0	0	929	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-1 284	1 221	397	36	184	524	81	4 419	-44	-1 393
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	25 486	79 042	57 904	12 927	7 092	554	566	24 435	917	37 470
Nettogeldvermögen	-321 763	8 856	39 184	-7 375	-36 154	10 518	2 683	583 036	12 994	-74 304
Finanzierungssaldo	-6 453	7 769	6 300	-1 926	2 831	188	375	15 395	1 026	-1 705

Quelle: OeNB.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten

im 1. Quartal 2022

Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
------------------------------	-----------------------------------	--------------------------------	-----------------------	--	----------------------	----------------------	-------------------	--	------------------------------------

Verbindlichkeiten

Bestände in Mio EUR

Währungsgold und SZR ¹	x	6 856	6 856	x	x	x	x	x	x	22 577
Bargeld	x	44 195	44 195	x	x	x	x	x	x	2 281
Täglich fällige Einlagen	x	622 447	622 447	x	x	x	x	x	x	26 376
Sonstige Einlagen	x	303 468	303 468	x	x	x	x	x	x	82 639
Kurzfristige Kredite	45 059	21 369	0	468	19 847	1 052	2	8 407	283	58 561
Langfristige Kredite	323 569	34 606	0	148	32 375	2 075	7	203 173	1 935	145 733
Handelskredite	54 542	137	4	0	133	0	0	202	6	34 102
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	527	8 134	8 134	x	0	0	0	x	x	8 767
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	42 499	152 738	134 971	0	12 559	5 208	0	x	x	193 095
Börsennotierte Aktien	110 508	33 527	24 006	x	4 297	5 224	x	x	x	84 046
Nicht börsennotierte Aktien	46 378	72 083	55 695	703	9 084	6 600	0	x	x	63 861
Investmentzertifikate	x	219 975	0	219 975	0	0	x	x	x	105 421
Sonstige Anteilsrechte	305 525	161 866	18 866	76	142 848	75	0	x	14	135 507
Lebensversicherungsansprüche	x	71 076	x	x	0	71 076	x	x	x	5 159
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	10 198	x	x	0	10 198	x	x	x	2 403
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	14 950	34 872	7 664	x	0	2 593	24 615	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	16 798	0	0	16 798	0	0	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	23 120	13 155	9 309	312	2 344	1 190	0	3 399	281	9 079
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	966 676	1 827 499	1 235 613	221 683	240 286	105 293	24 624	215 182	2 519	979 609

Finanzierung

über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR

Währungsgold und SZR ¹	x	4 561	4 561	x	x	x	x	x	x	4 689
Bargeld	x	3 505	3 505	x	x	x	x	x	x	-135
Täglich fällige Einlagen	x	38 404	38 404	x	x	x	x	x	x	-1 242
Sonstige Einlagen	x	-4 162	-4 162	x	x	x	x	x	x	-10 939
Kurzfristige Kredite	7 046	3 167	0	291	2 841	34	1	775	-45	-1 055
Langfristige Kredite	20 560	697	0	6	557	135	0	8 330	-43	9 427
Handelskredite	2 830	17	2	0	15	0	0	-1	1	2 842
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	9	2 142	2 158	x	-16	0	0	x	x	2 942
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-3 364	8 091	7 219	x	190	682	0	x	x	9 894
Börsennotierte Aktien	1 733	107	84	x	23	0	0	x	x	5 328
Nicht börsennotierte Aktien	772	249	170	x	-56	-80	124	x	x	4 892
Investmentzertifikate	x	14 454	0	14 454	0	0	0	x	x	3 558
Sonstige Anteilsrechte	485	-56	-316	5	281	-25	0	x	0	7 387
Lebensversicherungsansprüche	x	-1 169	0	x	0	-1 169	0	x	x	228
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	618	0	x	0	618	0	x	x	261
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	-72	101	35	x	0	0	66	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	929	0	0	929	0	0	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	1 940	-385	-57	7	-503	169	0	-64	-22	1 098
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	31 939	71 273	51 603	14 853	4 261	366	191	9 040	-109	39 175
Nettogeldvermögen	-321 763	8 856	39 184	-7 375	-36 154	10 518	2 683	583 036	12 994	-74 304
Finanzierungssaldo	-6 453	7 769	6 300	-1 926	2 831	188	375	15 395	1 026	-1 705

Quelle: OeNB.

¹ Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.